DIPLOMARBEIT

zur Erlangung d. akadem. Grades

Magister phil. ~~rer. nat.~~

Begutachter:

Prof Höll

216

25. Juni 1992

"Der Krieg in der Au"
Einfluß der Medienberichterstattung auf die Politik - Hainburg

Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie an der Grund- und Intgrativwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien

eingereicht von Frank Sonja

Wien, Juni 1992

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

Teil A: Die Causa Hainburg

2. Zeittafel

3. Rechtspolitische Aspekte

3.1. Bewillungsverfahren bei der Errichtung eines Wasserkraftwerkes

3.1.1. Donaukonvention und Ramsar-Abkommen

3.2. Ablauf des Verfahrens im Fall Hainburg

3.3. Brezosvsky-Bescheid: Argumente für die Rechtswidrigkeit des Bescheides

3.4. Rechtsgrundlage für den Einsatz der Exekutive

4. Meinungsfragen: Pro und Kontra Hainburg

4.1. Umfrage des Fessel-Institutes - Mai 1984

4.2. IMAS-Umfrage: Juni, Juli, September/Oktober 1984

4.3. Erhebung des Fessel-Institutes vom Oktober bis Dezember 1984

4.4. November 1984 - Umfrage der OGM

4.5. IMAS-Umfrage Jänner 1985

Teil B: Analyse der Berichte derr Kronenzeitung und der Presseaussendung von SPÖ, ÖVP, FPÖ und DOKW

5. Theorie und Methode

5.1. Ausgangshypothese und Theorie

5.2. Methode

6. Analyse

6.1. Bereichsanalyse März

6.2. Diskussionsbeiträge - Mai '84

Universitätsbibliothek

6.3. Der heiße Herbst

6.4. Der "Krieg" in der Au

6.5. Bilanz 1984

7. Experteninterviews

8. Conclusio

9. Literatur

10. Anhang

1. Einleitung

In meiner Diplomarbeit werde ich mich mit den Ereignissen rund um den geplanten Bau des Donaukraftwerkes Hainburg 1984 beschäftigen.

Ich möchte nach meiner Darstellung des Ablaufes und den rechtlichen Aspekten, näher auf einige markante Ereignisse des Jahres `84 eingehen. Meine Analyse wird sich auf die Berichte der Kronenzeitung und die Presseaussendung von SPÖ, ÖVP, FPÖ, und DOLKW beziehen.

Zum näheren Verständnis des Themas muß gesagt werden, daß bei der Causa Hainburg besonders viele und unterschiedliche Interessengruppen beteiligt waren.

Jede Seite unterstellt der anderen, daß sie nicht nur die offensichtlichen Ziele, sondern auch dahinterliegende Interessen verfolgt. Zur Einschränkung des Themas möchte ich kurz die Ausgangslage schildern. Wichtig erschien mir die Verfechtung der Interessen und die Projektion komplexer Ziele auf das Thema Hainburg.

Der Kronenzeitung wurden massive ökonomische Ziele unterstellt. Redakteure von Konkurrenzblättern weren der NZK vor, daß ihr ökologisches Bewußtsein auf dem ansprechen neuer, jugendlicher Leserschichten beruhen. Herr Hesoun geht in seinem Buch noch einen Schritt weiter, wenn er schreibt: "Von Falschmeldungen bis zu vordergründigen persönlichen Kommentaren, von Stimmungsbildern aus der Au bis zur Kriegsberichterstattung reichte die Palette der

Hainburg-Berichte." (1)

Die DOKW und ihre "Zulieferfirmen" hatten für die Errichtung des Kraftwerkes Greifenstein Millioneninvestitionen in - für Großprojekte geeignete- Baumaschinen investiert. Ihr offizilles Intersse galt jedoch der Sicherung der Stromversorgung, dem Ausbau des Schiffsverkehrs, der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Im Verlauf der Diskussion wurde dann nit ökologischen Argumenten operiert, wie der Verhinderung des Waldsterbens durch das Anbschalten kalorischer Kraftwerke ... und die Rettung der Au, durch die Abwendung der Austrocknungsgefahr.

Die bunt gewürfelte Zahl der Aubesetzer und die Initiatoren des Konrat-Lorenz-Volksbegehrens kämpten primär für die Erhaltung der Au. Dahinter standen Forderungen nach einer energiepolitischen Wende, einer ökologisch-orientierten Wirtschaft bis hin zur Vervielfachung der Arbeitsplätze, durch die Investition der Subventionssummen - die für das Kraftwerk vorgesehen waren - in Umweltprojekt und - Auflagen. "Da das vorgesehene Geld nicht einfach verschwinden würde, und im Umweltbereich zahlreiche dringende Aufgaben auf ihre Erldigungen warten, könnte das Geld für andere

(1) Hesoun,Josef/Pöttschacher Herbert: Schwarz-Weißbuch. Dokumentation Hainburg. Wien-Verlag Pöttschacher 1985, S. 31

Ziele eingesetzt werden, bei denen es einen wesentlich höheren Beschäftigungseffekt erzielen würde." (2)

Die Liste von Akteuren mit verschiedenen Interessen, die noch alle miteinander in Beziehung stehen, ließe sich noch weiter fortsetzen. Die dadurch aufgeworfenen Fragen sind nicht alle im Rahmen einer Diplomarbeit beantwortbar, deshalb wähle ich den Teilaspekt der Wechselbeziehung Medien - Politik.

Einer meiner Grundthese ist, daß das Kraftwerk Hainburg ohne das massive Engagement der Kronenzeitung, der auflagenstärksten Tageszeitung Österreichs, nicht verhindert worden wäre. Die Anti-Hainburg-Bewegung wurde u.a. auch durch die Publikation der Ziele des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens hervorgerufen. Das Komitee hätte aber nicht agieren können ohne in der Kronenzeitung eine mediale Plattform zu haben.

Daraus ergibt sich eine weitere These. Die Bürgerbewegung war Auslöser bzw. wurde von einigen Akteuren benutzt eine grüne Partei zu gründen die beiden bestehenden Grünparteien, durch ein gemeinsames Ziel, zu vereinen.

Meine dritte These lautet: Der Umschwung der Regierung wurde durch die massive und vor allem allgemeine, negative Medienräsonanz auf den Einsatz der Exekutive am 19. Dezember und die spontane Demonstration von 40.000

(2) Hiller, Martin: Hainburg. Versuch einer sachlichen Information der österreichischen Hochschülerschaft an der Universität für Bodenkultur für die Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg. Wien Brücke 1985, S. 39

Wiener Bürgern am Heldenplatz bewirkt.

Und schließlich noch eine bis in die Gegenwart reichende These, nämlich der Hainburg-Effekt. Durch die Ereignisse rund um Hainburg änderte sich das Diskussionsklima in puncto Ökologie grundlegend. Die Grünbewegung wurde zu einer wichtigen politischen Kraft, dadurch kann keine Partei diese Themen außer Acht lassen. In der Folge kommt es zu einer verbalen Ökologisierung aller Parteien. Weiters entwickelt sich bei den Entscheidungsverantwortlichen ein Hainburg-Syndrom - es könne kein Großkraftwerk in Österreich mehr gebaut werden. Die aktuellste Auswirkung ist die Diskussion rund um die Staustufe Freudenau.

2. Zeittafel

Die in diesem Kapitel verwendeten Daten stammen aus Berichten der Neuen Kronen Zeitung, Presseaussendungen der SPÖ, ÖVP, FPÖ und DOKW.

4. Jänner 1984: Bürgermeister Leopold Gratz fordert die DOKW auf die Sachlage näher darzulegen. Landesrat Brezovsky wird von Landeshauptmann Ludwig zu einer Stellungnahme im Fall Hainburg aufgefordert.

5. Jänner 1984: Die Variante Röthelstein wird erstmals erwähnt. Die Planungsgemeinschaft Ost (kurz PGO) befürwortet diese, die Donaukraftwerke und Landwirtschaftsminister Haiden lehnen sie ab. Vizebürgermeister Erhard Busek begrüßt die Kritik von Gratz.

6. Jänner 1984: Der niederösterreichische Landesvizehauptmann Dr. Erwin Pröll erklärt, daß Landwirtschaftsminister Haiden Hainburg zu schnell zum bevorzugten Wasserbau erklärt hat. Er weist darauf hin, daß noch nicht alle Fragen geklärt sind, zum Beispiel der Auwald.

8. Jänner 1984: Die NKZ berichtet über ein Interview mit Univ. Prof. Dr. Michael Schuch und zitiert ihn, wie folgt: "Jeder Aufstau der Donau hat nachteilige Folgen für die Heilquellen von Bad Altenburg."

9. Jänner 1984: Die NZK schreibt über eine TV-Diskussion mit Landwirtschaftsminister Haiden. Laut Krone meint der Minister, daß mit der Erklärung zum bevorzugten Wasserbau noch keine endgültige Entscheidung getroffen wurde.

10. Jänner 1984: Eine Stellungsnahme vom Gesundheits- und Umweltminister Steyrer wird veröffentlicht. Es gibt noch offene Fragen, wie die Wasserqualität der Donau und die Sicherung der Trinkwasserversorgung von Wien. Er spricht sich gegen den Bau von Hainburg aus, obwohl dieser im Koalitionsabkommen verankert wurde.

11. Jänner 1984: Die Sozialisten und die Volkspartei sind sich in der Wiener Landesregierung einig. Sie fordern eine Trinkwassergarantie und die Forcierung der Staustufe Wien. Landwirtschaftsminister Haiden will eine Ökolgiekommisions einsetzen, die den Bau von Hainburg überwacht.

12. Jänner 1984: Beginn des Naturschutzverfahrens in Niederösterreich. In erster Instanz entschieden die Bezirkshauptmannschaften Wien-Umgebung, Gänserndorf, Bruck an der Leitha. Sie haben ein halbes Jahr Zeit für ihre Entscheidung. Landesrat Dr. Ernest Bretovsky erstellt einen Bescheid in zweiter Instanz.

Die Donaukraftwerke veröffentlichen ein Dementi zu einem Bericht der Kronen-Zeitung vom 8. Jänner. Es gab kein Interview mit Dr. Schuch. Dieser erklärte gegenüber dem DOKW-Pressedienst: "Die Krone gäbe seine Meinung nicht richtig wieder."

15. Jänner 1984: Der Wiener Umweltstadtrat Peter Schieder macht sich Sorgen um den Auwald, das Grundwasser der Lobau und um die Wiener Trinkwasserversorgung. Diese Probleme müssten von der DOKW gelöst werden, sonst kann Hainburg nicht gebaut werden.

16. Jänner 1984: SPö-Abgeordneter Josef Cap tritt für die Variante Röthelstein ein. ÖVP-Abgeordneter Othmar Karas fordert zuerst ein klares Energiekonzept, erst ist eine Diskussion über ein weiteres Kraftwerk möglich.

20. Jänner 1984: Die Krone fragt sich: "Hat Minister Haiden das Kraftwerksprojekt widerrechtlich zum bevorzugten Wasserbau erklärt ?"

23. Jänner 1984: Kritik an der Bestellung Prof. Otto Koenigs zum Gutachter beim Naturschutzverfahren durch Landesrat Brezovsky. König wird ein Naheverhältnis zur Donaukraftwerke AG unterstellt.

15. Februar 1984: "Wien" hat Angst um sein Trinkwasser. Die Krone zitiert Stadtrat Schieder: "Ein Ja Wiens zum Kraftwerk kann es erst nach einer Änderung des Projektes geben.

2. März 1984: Die Krone veröffentlicht "Teile" einer Expertise von Univ. Prof. Dr. Heinz Löffler. Er weist darauf hin, daß in der Stopfenreuther-Au vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten leben. Das Ramsar-Abkommen muß eingehalten werden.

4. März 1984: Der Zoologe Prof. Steiner wird in der Krone zitiert: "..., daß durch den Kraftwerksbau das Gesamtökosystem Donauau zerstört wird."

9. März 1984: Die stellvertretende Vorsitzende der ÖVP Dr. Marga Hubinek tritt für den Schutz dieser einmaligen Aulandschaft ein und bezeichnet die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau als unverantwortlich.

Der Zentralbetriebsratsobmann der DOKW Franz Köck erklärt, daß Frau Hubinek keine Kompetenz bei Hainburg hat. Er weist in dieser Aussendung darauf hin, daß Österreich 70 Prozent seiner Energie importiert, diese wird dann zum Großteil zur Stromerzeugung verwendet. Hainburg hilft also beim Ausbau der Energieunabhängigkeit.

11. März 1984: Die Kronenzeitung läßt die Wasserqualität der Donau testen. Ergebnis: Güteklasse 3 Nach geltendem Recht wäre dadurch ein Aufstau des Flusses unmöglich.

12. März 1984: Die Krone macht der DOKW den Vorwurf, daß es keine Hygienegutachten für Hainburg gäbe.

In einer Presseaussendung der SPÖ meldet sich der Wiener Energie-Stadtrat Johann Hatzl zu Wort. Die Stadt Wien unterstütze grundsätzlich Hainburg und ist mit 12,5 Prozent beteiligt.

13. März 1984: ÖGB-Vizepräsident Johann Gassner erklärt: "Die Wasserkraft ist die sauberste Energiequelle ... unter bestimmten Auflagen soll Hainburg gebaut werden."

18. März 1984: ÖVP-Vorsitzender Mock will keine abschließende Stellungnahme zu Hainburg abgeben, ohne alle Gutachten zu kennen.

Am JVP-Bundestag lehnt Othmar Karas jegliches Großkraftwerk ab, bis nicht ein Energiekonzept vorgelegt wird.

22. März 1984: Konrad Lorenz appeliert an den Europarat. Zitat Krone: "Helft uns, die Donauauen bei Hainburg

unversehrt zu erhalten. Sie gehören nicht uns allein, sie gehören ganz Europa!"

ÖVP-Umweltsprecher Walter Heinzinger begrüßt das internationale Engagement der Umweltschützer. Er lehnt aber den Aufruf zum Fremdenverkehrsboykott (ausgesprochen von bundesdeutschen Umweltschutzorganisationen) als untaugliche Maßnahme ab.

26. März 1984: Die Neue Kronenzeitung erweitert die öffentliche Diskussion um zwei weitere internationale Verträge. Sie weist einerseits auf das Abkommen von Ramsar hin, anderseits auf das Genfer Abkommen. Der zweite Vertrag betrifft die Erhaltung wildlebender Tiere und Pflanzen und deren natürliche Lebensräume.

28. März 1984: Nach einer Aussage von Bernd Lötsch werden auch die befangenen Gutachter nicht nachweisen können, daß Hainburg ohne eine Beeinträchtigung der Natur gebaut werden kann.

9. April 1984: In der Krone wird eine Broschüre der "Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg" vorgestellt.

10. April 1984: Die Wiener Volkspartei wiederholt ihren Forderungskatalog an die Donaukraftwerke. Er enthält u.a.: Die Sorge um das Grundwasser, die Hochwassergefahr, die Lobau ...

11. April 1984: Die Krone berichtet, daß sich die Jugendführer aller drei Parlamentsparteien gegen die Errichtung von Hainburg aussprechen.

15. April 1984: Die Krone zitiert ein "Presse"-Interview mit Bundeskanzler Sinowatz: "Von uns wird Hainburg gebaut, da gibt es keinen Zweifel."

25. April 1984: In der Krone beginnt die Diskussion um ein mögliches Volksbegehren.

28. April 1984: Die NKZ berichtet über die vierte Konferenz der EG-Umweltminister in Athen. Dabei wird auch zwanzig Minuten über Hainburg diskutiert.

2. Mai 1984: Der Wiener Vizebürgermeister Busek erklärt in einer Presseaussendung der ÖVP, daß die Wiener Kraftwerke genug Strom erzeugen. Der Bau des Kraftwerkes Hainburg ist aus Wiener Sicht unnötig.

4. Mai 1984: Der Zentralsekretär der SPÖ Fritz Marsch äußert sich zum Besuch von Prinz Phillip. Die Donaueintiefung würde zu einer Austrocknung der Au führen. Seiner Meinung nach wird das Kraftwerk "in vorbildlicher Weise die jetzt gefährdete Aulandschaft retten."

5. Mai 1984: Die Krone berichtet über vier weitere Standortvarianten: Schwabeninsel, Petronell, Röthelstein und Wolfsthal.

6. Mai 1984: Konrad Lorenz stellt sich an die Spitze des Volksbegehrens. Die Forderungen sind: Errichtung eines Nationalparks bei Hainburg, kein Kraftwerksbau, die Sicherung des Wiener Trinkwassers und die Vorlage eines ökologischen Energiekonzeptes.

ÖVP-Generalsekretär Michael Graff wirft Bundeskanzler Sinowatz vor, daß er an Hainburg und Zwentendorf ohne Sachargumente festhält.

7. Mai 1984: Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren wird mit einer "Pressekonferenz der Tiere" gestartet.

Die SPÖ reagiert in einer Presseaussendung auf die Vorwürfe der Volkspartei. Niederösterreichs Landeshauptmannstellvertreter Leopold Grünzweig fordert die ÖVP auf, zu Hainburg klar Stellung zu beziehen. Die Sozialisten treten für einen Ausbau der Donau ein. Die Wasserkraft stellt für sie die sauberste Energiequelle das. Beim Bau von Hainburg müsse es aber bestimmte Auflagen geben.

Othmar Karas (ÖVP) bedauert, daß die SP-Jugend nicht am Volksbegehren teilnimmmt. Seiner Meinung nach haben sich die Jusos dem "Diktat des Parteivorsitzenden Sinowatz gebeugt."

8. Mai 1984: Gegenüber der Kronenzeitung erklärt Josef Cap: "Es war ein Fehler, den Bau des Kraftwerkes Hainburg in die Regierungserklärung aufzunehmen."

In einer Presseaussendung der SPÖ tritt der Bundeskanzler dafür ein, die Entscheidung der niederösterreichischen Naturschutzbehörde abzuwarten. Hainburg sieht er als Ersatz für umweltbelastende, kalorische Kraftwerke. Sinowatz fordert die niederösterreichische Volkspartei auf zu Hainburg zu stehen.

Dr. Michael Graff bekräftigt, daß die ÖVP sich prinzipiell zur Nutzung der Wasserkraft bekenne. Bei

Hainburg habe man Bedenken, da sich das Baulos in einem Landschaftsschutzgebiet befindet.

10. Mai 1984: Die NKZ meldet, daß das Volksbegehren massive Unterstützung durch Prominente erhält.

In einer Presseaussendung der Volkspartei wird Erhard Busek zitiert: "... da offensichtlich alle Gutachten negativ ausgefallen sind, kündigt sich ein sehr langes Verfahren an."

11. Mai 1984: Die Krone berichtet über die Kritik der Ingenieurkammer. Bei Hainburg gibt es Mängel bei der Projektierung, es wurde keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Außerdem wird die gleichzeitige Vergabe der Bauaufträge Greifenstein und Hainburg bemängelt.

Graff greift Sinowatz an. Er wirft ihm "ein gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat" vor. Graff bezieht sich hier auf die naturschutzrechtliche Entscheidung.

13. Mai 1984: Durch die Unterschrift von Konrad Lorenz wird das Volksbegehren auch offiziell gestartet. Eine der Hauptforderungen ist ein neues Verfassungsgesetz. Es soll ein einklagbares Recht auf Umweltqualität geben.

14. Mai 1984: Neuerliche Vorwürfe von Graff an die Sozialisten. Seine Kritik an Sinowatz, Marsch und Blecha lautet: "... plumpe politische Einmischung in ein anhängiges Umweltschutzverfahren."

15. Mai 1984: Der Bundesvorstand der SJÖ beschließt ein Nein zu Hainburg und zum Volksbegehren. Zu diesem, da es

scheitern könnte und weil es zuwenig Druck auf die niederösterreichische Landesregierung ausübt.

Die Frauenbewegung der Volkspartei spricht sich auch gegen den Bau des Kraftwerkes aus. Gründe sind die Gefährdung der Grundwasserqualität im Marchfeld und der Heilquellen von Deutsch Altenburg.

16. Mai 1984: Die Wiener Volkspartei unterstützt das Volksbegehren - aber nicht als Partei. "Auch Vizebürgermeister Busek habe sich deshalb als Person entschieden, das Volksbegehren zu unterzeichnen."

In einer Presseaussendung der Freiheitlichen nimmt Generalsekretär Walter Grabher-Meyer Stellung. Die FPÖ ist grundsätzlich für den Bau von Hainburg, wenn die Umweltschutzauflagen erfüllt werden.

17. Mai 1984: In einem Kronebericht wird die Demonstration von Bau- und Metallarbeiter auf dem Wiener Heldenplatz angekündigt. Zu dieser Pro-Hainburg-Demo, am 17.5.84, gab es einen Aufruf der Gewerkschaft.

In einer SPÖ-Presseaussendung bedankt sich der Bundeskanzler bei den Demonstranten. Hainburg wird für billigen Strom, gegen das Waldsterben und für die Erhaltung der Donauauen gebaut.

Der VP-Bundesparteivorstand hält es für unverantwortlich von der SPÖ/FPÖ-Regierung sich in der Regierungserklärung auf Hainburg festzulegen. Es fehlen Alternativen, da es ja rechtliche Bedenken gibt und der Standort in einem Landschaftsschutzgebiet liegt.

18. Mai 1984: 42.000 Bau- und Metallarbeiter demonstrieren für Hainburg und gegen die Energieabhängigkeit vom Ausland. Außerdem für den Kampf gegen den sauren Regen.

Die sozialistische Korrespondenz zitiert Sinowatz. Die Demonstration war eine erfreuliche Manifestation für Hainburg. Es gibt im Moment keinen Anlaß für einen "Hainburg-Gipfel", wie dies die Volkspartei fordert.

Für Dr. Marga Hubinek können durch Kraftwerksbauten keine Arbeitsplätze auf Dauer gesichert werden. Arbeitsplätze rechtfertigen nicht die bedenkenlose Zerstörung von Naturlandschaften.

20. Mai 1984: Laut NKZ stellt es Bundeskanzler Fred Sinowatz den Mitgliedern der SPÖ frei das Konrad-Lorenz-Volksbegehren zu unterzeichnen. Es gibt keine Vorschriften für SPÖ-Mitglieder.

21. Mai 1984: Wissenschaftsminister Dr. Heinz Fischer erläutert, daß es keine Entscheidung über den Bau von Hainburg ohne die Beachtung der wissenschaftlichen Gutachten geben wird. Denkbar wäre auch eine Auftragsforschung des Wissenschaftsministeriums für die niederösterreichischen Projektbetreiber.

Für Alois Mock ist die Konsequenz aus den Schwierigkeiten rund um Hainburg, der Beginn der Planung der Staustufe Wien. Umweltschutz diene der Erhaltung des Lebensraumes.

22. Mai 1984: Sinowatz will Hainburg aus ökonomischen und ökologischen Gründen bauen. Die Umweltschutzauflagen

müssen beachtet werden. Es soll wegen Hainburg keine Weltanschauungskrise geben.

23. Mai 1984: In der Krone wird Sinowatz zitiert: "Ich werde nicht zurücktreten, wenn das Kraftwerk Hainburg nicht gebaut wird. Das Kraftwerk wird nicht gebaut, wenn im behördlichen Bewilligungsverfahren dagegen entschieden wird."

24. Mai 1984: Von drei ÖVP-Abgeordneten wird eine Hainburg-Petition im Parlament eingebracht. Es wird voraussichtlich im Herbst im Gesundheitsausschuß behandelt werden.

25. Mai 1984: Für Juni wird die Entscheidung in 1. Instanz erwartet.

27. Mai 1984: Die NKZ berichtet über eine Geheimexpertise und zitiert dabei das "profil". Es gibt darin Beweise für eine Gefährdung des Grundwassers.

Die Initiatoren des Volksbegehrens organisieren einen Schwur von Hainburg, der auf der Burg von Hainburg geleistet wird.

30. Mai 1984: Wiens Umweltstadtrat Schieder erklärt gegenüber der Krone. Wien lehne das derzeitige Kraftwerksprojekt wegen der Gefährdung des Wiener Trinkwassers entschieden ab.

1. Juni 1984: Es gibt einen Protestmarsch in Hainburg. Die Initiatoren weisen darauf hin, daß es unsinnig sei Natur zu zerstören, um sie dann wieder künstlich zu schaffen. Naturbewußtsein ist nicht leistungsfeindlich.

8. Juni 1984: Der Zentralbetriebsratsobmann der DOKW wirft Handesl- und Energieminister Norbert Steger vor: "Gruppen, ... die bei Schwüren und Lagerfeuern jeder sachlichen Argumentation ausweichen, nicht mehr von Ökonomie und Ökologie, sondern nur noch über abstrakte Schönheitsbegriffe reden." zu unterstützen.

10. Juni 1984: Die Krone berichtet, daß die Sammlung von Unterstützungsunterschriften für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren bis September verlängert wurde.

12. Juni 1984: Bericht in der NKZ über einen Ausflug des "Panda-clubs", der Jugendorganisation des WWF, in die Hainburger-Au. Damit werden erstmals Kinder in die Diskussion eingebunden.

22. Juni 1984: Die Entscheidung in 1. Instanz ist gefallen. Alle drei Bezirkhauptmannschaften erteilen keine naturschutzrechtliche Bewilligung.

23. Juni 1984: ÖVP-Generalsekretär Graff erklärt: "Die niederösterreichischen Gesetze gelten auch für die Bundesregierung." Er erwartet keine Bewilligung in 2. Instanz.

24. Juni 1984: Ein überparteiliches Personenkomitee fordert, daß sich der niederösterreichische Landtag mit der Entscheidung über den Kraftwerksbau befasst. Es soll zu keiner Fehlentscheidung durch Landesrat Brezovsky kommen.

25. Juni 1984: In einer Presseaussendung der Sozialisten wird berichtet, daß die Naturfreundejugend Österreichs gegen das Volksbegehren ist. Es wird ein Aufruf

veröffentlicht dieses nicht zu unterstützen. Die Naturfreunde sind auch gegen den Bau von Hainburg und treten für die Demontage von Zwentendorf ein.

26. Juni 1984: Die Bundesvorsitzende der Jungen Generation in der SPÖ Maria Berger fordert, da die Entscheidung in 1. Instanz gefallen ist, einen Planungsstop für Hainburg. Es sollen energiepolitische Alternativen erarbeitet werden. Der Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen soll verwirklicht werden.

18. August 1984: Für die Forstbotanikerin Dr. Elfrune Wendelberger wären die Folgen eines Kraftwerkbaues u.a.: die Austrocknung der Au und eine Verschlechterung des regionalen Klimas.

31. August 1984: Josef Cap will die vorliegenden Hainburg-Gutachten veröffentlichen und keine neuen einholen.

2. September 1984: Die Krone erhebt massive Vorwürfe gegenüber dem Landwirtschaftsminister. Sie berichtet über eine geheime Absprache zwischen Haiden und Brezovsky, dadurch sei die Bewilligung bereits fix.

14. September 1984: Otto König wird von der Krone bei seinem Gutachten mangelnde Sachkenntnis vorgeworfen. Sein Gutachten ist positiv.

6. November 1984: Die Krone berichtet über eine Gallup-Umfrage. 72 Prozent der Befragten sprechen sich gegen den Bau von weiteren Großkraftwerken aus. Außerdem wird die Notwendigkeit des Energiesparens besonders betont.

10. November 1984: Ein geheimes Protokoll eines E-Wirtschaftstreffens wird veröffentlicht. Grundaussage: Die Industrie nutzt den Strom effizienter, es wird aber durch geplante Kraftwerke mehr erzeugt werden als tatsächlich gebraucht wird. Lösung des Problems ist die Erweiterung der Abnahme durch private Haushalte z.B. durch die Installation von Elektroheizungen.

22. November 1984: ÖVP-Gemeinderat Dr. Hawlik wirft Bürgermeister Zilk vor in der Frage Hainburg einen "Zick-Zack-Kurs" zu verfolgen. Er sei als Unterrichtsminister dafür eingetreten, im Herbst 1983 dagegen, Jänner 1984 wieder dafür und nach dem Bekanntwerden des E-Wirtschaftsgeheimpapier wieder dagegen.

24. November 1984: Die Krone geht auf das Argument der DOKW ein, daß durch den Bau von Hainburg die Donau für den "Europa-Kahn" schiffbar würde. Diesem Argument wird der dazu ebenso erforderliche "Ausbau" der Donau an der Grenze gegenübergestellt. Die DOKW lehnt einen Ausbau dieses Teilstückes jedoch ab.

26. November 1984: Brief der Initiatoren des Volksbegehrens an Landeshauptmann Ludwig und dessen Stellvertretern Pröll und Grünzweig. Kritisiert wird vor allem die Vorgangsweise von Landesrat Enerst Brezovsky. Der Vorwurf lautet, daß er die juristische Bearbeitung der Hainburgentscheidung drei Beamten entzogen hat, da sie nicht bereit waren einen positiven Bescheid zu erarbeiten. Die Akten wurden seiner persönlichen

Mitarbeiterin Dr. Lashofer übergeben, diese besitzt keine Fachkenntnisse im Bereich Naturschutz.

Landesrat Brezovskys Bescheid erteilt den Projektbetreibern die naturschutzrechtliche Bewilligung. Die Krone nimmt aus redaktionellen Gründen erst am 27. November dazu Stellung. Die Pressestellen der Parteien reagieren noch am selben Tag.

Der ÖVP-Pressedienst teilt mit: grundsätzlich ist die Volkspartei für den Ausbau der Wasserkraft - bei Hainburg unter Einhaltung der bekannten Auflagen.

Landeshauptmann Ludwig wartet auf die Erklärung von Landesrat Brezovsky bei der Sitzung der niederösterreichischen Landesregierung am 27. November. Er fordert "umfassende Informationen über den Bescheid im Naturschutzverfahren". Außerdem will er das wasserrechtliche Hauptverfahren abwarten.

Vizebürgermeister Busek spricht sich in einer Pressekonferenz gegen den Bescheid aus. Er wirft Dr. Brezovsky eine ungesetzliche Handlungsweise vor. Seiner Meinung nach hätte er nur die Entscheidung aus 1. Instanz überprüfen und kein neues Naturschutzverfahren einleiten sollen.

Der Generalsekretär der Freiheitlichen Walter Grabher-Meyer bewertet den Bescheid positiv. Die energiepolitischen Vorstellungen der FPÖ werden dadurch verwirklicht. Hainburg ist für ihn ein umweltschonendes Projekt. Zitat: "Durch den Verlust von lediglich 4

Prozent der Aulandschaft werden die restlichen 96 Prozent für immer gerettet."

27. November 1984: Die Initiatoren des Volksbegehrens überreichen Innenminister Blecha 10.000 Unterschriften gegen den Bau von Hainburg. Eine Audienz bei Bundespräsident Kirchschläger ist geplant. Die Umweltschützer wollen erreichen, daß mit dem Rodungsbeginn bis zum Abschluß des forstrechtlichen und des wasserrechtlichen Verfahrens gewartet wird.

Die sozialistische Jugend Niederösterreichs spricht von einer klaren Entscheidung für den Umweltschutz. Durch die 31 Auflagen sind die Forderungen nach größtmöglichen Schutz der Umwelt gesichert.

Dr. Brezovsky weist mit Nachdruck darauf hin, daß elf der zwölf Gutachten positiv sind. Diese Gutachten wurden nicht veröffentlicht. Außerdem habe sich die DOKW verpflichtet 31 Auflagen zu erfüllen. Dadurch würde die Austrocknung der Au verhindert und u.a. die Wasserqualität - auf Güteklasse II - verbessert.

ÖVP-Umweltsprecher Heinzinger kritisierte die Entscheidung Brezovskys. Für ihn wird durch den Bescheid eine einmalige Aulandschaft der umfassenden Zerstörung preisgegeben. Der Schutz der Aulandschaft sei eine demokratiepolitische Aufgabe.

Busek fordert Brezovsky auf die Gutachten zu veröffentlichen. Und wenn er tatsächlich um das Leben der Autoren fürchtet, so sollten sie anonym veröffentlicht werden.

Der Verfassungssprecher der Freiheitlichen Hilmar Kabas begrüßt die Hainburg-Entscheidung, da die Wasserkraft die umweltfreundlichste Energiequelle darstellt. Er betont aber, daß bestimmte Auflagen eingehalten werden müssen.

28. November 1984: Professor Pernthaler und Raschauer bezeichnen den Naturschutzbescheid als inhaltlich und verfahrensmäßig rechtswidrig.

Die Krone berichtet weiters über eine vorübergehende Studentenbesetzung des niederösterreichischen Landhauses in Wien. Landeshauptmann Ludwig wurde eine Petition überreicht, in der u.a. die Einleitung einer Untersuchung über den Brezovsky-Bescheid gefordert wird.

Ebenfalls wird Bundespräsident Kirchschläger eine Bittschrift übergeben, in der gefordert wird mit dem Rodungsbeginn bis zum Ende der Verfahren zu warten.

Vizebürgermeister Busek fordert die Regierung auf, die Ergebnisse des Volksbegehrens abzuwarten. Erst wenn diese Entscheidung gefallen ist, sollte mit dem Bau von Hainburg begonnen werden.

29. November 1984: Krone-Bericht über die Audienz bei Bundespräsident Kirchschläger. Zitat Günther Nenning: "Der Bundespräsident hat zugesagt, mit Kanzler Sinowatz über unser Anliegen zu reden."

Außerdem wollen die Initiatoren des Volksbegehrens eine Klage wegen Verdacht des Amtsmißbrauchs gegen Landesrat Dr. Brezovsky einbringen. Die Krone kündigt einen Sternmarsch nach Hainburg für den achten Dezember an.

Der Verbandsvorsitzende der sozialistischen Jugend Alfred Gusenbauer will die Diskussion um Hainburg nicht in einen Glaubenskrieg ausarten lassen. Auch er fordert die Veröffentlichung der Gutachten, die dem Bescheid zu Grunde lagen.

30. November 1984: Mock schlägt vor, daß sich Dr. Brezovsky von seiner Amtsverschwiegenheit entbinden läßt, um die Offenlegung der Gutachten zu ermöglichen. Diese weist darauf hin, daß die Gutachten auch wichtige Informationen für das wasserrechtliche Bewilligungsverfahren enthalten und daher erst nach dessen Abschluß veröffentlicht werden können.

3. Dezember 1984: Die NKZ kritisiert, daß im Brezovsky-Entscheid Gutachten in ihr Gegenteil verkehrt wurden. Außerdem wird die Aussage von Dr. Brezovsky bezweifelt, wonach durch die Begriffe, wie "Landschaftsbild, Schönheit und Eigenart", die laut Gesetz nicht maßgeblich beeinträchtigt werden sollen, ein Interpretationsspielraum für die entscheidende Behörde entsteht.

5. Dezember 1984: Bundeskanzler Sinowatz kündigt den Beginn der Rodungsarbeiten an, sobald ein positiver wasserrechtlicher und forstrechtlicher Bescheid ergangen ist. Auf die Behandlung des Volksbegehrens im Parlament, kann seiner Meinung, nicht gewartet werden.

6. Dezember 1984: Landwirtschaftsminister Haiden erteilt die Rodungsbewilligung. Zum Schutz der Tierwelt soll ein Zaun rund um die Baustelle errichtet werden. So die

offizielle Begründung, die Krone mutmaßt, diese Maßnahme diene der Abschirmung etwaiger Demonstranten.

7. Dezember 1984: Die Krone berichtet, daß mit der Rodung der Au jederzeit begonnen werden kann. Landwirtschaftsminister Haiden bezeichnet die Auschützer als Idealisten. Diese sehen nur die Au bei Hainburg und übersehen die drohende Gefahr des Waldsterbens. Der DOKW wurden 326 Auflagen vorgeschrieben, davon betreffen sechzig den Umweltschutz.

Landesrat Dr. Ernest Brezovsky garantiert die Einhaltung der Auflagen in einer Pressekonferenz. Er kündigt die Einsetzung einer Kommission des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung an. Brezovsky wird die Gutachten zur Einsicht freigeben.

8. Dezember 1984: Mitarbeiter des Volksbegehrens wollen gegen Landesrat Brezovsky Anzeige wegen Amtsmißbrauch erstatten. Die Vorwürfe beziehen sich auf den Bescheid und das Zustandekommen des Bescheides. Brezovsky wird beschuldigt Beamten die Bearbeitung des Falles entzogen zu haben, da diese gegen den Bau von Hainburg eintraten.

10. Dezember 1984: Naturschützer organisierten einen Sternmarsch in die Hainburger-Au. Die NKZ meldet das Eintreffen von Seeadlern in der Au. Es wird darauf hingewiesen, daß eine der Auflagen im Brezovsky- Bescheid jede Rodung in einer Fortpflanzungsperiode untersagt. Gleichzeitig wird die Rodungszeit für Dezember/Jänner festgesetzt- zu diesem Zeitpunkt brüten dieSeeadler. Die Donaukraftwerke stellen in einer Aussendung fest: Die

Rodungsarbeiten müssen jetzt durchgeführt werden. Ein Rodungsaufschub widerspricht den Bestimmungen des Wasserrechtsbescheides. Ein Zuwarten würde den Baubeginn bis zum Winter 85/86 verzögern. Dies kommt einem Verlust für die Volkswirtschaft von ca. 800 Millionen Schilling gleich.

11. Dezember 1984: Die Vorsitzende der SPÖ-Frauen Jolanda Offenbeck kritisiert die Umweltschützer, daß sie sich nicht an die Spielregeln der Demokratie halten. Die Minderheit übt eine kontrollierende Funktion aus, muß sich aber den Entscheidungen der Mehrheit beugen.

Bundeskanzler Sinowatz betont die Rechtmäßigkeit des Baues von Hainburg. Die Demonstranten in der Au handeln gesetzwidrig. Sinowatz hat den Innenminister ermächtigt direkte Weisungen an die Exekutive zu erteilen.

Innenminister Blecha erklärt, die Donaukraftwerke haben das Recht mit dem Bau zu beginnen. Das Gebiet wurde zur Baustelle erklärt und der Zutritt verboten.

FPÖ-Generalsekretär Grabher-Meyer spricht sich gegen die Ausschreitungen in der Hainburger-Au aus. Für ihn sind weder aktive, noch passive Gewalt Mittel der demokratischen Auseinandersetzung. Weiters spricht er sich gegen den "rot-grünen Ideologieimport" aus.

Durch Menschenketten und Barrikaden verhinderten die Umweltschützer die ersten Rodungen. Die Arbeiter wurden von 200 Gendameriebeamten begleitet. Laut Meldungen der NKZ befinden sich etwa dreitausend Demonstranten in der Au.

12. Dezember 1984: Die Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens treffen mit Kanzler Sinowatz zu einem Gespräch zusammen. Eine österreichische Lösung des Konflikts soll erzielt werden.

Mehrere Gutachter attakieren Dr. Brezovsky. Er habe aus ablehnenden Gutachten nur einzelne Passagen zitiert und somit den Eindruck erweckt, die Gutachter befürworten den Bau von Hainburg.

Die Kraftwerksgegener richten sich darauf ein wochenlang friedlichen Widerstand zu leisten.

Die sozialistische Korrespondenz reagiert auf die Ereignisse in der Au. Wörtlich heißt es: "Die Demonstrationen waren nicht angemeldet und fanden auf Gebieten statt, auf denen der Zutritt untersagt war."

Bundeskanzler Sinowatz erklärt zu Gesprächen bereit zu sein. Die Errichtung des Kraftwerkes ist legal, es müsse gebaut werden, denn sonst "könne man letztlich die Republik zusperren". Er betont, daß aus Umweltschutzgründen die Rodungen sofort erfolgen müssen. Für ihn waren die Gendarmen im Recht und die Aubesetzer im Unrecht.

Der Nationalrat setzt die Frist für das Volksbegehren fest. Dieses wird von 4. bis 11. März 1985 zur Unterschrift aufliegen.

ÖAAB-Bundesobmann Herbert Kohlmaier fordert den Verzicht auf eine Arbeiter-Gegendemonstration. "Besinnen wir uns an das Wort, das da lautet, Demokratie ist Diskussion."

Die freiheitliche Abgeordnete Dr. Helene Patrik-Pable fordert Landeshauptmann Ludwig auf, sich zum umstrittenen Brezovsky-Bescheid zu äußern und Klarheit zu schaffen.

13. Dezember 1984: Die niederösterreichische Sicherheitsdirektion beziffert die Zahl der Demonstranten mit 1.000 bis 2.000 Personen. Die Umweltschützer sind keine homogene Gruppe: von Studenten über Angestellte bis zu Pensionisten sind alle Schichten vertreten.

Bundeskanzler Sinowatz kündigt einen "Waffenstillstand" von vier Tagen an. In dieser Zeit werden auch die Rodungsarbeiten eingestellt. Diese Nachdenkpause soll der Deeskalation dienen.

Der Kanzler konnte auch die Gewerkschaftsführer davon überzeugen ihre geplante Gegendemonstration nicht in der Au abzuhalten.

Innenminister Blecha betont in einer Aussendung, daß sich die Regierung mit den Umweltschützern geeinigt hat, daß innerhalb der vier Tage kein organisierter Zuzug in die Au stattfindet. Es dürfen auch keine Veranstaltungen in der Au abgehalten werden.

Der ÖVP-Abgeordnete Walter Heinzinger tritt für eine vernünftige Lösung im Hainburg-Konflikt ein. Das Volksbegehren soll abgewartet werden.

Der Abgeordnete Robert Graf stellt zwei weitere Forderungen auf. Einerseits die Einberufung einer Hainburg-Konferenz, andererseits die Einrichtung eines Systems zur umfassenden Kontrolle. Darunter versteht er

die Überwachung der Sicherung des Wiener Trinkwassers u.a.m.

14. Dezember 1984: Zahlreiche Schulklassen und Prominente fahren in die Au um die Naturschützer zu unterstützen. Die Bevölkerung von Hainburg hilft mit Lebensmittelspenden.

15. Dezember 1984: Die Kronenzeitung berichtet über internationale Proteste gegen den geplanten Kraftwerksbau. Vor allem wegen des Verstoßes gegen das Ramsar-Abkommen und das Berner Abkommen (siehe 3.1.1.). Weiters wird über eine Pressekonferenz von Erhard Busek berichtet. Sein Vorwurf: aus Geheimgutachten geht hervor, daß die abgegebene Trinkwassergarantie für Wien nicht rechtzeitig verwirklicht werden kann.

16. Dezember 1984: Die Krone fordert eine Volksabstimmung über Hainburg. Eines ihrer Argumente: Gerade die Gewerkschaft müßte einem solchen Vorschlag zustimmen, da immer wieder betont wird, daß die Mehrheit der Bevölkerung für den Kraftwerksbau ist.

Der freiheitliche Umweltsprecher Fritz Probst fordert die Unterscheidung in echte Naturschützer und einigen Gruppen, die aus dieser Aktion politisches Kapital schlagen wollen. Probst verlangt eine Stellungnahme von Landeshauptmann Ludwig zu den Gutachten.

17. Dezember 1984: Innenminister Karl Blecha verurteilt das rechtswidrige Verhalten der Kraftwerksgegener. Für ihn ist eine Räumung der Au die letzte Möglichkeit.

Justizminister Ofner wiederum warnt vor der Kriminalisierung der Aktivisten.

Am Sonntag waren ungefähr 5.000 Menschen in der Stopfenreuther-Au. Sie sehen ihr Engagement als einen Akt des zivilen Ungehorsams.

Die sozialistische Korrespondenz zitiert in einer Aussendung die Zeitschrift "Welt der Arbeit". Die Krone soll diesen Angaben zufolge 2,3 Millionen Schilling dem Konrad-Lorenz-Volksbegehren als Darlehen - ein solches ist steuerlich absetzbar - zur Verfügung gestellt haben. Es wird vermutet die Krone unterstütze diese Kampagne nur um jüngere Leserschichten anzusprechen.

ÖVP-Obmann Mock legt einen Drei-Punkte-Friedensplan vor. Dieser beinhaltet: 1. das Volksbegehren wird abgewartet 2. die Umweltschützer beenden ihre Aktion in der Au 3. eine Hainburg-Konferenz wird einberufen.

Busek kritisiert Innenminister Blecha wegen dessen Äußerung unter den Demonstranten befänden sich auch Anarchisten und Rechtsradikale. Busek dazu wörtlich: "Blechas Politik ist gescheitert, er müsste eigentlich zurücktreten."

Der freiheitliche Generalsekretär Walter Grabher-Meyer ruft zur Besonnenheit auf.

18. Dezember 1984: Am Vortag wurden die ersten Bäume gefällt. Ein Polizeikordon schützte die Holzfäller. Die Demonstranten haben Barrikaden errichtet und Menschenketten gebildet.

Zur gleichen Zeit hielten Gewerkschafter eine Versammlung im Arbeiterkammersaal von Hainburg ab. Die Krone fasst die Aussagen der Funktionäre so zusammen: "Recht müsse Recht bleiben und Arbeiter hätten ein Recht auf Arbeit."

Quer durch alle Parteien wird die Forderung nach einem Weihnachtsfrieden laut. Der SPÖ-Abgeordnete Cap und der "Ring freiheitlicher Studenten" treten für die Durchführung einer Volksabstimmung ein.

Die NKZ behauptet Gewerkschaftsführer Hesoun habe behauptet, "der lybische Staatschef Gadafi finanziere die Au-Besetzung."

Innenminister Blecha setzt sich dafür ein in Hainburg jede Waffengewalt zu vermeiden. Er weist aber darauf hin, daß bei der Rodung am Vortag von den Demonstranten der Stacheldrahtzaun durchbrochen wurde. Dies bezeichnet er als aktiven Widerstand. Blecha vertritt die Meinung, daß eine Räumung der Au ohne Waffengewalt nicht möglich ist. Derzeit sind 200 Exekutivbeamte in der Au, die Zahl der Demonstranten beläuft sich auf 3.000 bis 4.500. Für diese wurde der Nahrungsmittelnachschub unterbunden, um nicht ein rechtswidriges Verhalten zu fördern.

Michael Graff fordert die Regierung auf den Friedensplan von Alois Mock zu verwirklichen. Er bringt folgenden Argumente vor: die wasserrechtliche Bewilligung der Detailprojekte und die Baubewilligung fehlen, die Beschwerdefrist bei den Höchstgerichten ist noch nicht abgelaufen, außerdem kann so ein Weihnachtsfrieden geschaffen werden.

Die Frauenbewegung der Wiener Volkspartei fordert den Rücktritt von Kanzler Sinowatz, wenn dieser den Konflikt nicht lösen kann.

Das freiheitliche Bundespräsidium bekennt sich zum Bau des Kraftwerks unter Berücksichtigung der Umweltschutzauflagen. Bei den Demonstranten wird vor "ausländischen radikalen Elementen" gewarnt.

19. Dezember 1984: die niederösterreichische Landesregierung erklärt das Augebiet zum Sperrgebiet. Den Besetzern drohen Strafen bis zu 3.000 Schilling. Die Krone zitiert Demonstranten: "Wir werden auch weiterhin passiven Widerstand leisten."

Kanzler Sinowatz wirkt auf ÖGB-Präsident Benya ein, den Demonstrationsmarsch von 30.000 Arbeitern für den Bau abzusagen.

Mehrere SPÖ-Teilorganisationen der Sozialistischen Partei erklären sich mit dem Vorgehen der Regierung solidarisch. Solidaritätserklärungen geben ab: das Landespräsidium der SPÖ-NÖ, die Naturfreunde Österreich, SPÖ-Oberösterreich, SPÖ-Ottakring, die Initiativgemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsstudenten (ISW).

Bürgermeister Zilk ist zwar zu keiner konkreten Hainburg-Stellungnahme bereit, wundert sich aber über die Wortwahl im Zusammenhang mit dem Konflikt. Er kritisiert die Verwendung des Terminus Friedensplan, da in Österreich ja kein Kriegszustand herscht.

In der Zwischenzeit eskaliert die Situation in der Au. Etwa 1.000 Beamte gehen mit Schlagstöcken und

Vollvisierhelmen gegen die Demonstranten vor. Zwölf Naturschützer werden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden müssen. Fünfzig Demonstranten werden verhaftet. Auch Journalisten geraten zwischen die Fronten. Kamerateams vom ORF und ARD werden an der Berufsausübung gehindert. Der Polizei gelingt es nicht die Au vollständig zu räumen.

Am Abend findet in Wien eine spontane Demonstration gegen den Kraftwerksbau und die Vorgangsweise der Exekutive statt. Es nehmen ca. 20.000 Menschen daran teil.

ÖVP-Stadtrat Jörg Mauthe spricht von einem "Tag der nationalen Schande". Dr. Johannes Hawlik ergänzt: "... seit dem Eindringen der Polizei in das Augebiet mache sie den Eindruck eines Kriegsschauplatzes. ... die Regierung ist für jede Art der Eskalation verantwortlich."

Marga Hubinek fordert erneut den Rücktritt der Regierung.

Abgeordneter Heinzinger macht die Regierung für die Gewaltaktionen verantwortlich. Er wirft den Gewerkschaftern und der Regierung vor, einen Klassenkampf entfacht zu haben. Heinzinger: "Uns geht es um Partnerschaft und Solidarität zwischen Jungen und Alten, zwischen Arbeitern und Studenten."

Die ÖVP-Landeshauptleute sprechen sich für ein Ingangsetzen des Mock-Friedensplanes aus.

20. Dezember 1984: SPÖ-Zentralsekretär Peter Schieder bezeichnet die Polizeiaktion als ein Mittel zu zeigen, "daß der Staat in der Lage ist Recht zu schützen". Die Kraftwerksgegner zu überzeugen sei eine schwierige

Aufgabe. Komplexe Zusammenhänge haben weniger Wirkungskraft als Symbole. Schieder fordert auch eine objektivere Berichterstattung.

NÖ-Landtagsabgeordneter Hermann Lechner bezeichnet Nenning und Meissner-Blau als Verführer der Jugend. Auch sie müssen Verantwortung übernehmen. Lechner weiter: "Auch manche Medien haben aus wirtschaftlichen oder politischen Interessen eine Kampagne entfacht, die den sozialen Frieden gefährdet und die Jugend in die Irre führt."

Der Abgeordnete Fritz Hochmair fordert Günther Nenning auf seine Mitgliedschaft im ÖGB zu überdenken.

Der Bundesparteivorstand der Volkspartei spricht von "tiefer Betroffenheit". Es ist an der Zeit den Mock-Friedensplan zu verwirklichen.

Die Fraktion christlicher Gewerkschafter weist darauf hin, daß durch das Demonstrationsrecht nicht andere Gesetze außer Kraft treten. Alle Beteiligten des Hainburg-Konflikts werden zur Vernunft aufgerufen.

Alois Mock tritt für sozialen Frieden ein. Die Alleinverantwortung für die Vorfälle in der Stopfenreuther-Au liegt bei Innenminister Blecha.

21. Dezember 1984: Kardinal König appeliert an alle Seiten über Weihnachten die Lage neu zu überdenken. Außerdem berichtet die Krone, daß die Polizei Rechtsradikale, Anhänger des Fußballclubs Rapid, in der Au identifiziert hat. Etwa tausend Demonstranten harrten in der Au aus und bauten neue Barrikaden.

Bundeskanzler Sinowatz ruft einen Weihnachtsfrieden aus. Dieser soll bis zur Minsterratssitzung am 3. Jänner dauern. Sinowatz betont aber, daß er für den Bau eintritt und die Demonstranten gesetzwidrig handeln. Seiner Meinung nach war der Widerstand in der Au nicht gewaltfrei. Die Medien haben die Au-Besetzer zu Helden gemacht - die wahren Helden sind die österreichischen Arbeitnehmer.

Abgeordneter Cap spricht von "einer mutigen Entscheidung des Bundeskanzlers". Die Fragen im Hainburg-Konflikt sollen nochmals sachlich bearbeitet werden. Cap tritt für die Abhaltung einer Volksabstimmung ein.

Dr. Michael Graff fordert den Bundeskanzler auf einen Termin zu nennen bis zu dem auf die Rodung verzichtet wird. Auf jeden Fall sollte die Entscheidung der Höchstgerichte über den Brezovsky-Bescheid abgewartet werden. Die Regierung hat sich dem Druck der Gewerkschaft gebeugt und bei der Rodung Verletzte in Kauf genommen. Graff wörtlich: "Der Baggersozialismus darf nicht vollends in einen Prügelsozialismus ausarten."

Marilies Flemming begrüßt die Verwendung des Mock-Friedensplanes durch Kanzler Sinowatz.

Grabher-Meyer betont im Zusammenhang mit dem Weihnachtsfrieden, daß die Demonstranten die in der Au ausharren auf aktive oder passive Gewalt verzichten sollen. Nun sollen vernünftige Verhandlungen geführt werden.

23. Dezember 1984: Die Umweltschützer wollen Weihnachten in der Au feiern. Eine Christmette in Stopfenreuth ist geplant. Zu Silvester sollen 200 Bäume gepflanzt werden.

24. Dezember 1984: Die Krone berichtet über einen sich abzeichnenden Meinungsumschwung in Sachen Hainburg innerhalb der SPÖ.

27. Dezember 1984: Grabher-Meyer kündigt Beratungen über die weitere Vorgangsweise im Hainburg-Konflikt für die Bundesparteivorstandssitzung am 3. Jänner an. Ein Vorschlag ist die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

30. Dezember 1984: Die Regierung kündigt an, daß es auch nach dem 3. Jänner keine Rodungen geben wird. An einer Kompromißlösung wird gearbeitet. Die Krone berichtet über einige Verhandlungspunkte: keine Volksabstimmung, kein Bau von Hainburg, Bau der Staustufe Wien, Dürnrohr geht nur mit Filteranlagen in Betrieb. Bei Großkraftwerken sollen in Zukunft Umweltschützer an der Planung beteiligt werden.

Vizekanzler Steger sieht die Möglichkeit andere Standorte zu verwirklichen. Bis aber keine Ersatzvariante gefunden wurde wird die Regierung an Hainburg festhalten.

4. Jänner 1985: Die Bundesregierung kam nach Beratungen zu einem einstimmigen Beschluß: am Bau von Hainburg wird festgehalten, die Rodungen werden nicht fortgesetzt, die Aubesetzer sollen ihre Aktion beenden, Planung der Staustufe Wien, setzen von beschäftigungspolitischen

Impulsen, Errichtung des Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen, Bau des Marchfeldkanals.

Dr. Fred Sinowatz: "Ich werde mich bemühen, friedliche Lösungen zu finden und Wissenschaftler, auch unbequeme, einladen, mit mir ständig Kontakt zu halten."

Innenminister Blecha erklärt gegenüber Journalisten, er habe einen großen Teil der Demonstranten immer für Idealisten gehalten. Aber es waren auch Rechtsextreme und Anarchisten in der Au.

3. Rechtspolitische Aspekte

In diesem Kapitel schildere ich die rechtlichen Grundlagen, und den Ablauf des Verfahrens im Fall Hainburg. Dabei unterscheide ich den allgemeinen Verfahrensablauf, von der Erklärung zum bevorzugten Wasserbau bis zur Verfügung des Verwaltungsgerichtshofes, detailiert werden der Bescheid des Landesrates Dr. Ernest Brezovsky und die Grundlagen für den Ablauf des Polizeieinsatzes beschrieben.

3.1. Bewilligungsverfahren bei der Errichtung eines Wasserkraftwerkes

3.1.1. Donaukonvention und Ramsar-Abkommen

Beide Abkommen wurden in der Causa Hainburg, sowohl von Befürwortern, als auch von Kraftwerksgegnern als Argumentationshilfe benützt.

Die Konvention über die Regelung der Schiffahrt auf der Donau stammt vom 16. Februar 1960 (BGBl. Nr. 40). Artikel drei besagt, daß sich die Unterzeichner dazu verpflichten, die Donau für Fluß- und Seeschiffe in einem befahrbaren Zustand zu erhalten. Und weiters den Schiffsverkehr reibungslos zu ermöglichen." (3)

Der Vertrag über die Feuchtgebiete, das sogenannte Ramsar-Abkommen, wurde am 12. April 1983 (BGBl. Nr. 225) ratifiziert.

Im folgenden werde ich die wichtigsten Bestimmungen

(3) vgl. Gabriel, Bernd (Hrsg.): Kraftwerk Hainburg, Nationalpark Ost. Projekte, Argumente, Dokumente. Bericht über die Expertendiskussion an der Akad. f. Umwelt und Energie in Laxenburg. Wien Montan 1984

darstellen. (4) In Artikel 2 wird der Geltungsbereich des Vertrages abgesteckt. Die einzelnen Vertragsparteien machen Vorschläge über schützenswerte Feuchtgebiete, auf Grund dieser Angaben wird dann eine "Liste international bedeutender Feuchtgebiete" erstellt. Es steht jedem Unterzeichnerstaat frei diese Gebiete zu erweitern oder, wenn ein dringendes nationales Interesse vorliegt, die Feuchtgebiete zu verkleinern oder ganz aufzuheben. Es wird aber unter Punkt 6 auf die internationale Verantwortung hingewiesen.

Die Umweltschützer beriefen sich bei ihrem Protest besonders auf die folgenden Punkte. In Artikel 4.1. heißt es z.B.: "Jede Vertragspartei fördert die Erhaltung von Feuchtgebieten, sowie von Wat- und Wasservögeln dadurch, daß Feuchtgebiete - gleich viel ob sie in der Liste geführt werden oder nicht - zu Schutzgebieten erklärt werden und in angemessenem Umfang für ihre Aufsicht gesorgt wird." (5)

Außerdem soll ein Austausch von Forschungsergebnissen, durch die Weitergabe von relevanten Daten und Publikationen gefördert werden.

Artikel 5 beschreibt die Form der internationalen Zusammenarbeit. Nicht nur Informationen sollen ausgetauscht werden, auch die Vereinheitlichung von Schutzmaßnahmen zu Erhaltung von Feuchtgebieten wird angestrebt.

(4) siehe (3), vgl. S. 127-130
(5) siehe (3), S. 128/129

Die Zielvorstellungen aus Artikel 4 und 5 werden in den Schlußartikeln 6 bis 8 konkretisiert. Konferenzen mit beratendem Charakter sollen unter anderem folgende Punkte verwirklichen: die Einhaltung des Abkommens, die Vervollständigung der "Liste", Informationsaustausch bei Veränderungen der geschützten Feuchtgebiete durch einen Vertragspartner, die Erstellung von Berichten und Statistiken durch internationale Gruppen.

Artikel 7 beschäftigt sich mit den Teilnehmern dieser Konferenzen. Es sollen vor allem Experten eingeladn werden. Jeder Unterzeichnerstaat besitzt eine Stimme. Entschieden wird mit einfacher Mehrheit, wenn mindestens die Hälfte der Vertragsparteien mitstimmt.

In Artikel 8 wird der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Reichtümer (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources) die vorläufige Kontrolle dieser Aufgaben übertragen.

Bei Inkrafttreten dieses Staatsvertrages wurden folgende schützenswerte Feuchtgebiete ausgewiesen: Gebiet des Neusiedlersees einschließlich der Lacken im Seewinckel, Donau-March-Auen, untere Lobau, Stauseen am unteren Inn, sowie das Rheindelta am Bodensee.

3.1.2. Etappen der Bewilligung und Gesetzesgrundlagen

Im Fall Hainburg ist die Entscheidung auf drei Ebenen angesiedelt. Bewilligungskompetenzen liegen beim Bund, beim Land Niederösterreich und beim Land Wien.

Der erste Schritt im Bewilligungsverfahren ist die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau, diese obliegt dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft. (6) Dieses Ministerium ist auch für die generelle wasserrechtliche Bewilligung zuständig, diese beinhaltet u.a. auch die Rodungsbewilligung.

Das Land Niederösterreich hat ein naturschutzrechtliches Verfahren durchzuführen. In erster Instanz entscheidet hier der Bezirkshauptmann, in zweiter Instanz die niederösterreichische Landesregierung.

Die Baubewilligung erteilt der zuständige Bürgermeister laut Paragraphen 1 und 92 der niederösterreichischen Bauordnung, die Genehmigung wird durch die Landesregierung ausgestellt. Weiters hat die Landesregierung eine Baubewilligung gemäß dem niederösterreichischen Elektrizitätswesensgesetz zu verabschieden.

Auf der Wiener Landesebene hat das Magistrat der Stadt Wien eine naturschutzrechtliche Bewilligung auszusprechen. All die vorangegangenen Bewilligungen sind Voraussetzung für den Baubeginn. Während des Baues erteilt der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft noch die Bewilligung für die Detailprojekte. Beim Entschädigungs- und Enteigungsverfahren entscheidet in

(6) vgl. Manzano, Carl/Baschnegger, Hanno: Das Projekt Donaukraftwerk Hainburg. Strom aus dem Strom oder Land am Strome. Eine Information der Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg. Wien 1984, S. 57

erster Instanz der Landeshauptmann und in zweiter Instanz wieder das Landwirtschaftsministerium.

Soweit im Groben der Ablauf des Bewilligungsverfahrens - nun zu den rechtlichen Grundlagen.

Das Wasserrechtsgesetz behandelt die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau in den Paragraphen 100, 114 und 115. Im Paragraph 100 werden die Voraussetzungen für diesen Bescheid näher erläutert. Die rasche Ausführung des Bauvorhabens muß im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft gelegen sein. Außerdem ist im Verfahren des Landwirtschaftsministeriums immer die erste Instanz - einzige Ausnahme die Entschädigungsverfahren.

Paragraph 114 und 115 enthalten Ausführungsbestimmungen. So lautet u.a. der Paragraph 114 Abs. 3: "Die erteilte Bewilligung schließt alle für die Ausführung der Anlage erforderlichen behördlichen Genehmigungen in sich." (7)

Im Paragraph 115 werden die Ansprüche der beteiligten Dritten erläutert. Es besteht lediglich ein Recht auf angemessene Entschädigung. Wenn eine mündliche Verhandlung vor der Erteilung der Baubewilligung abgehalten wird, so haben die Anrainer ein Recht darauf, geringfügige Abänderungen des Projektes zu erwirken.

Die generelle wasserrechtliche Bewilligung basiert auf den Paragraphen 102, 103, 105 und 111. Der Paragraph 111 enthält Bestimmungen, die ein Verbot des Kraftwerkes zur

(7) Hauer, Wolfgang: Hainburg. Eisenstadt. Prugg 1985, S.46

Folge haben. Dies ist der Fall, wenn: gesundheitsgefährdende Folgen zu erwarten sind, die Schiffahrt beeinträchtigt wird, der Flußlauf, sein Gefälle oder die Ufer gefährdet sind, bei einer Veränderung der Wassergüte, bei der Zerstörung von Naturschönheiten etc.

Die Behörde hat alle möglichen Auswirkungen des Projektes zu bedenken und nach einer genauen Abwägung der Vor- und Nachteile eine Entscheidung zu treffen.

Bei Wolfgang Hauer heißt es dazu: "Nach der Rechtssprechung des Verwaltungsgerichtshofes vermittelt der gesetzlich verankerte Schutz öffentlicher Interessen niemandem ein subjektiv-öffentliches Recht auf Durchsetzung dieses Schutzes; die Wahrnehmung der aufgezählten (und allfälligen weiteren) öffentlichen Interessen ist vielmehr ausschließlich den damit befassten Behörden überantwortet." (8)

Eine Besonderheit ist noch zu erwähnen: Besteht ein besonders, dringendes Interesse am Baubeginn, dann kann das Landwirtschaftsministerium den Startschuß für den Kraftwerksbau schon vor Beendigung des Entschädigungsverfahrens geben, wenn dieses zumindest eingeleitet wurde. Diese Bestimmung über eine einstweilige Verfügung ist im Paragraph 122 Abs. 3 festgelegt.

Nun zu den Bestimmungen des niederösterreichischen Natur-

(8) siehe (7), S. 58

schutzgesetzes. Der Paragraph 1 zeigt auf, welche Bereiche von diesem Gesetz erfaßt werden. Es geht darum, die Umwelt allgemein als Lebensgrundlage des Menschen zu erhalten. Diesen Schutzbestimmungen unterliegen, sowohl Ur- als auch Kulturlandschaften.

Der Bewilligungspflicht im Grünland unterliegen laut Paragraph 4 alle baulichen Maßnahmen, darunter fallen z.B. auch Werbeanlagen. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn eine Schädigung des "Klimas, der Bodenbildung, der Grundwasserführung, des Pflanzenkleides oder den Tierlebens" zu befürchten ist. Aber auch, wenn der Erholungswert beeinträchtigt wird.

Besonders wichtig in der Diskussion um Hainburg ist der Paragraph 6, der nähere Bestimmungen über den Landschaftsgebietsschutz enthält. Die Landesregierung kann über Verordnung Gebiete zum Landschaftsschutzgebiet erklären.

Dies geschieht, wenn sie eine "hervorragenden landschaftliche Schönheit oder Eigenart aufweisen, als charakteristische Kulturlandschaft von Bedeutung sind, oder die der Erholung der Bevölkerung oder dem Fremdenverkehr dienen." (9)

Die Landesregierung bewilligt in einem solchen Gebiet, die Baulandwidmung, die Festsetzung von Grünlandnutzungsarten und Bebauungspläne. Die Behörde entscheidet über: die Errichtung von Bauten, etwaige Rodungen und Erdbewegungen auf Grünlandflächen.

(9) siehe (3), S.135

Wichtig ist besonders Abs. 3, dieser lautet: "Um die Bewilligung hat der Berechtigte anzusuchen." (10) Ein negativer Bescheid erfolgt, wenn einer der Gründe, die zur Erklärung zum Landschaftsschutzgebiet geführt haben, verletzt wird.

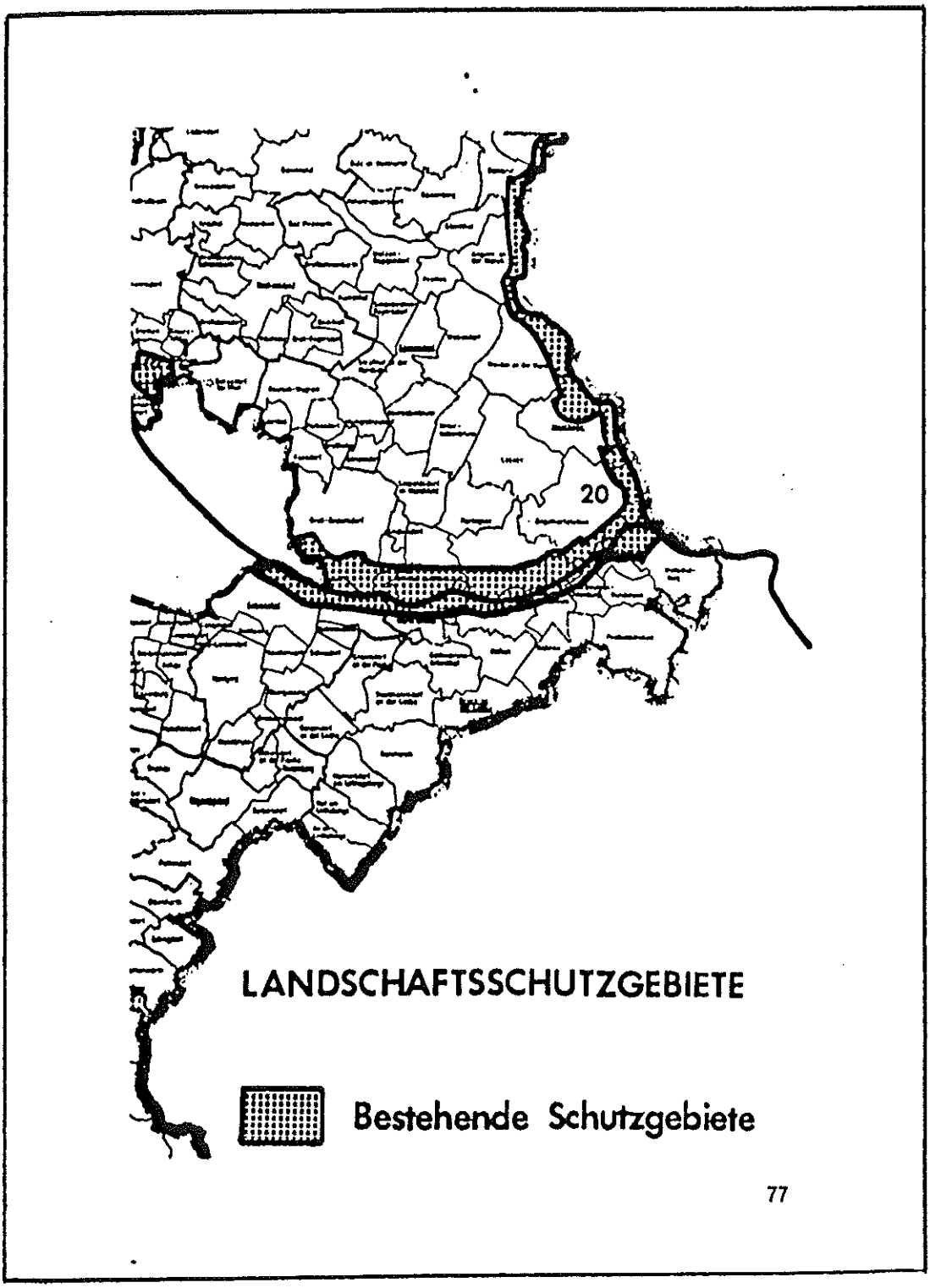
Pargaraph 7 enthält Bestimmungen bezüglich Naturschutzgebieten. Die Landesregierung erklärt per Verordnung ursprüngliche beziehungsweise im besonderen naturwissenschaftlichen Interesse liegende "Landschaften" zu Naturschutzgebieten.

Ein Ausnahmegrund bei Eingriffen ist schwerer volkswirtschaftlicher Schaden. Doch auch in einem solchen Fall müssen rigorose Auflagen vorgeschrieben werden.

Paragraph 13 regelt die Zuständigkeit der Bezirkshauptmannschaft. In Paragraph 20 wird festgelegt, daß Sachverständigengutachten von der Behörde eingeholt werden müssen. Diese müssen u.a. Experten auf dem Gebiet des Naturschutzes, der Landschaftsgestaltung, der Land- oder Wasserwirtschaft sein.

(10) siehe (3), S. 135

Die folgende Abbildung wurde dem Buch von Hauer, Wolfgang: Hainburg. Eisenstadt. Prugg 1985, S. 77, entnommen.



3.2. Ablauf des Verfahrens im Fall Hainburg

Am 22. Dezember 1983 wurde das Projekt Hainburg von Landwirtschaftsminister Haiden zum bevorzugten Wasserbau erklärt. Für das Erlangen der wasserrechtlichen Bewilligung wird der Donaukraftwerke AG eine Frist bis 30. September 1984 eingeräumt.

Dieser Bescheid enthält Auflagen, die den Naturschutz und die Wasserwirtschaft betreffen. Der DOKW wird vorgeschrieben zuerst die naturschutzrechtlichen Bewilligungen einzuholen. Weiters sollen während dem Bau Begleitmaßnahmen zum Schutz der Landschaft durchgeführt werden. Möglichst wenig Auwald soll gerodet werden und besonders ökologisch interessante Bereiche sollen als "Ganzes" geschützt werden. Nach dem Bau soll sofort mit Neuaufforstungen begonnen werden.

Die Wasserwirtschaft betreffend wurden folgende Auflagen erteilt: Schutz der Heilquellen in Bad Deutsch-Altenburg, keine Verschlechterung der Wassergüte, Untersuchungen über den Hochwasserablauf und die Beeinträchtigung der Grundwasserverhältnisse, Absprache mit den Betreibern des Marchfeldkanals.

Begründet wird diese Entscheidung mit einem dringenden volkswirtschaftlichen Interesse. Durch den Bau des Kraftwerkes werden die Energieimporte verringert und kostengünstiger Strom produziert, heißt es sinngemäß in der Bescheidbegründung.

Am 8. August 1984 erteilte das Bundesministerium eine Rodungsbewilligung für Vorarbeiten. Durch einen Bescheid

vom 27. September 1984 wurde die Frist zur Erlangung de generellen wasserrechtlichen Bewilligung bis zum 31. März 1985 verlängert.

In zweiter Instanz entschied am 26. November 1984 Landesrat Dr. Ernest Brezovsky. Er erteilte der DOKW AG die naturschutzrechtliche Bewilligung.

Am 5. Dezember erteilt Landwirtschaftsminister Haiden die generelle wasserrechtliche Genehmigung. Er bewilligt auch die beiden Detailprojekte "Baustellenerschließung" und "Hebung der Donaubrücke".

Der Bescheid enthält 326 Auflagen und wird u.a. mit folgenden Argumenten begründet: Hainburg muß aus energiewirtschaftlichen Gründen sofort errichtet werden. Die Schiffahrtsverhältnisse werden durch das Kraftwerk verbessert. Die Gemeinden werden besser vor Hochwasser geschützt. Die befürchtete Austrocknung der Au durch eine Sohleeintiefung der Donau wird verhindert, dadurch wird die Grundwasser- und Auwaldsituation verbessert. Der Bescheid beruft sich auf Gutachten, denen gemäß Hainburg der einzig mögliche Standort ist. Außerdem werden Auflagen zur Verbesserung der Wassergüte erlassen.

Am 6. Dezember und am 18. Dezember 1984 werden von den Bezirkshauptmannschaften Bruck an der Leitha und Gänserndorf sogenannte Sperrordnungen erlassen. Im ersten Fall wird das Betreten der Baustelle untersagt, im zweiten Fall ist die Aufforderung zur Räumung der Stopfenreuther-Au damit verbunden.

Der beim Verwaltungsgerichtshof eingegebrachten Beschwerde gegen den Bescheid von Minister Haiden wird am 2. Jänner 1985 eine aufschiebende Wirkung zuerkannt.

3.3. Brezovsky-Bescheid: Argumente für die Rechtswidrigkeit des Bescheides

Zuerst einige Argumente aus der Bescheidbegründung von Landesrat Dr. Ernest Brezovsky. Für ihn hat das Naturschutzgesetz die Umwelt des Menschen als seine Lebensgrundlage zu schützen.

Weiters enthält seiner Meinung nach der Paragraph 6 des niederösterreichischen Naturschutzgesetzes unbestimmte Rechtsbegriffe, wie die "Schönheit und Eigenart der Landschaft" etc., die einen weiten Interpretationsrahmen erlauben. Deshalb kommt den Sachverständigengutachten große Bedeutung zu.

Brezovsky bezieht sich in seiner Bescheidbegründung auch auf ein Standardwerk von Prof. Konrad Lorenz: "Grüne Wildnis am großen Strom". Der Landesrat weist darauf hin, daß die Au durch die drohende Austrocknung in ihrem Bestand gefährdet ist. Das Kraftwerk dient der Aurettung und erfüllt somit die Bestimmungen des Ramsaer- und Berner-Abkommens (siehe 3.1.1.).

Durch den Kraftwerksbau werden 95 Prozent der Au erhalten, dies rechtfertige den Eingriff. Die künstliche Bewässerung der Aulandschaft wird durch 31 Auflagen sichergestellt.

In dem SWA-Rechtsgutachten (11) heißt es: Die Erhebung des Paragraphen 7 zur obersten Auslegungsmaxime des niederösterreichischen Naturschutzgesetzes ist unzulässig. Die darin enthaltenen Ausnahmebestimmungen beziehen sich auf "Katastrophen", wie z.B. Waldbrände und Seuchen. Ein zu erwartender volkswirtschaftlicher Schaden ist mit dem Naturschutzgedanken unvereinbar.

Ein Bau ist weder im Landschafts-, noch im Naturschutzgebiet zulässig. Die Berufung auf das Ramsaer- und Berner-Abkommen ist deshalb rechtlich unhaltbar, weil ja das niederösterreichische Naturschutzgesetz eine Ausführungsverordnung dieser beiden Gesetze ist.

Ebenso liegt kein "dringendes nationales Interesse" vor, da nur ein volkswirtschaftlicher Profit erreicht wird.

Abschließend noch zwei Zitate: "Landesrat Brezovsky ist den umgekehrten Weg gegangen. Er hat Paragraph 6 NÖ Naturschutzgesetz und den Gesichtspunkten des Paragraphen 7 NÖ NSchG interpretiert und damit Sinn und Wortsinn des Paragraphen 6 NÖ NSchG geändert. Eine solche Vorgangsweise verstößt gegen Artikel 18 Abs.1 B-VG und ist somit rechtswidrig." (12) Dieser Artikel besagt, daß die Verwaltung nur aufgrund der Gesetze aufgeübt werden darf.

(11) vgl. Von Strukturproblemen des österreichischen Naturschutzes. Wien 1986. SWA-Rechtsgutachten 58, S.27-28
(12) Hiller, Martin: Hainburg. Versuch einer sachl. Information der österr. Hochschülerschaft an d. Univ. f. Bodenkultur f. d. Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg. Wien Brücke 1985, S. 72

Die sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft kommt zu folgendem Schluß: "Konfrontiert man den Bescheid mit den ihn tragenden Rechtsgrunglagen, so ergibt sich eindeutig seine Rechtswidrigkeit. Das zum Zeitpunkt der Bescheiderlassung in Geltung stehende Niederösterreichische Naturschutzgesetz bot für eine Bewilligung des Kraftwerkes Hainburg keine Grundlage." (13)

3.4. Rechtsgrundlagen für den Einsatz der Exekutive

Der Einsatz der Exekutive beruhte auf zwei Gesetzesgrundlagen: 1. Versammlungsgesetz 2.Sperrverordnungen der Bezirkshauptmannschaften Bruck an der Leitha und Gänserndorf.

Die erste Sperrverordnung wurde am 6. Dezember 1984 erlassen. Darin wird das Betreten der Baustelle für Unbefugte verboten. Bei Zuwiderhandeln wird der Täter mit einer Geldstrafe von bis zu 3.000.- Schilling oder zwei Wochen Arrest bestraft.

Den Demonstranten wird außerdem vorgeworfen gegen das Versammlungsgesetz zu verstoßen, da die Demonstration beziehungsweise die Besetzung der Au nicht behördlich genehmigt ist.

Am 18. Dezember wird von der Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf die zweite Sperrverordnung erlassen. Diese erstreckt sich in der Stopfenreuther-Au vom Hubertusdamm bis zur Donau. Die Demonstranten werden in dieser Ver-

(13) siehe (11), S. 28

ordnung aufgefordert die Au zu verlassen und ihre Zelte und Lebensmittel mitzunehmen. Die Durchsetzung erfolgt notfalls unter Anwendung unmittelbaren Zwanges und tritt am 19. Dezember 0.00 Uhr in Kraft.

An diesem Tag findet die versuchte Räumung der Au statt. Es befinden sich - verstärkt durch Wiener Kollegen - ca. 1.100 Exekutivbeamte in der Au. Diese haben Weisung vom Innenministerium im Notfall Gummiknüppel zu gebrauchen (siehe 2.).

4. Meinungsumfragen: Pro und Kontra Hainburg

In diesem Kapitel werde ich die Ergebnisse der verschiedenen Meinungsumfragen dokumentieren, so weit diese öffentlich zugänglich sind.

Zum Beispiel existieren von einer IMAS- Umfrage vom April 1984 keine Detailergebnisse mehr. Dr. Wintersberger von der IMAS Linz teilte mir jedoch mit, daß es sich bei allen Meinungsumfragen der IMAS im Fall Hainburg,"um mündliche (face to face) Meinungumfragen; Stichprobe: jeweils rund 1.500 Personen, statistisch repräsentativ für die österreichische Benvölkerung ab dem 16. Lebensjahr" (14) handelt.

Im April 1984 sprachen sich 38 Prozent für den Bau und 33 Prozent gegen den Bau von Hainburg aus. Der Anteil der Unentschiedenen beträgt 29 Prozent.

4.1. Umfrage des Fessel-Institutes - Mai 1984 (15)

Das Fessel-Institut führt vom 7. bis 11. Mai 1984 eine Meinungsumfrage zum Thema "Zwentendorf/Hainburg" durch. Es werden Männer und Frauen ab 18 Jahren im gesamten Bundesgebiet abgerufen. 977 Interviews werden geführt, die Tabelle wird auf der Basis von 1.000 Interviews gerechnet.

Die Frage 15 lautet: "Der Bau des Kraftwerkes Hainburg ist umstritten. Soll das Kraftwerk Hainburg an dem jetzt

(14) Wintersberger, Georg: Linz, am 3.12.1991
(15) Fessel-Institut: Telefonische Umfrage vom 7. bis 11. Mai 1984 zum Thema Zwentendorf/Hainburg

Universitätsbibliothek

projektierten Standort gebaut werden, ein anderer Standort gesucht werden oder sollte man auf den Bau verzichten ?" (16)

33 Prozent der Männer, aber nur 28 Prozent der Frauen treten für den Bau von Hainburg ohne Projektänderung ein. Bei der Ablehnung des Baues besteht ein signifikanter Unterschied zwischen den Geschlechtern: 28 Prozent der Männer und 37 Prozent der Frauen wollen auf die Errichtung des Kraftwerkes verzichten.

Weiters zeigt sich, daß besonders die Jungen - 41 Prozent der unter 29 Jährigen - gegen Hainburg sind. Dem stehen 38 Prozent Kraftwerksbefürworter in einem Alter über 59 Jahren gegenüber.

Bei der Aufschlüsselung nach Berufen kommt das Fessel-Institut zu folgendem Ergebnis: 40 Prozent der Arbeiter und 45 Prozent der Landwirte treten für Hainburg ein, bei den Selbstständigen und Beamten überwiegt die Zahl derer, die für eine andere Variante eintreten - jeweils 42 Prozent - gegen den Bau sprechen sich 38 Prozent der Hausfrauen und 35 Prozent der Angestellten aus.

Interessant sind die Daten, wenn sie nach Regionen aufgegliedert werden: Der Bau wird befürwortet von 43 Prozent der befragten Tiroler, gefolgt von Niederösterreich, Oberösterreich und dem Burgenland, mit je 36 Prozent. Für die Suche eines neuen Standortes sprechen 47 Prozent der Vorarlberger aus. Am vehemnt-

(16) siehe (15)

esten - mit 43 Prozent - wird der Bau in Wien abgelehnt. Ein signifikanter Zusammenhang besteht auch zur Parteipräferenz. 39 Prozent der SPÖ-Wähler wollen ein Kraftwerk in Hainburg, die Kraftwerksgegner werden angeführt von den Grün-Wählern mit 64 Prozent, gefolgt von den FPÖ-Wählern mit 48 Prozent und den ÖVP-Wählern mit 34 Prozent. Die Wechselwähler sind eher Pro-Hainburg eingestellt (37 Prozent), während die Wechsler zur ÖVP eher eine Kompromiß anstreben, 61 Prozent sprechen sich für eine neuerliche Standortsuche aus.

Das Institut erhebt auch die Einstellung zur Wirtschaftslage und trennt die Befragten in Optimisten und Pessimisten. Aus der ersten Gruppe stimmen 35 Prozent dem Bau zu. Die Pessimisten lehnen mit 41 Prozent Hainburg ab. Es kann also zu diesem Zeitpunkt nicht von einer Mehrheit der Bevölkerung für oder gegen den Bau gesprochen werden. Vielmehr ist in etwa ein Drittel jeweils dafür oder dagegen, der Rest spricht sich für die Suche nach einem neuen Standort aus, der Anteil der Unentschlossenen ist relativ gering.

4.2. IMAS-Umfragen: Juni, Juli, September/Oktober 1984 (17)

Die Juni-Umfrage ergibt eine Mehrheit für den Bau von Hainburg. 47 Prozent sind für den Bau, dies sind um 9

(17) IMAS-Institut für Markt- und Sozialanalysen: Persönliche Interviews vom 1. bis 20. Juni 1984 zum Thema: Hainburg; weitere derartige Umfragen werden im Juli und September/Oktober durchgeführt

Prozent mehr als im April 1984. Die Kraftwerksgegner verloren "nur" 3 Prozent, ihre Zahl sinkt auf 30 Prozent. Die neuen Kraftwerksbefürworter kommen aus dem Lager der Unentschlossenen. Im Juni haben 23 Prozent der Befragten keine Meinung oder sind noch unentschieden.

Die Kraftwerksgegner gehören den höchsten Bildungskreisen an, wohnen in Wien und sind zumeist jünger als 30 Jahre. Trotzdem stellt das IMAS fest, daß die Befürworter in allen gesellschaftlichen Schichten vertreten sind.

Dies wird erklärt mit einer Renaissance der Wasserkraft im Bewußtsein der österreichischen Bevölkerung. Der IMAS-Bericht dazu: "Seither hat - (wahrscheinlich unter dem Eindruck der Stillegung Zwentendorfs) - ein tiefgründiges Umdenken stattgefunden. Als sich das IMAS jetzt zum vierten Mal erkundigte, welche Kraftwerksart im Jahr 2000 die größte Bedeutung haben werde, verwiesen 47 Prozent auf das Wasserkraftwerk, nur noch 40 Prozent hingegen auf Atomkraftwerke." (18)

Die dritte Untersuchung zum Thema Hainburg wird im Juli, mit der gleichen Methode durchgeführt. Die Kraftwerksbefürworter werden wieder weniger - insgesamt 43 Prozent. Eine ablehnende Haltung gegenüber Hainburg nehmen 35 Prozent der Interviewten ein. Besonderes Engagement beweisen hier die 16 bis 29 Jährigen mit 42 Prozent.

(18) siehe (17), S. 2

Der typische Kraftwerksbefürworter läßt sich wie folgt charakterisieren: über 30, Volksschulabschluß, von Beruf Landwirt, aus einem Ort in Niederösterreich, Burgenland, Steiermark oder Kärnten, mit einer Einwohnerzahl unter 5.000 und entweder SPÖ- oder ÖVP-Anhänger.

Die Kraftwerksgegner stammen zumeist aus Wien, haben Matura oder üben einen Facharbeiterberuf aus und leben in Städten mit mehr als 70.000 Einwohnern.

Die im September/Oktober durchgeführte Umfrage ergibt, daß immer mehr SPÖ- und FPÖ-Wähler für den Bau eintreten. Die Zahl der Kraftwerksgegner nimmt nur in Wien zu, in allen anderen Bundesländern ist sie im abnehmen begriffen.

Interessant ist bei dieser Erhebung, die Frage nach der Akzeptanz der gegründeten Bürgerinitiativen. Auch hier begrüssen besonders die Jungen diese Formen der direkten Demokratie, trotzdem sind 48 Prozent aus dieser Befragtengruppe nicht von dem Erfolg der Bürgerinitiativen überzeugt.

Auch in dieser Frage läßt sich ein Anstieg der Zustimmung proportional zur höheren Schulbildung feststellen.

Auffallend ist die Aufsplitterung der Daten nach den Parteipräferenzen. Nur bei der SPÖ tritt eine Mehrheit gegen Bürgerinitiativen auf. Bei ÖVP und FPÖ ist eine stärkere Tendenz zur "Unterstützung" der Gruppen zu beobachten.

Zur Illustration dieses Unterkapitels eine Tabelle des IMAS-Institutes (19)

I M A S - UMFRAGEN — TABELLE 16a · — ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERUNG AB 16 JAHREN

Der Trend: FÜR ODER GEGEN DEN BAU VON HAINBURG

FRAGE: "Wie ist übrigens Ihre Meinung zum Donaukraftwerk Hainburg? Wenn es nach Ihnen ginge - sollte dann das Donaukraftwerk Hainburg gebaut werden oder nicht gebaut werden?"

	Sollte gebaut werden	Sollte nicht gebaut werden	Unentschieden, keine Meinung
	%	%	%
1984, April	38	33	29 = 100%
1984, Mai/Juni	47	30	23 = 100%
1984, Juli	43	35	22 = 100%
1984, September/Oktober	46	31	23 = 100%

(19) siehe (17), Tabelle 16 a

4.3. Erhebung des Fessel-Institutes vom Oktober bis Dezember 1984 (20)

Die mündliche Befragung erstreckte sich über das gesamte Bundesgebiet und ist an Männer und Frauen über 16 Jahren gerichtet. Insgesamt werden 1492 Interviews zum Thema "Wirtschaftspolitische Trends" durchgeführt, die Statistik basiert auf einer Gesamtzahl von 1.500.

Eine Mehrheit der SPÖ, ÖVP und FPÖ-Anhänger ist für den Bau von Hainburg. Die Kraftwerksgegner stammen größtenteils aus den diversen Grünbewegungen, wie z.B. VGÖ, AlÖ ...

Signifikant unterscheiden sich auch die Nicht- und Wechselwähler. Bei der ersten Gruppe befürworten 44 Prozent den Bau von Hainburg, während 41 Prozent der Wechselwähler eine ablehnende Haltung einnehmen.

Unterschiedlich bewerten Männer und Frauen die Hainburgdiskussion. 47 Prozent der Männer stimmt dem Bau zu, während 37 Prozent der Frauen dagegen sind.

Auch in dieser Untersuchung kommt der Generationskonflikt voll zum Tragen. Eine Mehrheit für Hainburg gibt es in allen Altersgruppen außer bei den 19 bis 29 Jährigen.

Den Umfrageergebnissen nach kann der Streit um Hainburg auch als ein "Klassenkonflikt" gesehen werden. die Befürworter haben meist einen geringeren Bildungsstand, während ein Großteil der Gegner die Matura besitzt. Die größte Ablehnung findet sich bei den Akademikern mit 45

(20) Fessel-Institut: Mündliche Befragung vom 25. Oktober bis 1. Dezember 1984 zum Thema: Wirtschaftspolitische Trends

Prozent der Befragten.

Zum Schluß nochmals die Aufschlüsselung in Bundesländer. 54 Prozent der Niederösterreicher, 52 Prozent der Oberösterreicher und 43 Prozent der Kärtner treten für den Bau ein, eine negative Haltung haben 48 Prozent der Wiener, 42 Prozent der Vorarlberger und 42 Prozent der Tiroler.

4.4. November 1984 - Umfrage der OGM (21)

Im Auftrag des Kurier-Verlages wird eine Untersuchung über die "Meinung der österreichischen Bevölkerung über den Entscheid für den Bau des Kraftwerkes Hainburg" (22) durchgeführt. In 754 telefonischen Interviews werden Österreicher ab dem 19. Lebensjahr befragt.

Das Thema Hainburg hat großes Aufsehen erregt, dies belegt auch das Ergebnis dieser Studie. Den Brezovsky-Bescheid haben 94 Prozent der Befragten zur Kenntnis genommen. 98 Prozent der über 50 Jährigen haben von der Entscheidung gehört, bei den unter 30 Jährigen waren es immerhin 85 Prozent.

Die Unterschiede zwischen Gegnern und Befürwortern schrumpfen auf ein Prozent: 39 Prozent stimmen für den Bau, 38 Prozent sind dagegen.

(21) Österreichische Gesellschaft für Marketing: Telefonumfrage im Auftrag des Kurier-Verlage vom 29. bis 30. November 1984 zum Thema: Meinung der österreichischen Bevölkerung über den Entscheid für den Bau des Kraftwerkes Hainburg
(22) siehe (21), S. 1

Eine Mehrheit der SPÖ- und FPÖ-Sympathisanten sind für das Kraftwerk. Die Gegner haben ÖVP und VGÖ/ALÖ - Präferenzen, bei letzteren lehnen 88 Prozent den Bau ab. Auch in dieser Studie zeigt sich eine Polarisierung der Altersstrukturen.

Interessant ist bei dieser Erhebung die Frage drei: "Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren hat bereits die Einleitung eines österreichischen Volksbegehrens gegen den Bau von Hainburg beantragt. Dieses Volksbegehren gegen Hainburg wird aber erst nächstes Jahr stattfinden. Was meinen Sie: Werden Sie sich persönlich an diesem Volksbegehren beteiligen und gegen den Bau von Hainburg unterschreiben ?" (23) Eine deutliche Mehrheit der Befragten beantwortet diese Frage mit Nein. Nur die VGÖ/ALÖ-Wähler wollen das Volksbegehren unterstützen. 83 Prozent werden unterschreiben, die restlichen 17 Prozent sind noch unentschieden. Auch in dieser Frage ist eine Mehrheit der Jungen bereit aktiv zu werden, während die Älteren eine Teilnahme am Volksbegehren ablehnen.

Die nächste Frage beschäftigt sich mit den gewaltfreien Aktionen der Umweltschützer. 42 Prozent empfinden diese Aktivitäten als gerechtfertigt. Diese Aktionen werden von 38 Prozent der Befragten als nicht sinnvoll erachtet. Auch hier verläuft die Trennlinie entlang der Parteivorlieben und gemäß dem Alter.

Die Frage Fünf lautet auszugsweise: "Soll man mit dem Bau

(23) siehe (21), S: 7

beginn bis zum Volksbegehren warten oder gleich beginnen, da die Entscheidung nun schon gefallen ist ?" (24) Eine überwiegende Mehrheit spricht sich dafür aus das Volksbegehren abzuwarten. Hier herscht erstaunlicherweise "Einstimmigkeit" unter den Wählern aller Parteien. Überall gibt es eine Mehrheit, die VGÖ/ALÖ-Wähler sprechen sich sogar zu 100 Prozent für diesen Bauaufschub aus.

4.5. IMAS-Umfrage Jänner 1985 (25)

Die im Jänner 1985 durchgeführte Untersuchung will die Ereignisse rund um die Aubesetzung näher beleuchten. Das Interesse der Befragten am geplanten Kraftwerksbau ist groß - zwei Drittel geben an die Berichterstattung interessiert verfolgt zu haben. Eine Mehrheit lehnt die Aubesetzung ab.

Die Befürworter dieser gewaltfreien Aktionen sind leitende Angestellte und Beamte, Maturanten und Akademiker oder leben in der Bundeshauptstadt.

Erstaunlicherweise ist gerade die junge Generation in ihrer Meinung zur Aubesetzung gespalten. Die Befürworter und Gegner stehen im Verhältnis 37:39 = 1:1.

Die Besetzungsgegner kommen aus dem Lager der SPÖ, üben den Beruf des Facharbeiters oder Landwirtes aus und sind der älteren Generation zuzuordnen.

(24) siehe (21), S.11
(25) IMAS-Institut für Markt- und Sozialanalysen: Persönliche Interviews vom 9. bis 25 Jänner 1985 zum Thema: Hainburg im Rückspiegel

Die Frage ob Österreich ein neues Kraftwerk benötigt, wird von der Hälfte der Befragten bejaht. Die Gegner der Aubesetzung stimmen mit 70 Prozent zu. "Es ist jedoch ein bemerkenswerter Sachverhalt, daß auch von denen, die die Aubesetzung gefühlsmäßig unterstützen, rund jeder dritte ein zusätzliches Kraftwerk um Prinzip bejaht." (26)

Ein Überblick über die weiteren Ergebnisse dieser IMAS-Untersuchung befindet sich im Anhang.

4.6. OGM-Erhebung - Jänner 1985 (27)

Die telefonische Befragung wird im Jänner durchgeführt und ist repräsentativ für die österreichische Bevölkerung über 19 Jahren. Im Auftrag des Kurier-Verlag wird die Meinung zum Thema "Kraftwerk Hainburg" erhoben.

Die Mehrheit der Befragten spricht sich für den Bau aus. Die Gegenseite erhält mit 30 Prozent um fast zwanzig Prozent weniger. Bei den Jungen sprechen sich 44 Prozent gegen den Bau aus, die über 50 Jährigen begrüssen diesen mit 60 Prozent.

In dieser Untersuchung wird auch erhoben aus welchen Motiven die Befragten für das Kraftwerk eintreten. An erster Stelle steht das Argument des Strommangels, deshalb muß mehr produziert werden, gefolgt von die

(26) siehe (25), S. 3
(27) Österreichische Gesellschaft für Marketing: Telefonumfrage im Auftrag des Kurier-Verlag vom 8. bis 11. Jänner zum Thema: "Kraftwerk Hainburg"

Wasserkraft stellt eine saubere Energiequelle dar, ist besser als die Errichtung eines kalorischen Kraftwerkes und sichert Arbeitsplätze.

Die Gegner wollen primär den Auwald und die Umwelt für die nachkommende Generation erhalten, außerdem vertreten diese Befragten die Meinung, daß genug Strom vorhanden ist. An vierter Stelle lehen 16 Prozent der Befragten die Vorgangsweise der Regierung und E-Wirtschaft ab.

Wird eine umweltschonendere Variante von der Elektrizitätswirtschaft erarbeitet, dann halten sich Zustimmung und Ablehnung in etwa die Waage. 41 Prozent der Befragten sind dann gegen den Bau und gerade 6 Prozent mehr dafür. Die SPÖ-Wähler begrüßen in so einem Fall den Bau mit 71 Prozent, die ÖVP-Wähler mit 52 Prozent. Die VGÖ/ALÖ-Sympathisanten sprechen sich mit 53 Prozent gegen den Bau aus.

Die Fragen Fünf bis Zwölf der Untersuchung beschäftigen sich mit dem Verhalten prominenter Persönlichkeiten im Hainburg-Konflikt, die Frage lautet: "Wie hat sich Ihrer Ansicht nach ... bei den Ereignissen rund um Hainburg verhalten ? Eher gut oder eher schlecht ?" (28)

Im folgenden werden die Ergebnisse dieser Fragen auszugsweise zitiert. (29)

(28) siehe (27)
(29) siehe (27), S. 11 - 18

/

	Ges.	SPÖ	ÖVP	VGÖ/ALÖ	M	F	
Sinowatz	31	52	18	8	31	32	eher gut
	49	30	67	88	57	42	eher schlecht
Steger	13	21	7	0	13	13	eher gut
	53	39	73	74	64	45	eher schlecht
Mock	21	14	37	14	18	24	eher gut
	43	55	34	46	51	36	eher schlecht
Benya	30	54	18	11	38	24	eher gut
	36	13	52	72	44	18	eher schlecht
Blecha	28	40	25	9	33	24	eher gut
	37	25	48	66	42	33	eher schlecht
Exekutive	53	68	49	40	61	47	eher gut
	27	19	35	40	21	32	eher schlecht
Aubesetzer	59	50	68	97	57	61	eher gut
	31	45	21	3	33	29	eher schlecht
Nenning	35	30	37	80	37	34	eher gut
	32	38	36	9	34	31	eher schlecht

Die Berichterstattung in den Medien wird von 39 Prozent als fair und objektiv eingestuft, als übertrieben wird sie von 45 Prozent empfunden.

Hainburg ist nur für die Grünsympathisanten ein Grund ihre Stimme einer anderen Partei zu geben. Die geringsten Stimmenverluste hat die SPÖ aufzuweisen - 92 Prozent werden diese Partei trotz Hainburg wieder wählen.

Zwei Drittel der Befragten sprechen sich dafür aus, daß die Regierung die volle Legislaturperiode im Amt bleibt. Nur 21 Prozent der Interviewten treten für Neuwahlen ein.

Das Verhalten der ÖVP im Konflikt wird nur von den eigenen Anhängern für gut befunden. 37 Prozent der Gesamtbefragten empfanden die Haltung der Volkspartei als schlecht.

Zum Abschluß noch zwei Ergebnisse: Das Volksbegehren würden nur 23 Prozent unterschreiben. Für die nächsten Wahlen wird zu diesem Zeitpunkt folgendes Ergebnis prognostiziert: 30 Prozent SPÖ, 29 Prozent ÖVP, 5 Prozent VGÖ, 3 Prozent FPÖ und 2 Prozent ALÖ.

5. Theorie und Methode

5.1. Ausgangshypothese und Theorie

Im ersten Teil meiner Arbeit wollte ich einen Überblick über die Ereignisse rund um Hainburg erarbeiten, die gesetzlichen Grundlagen für die maßgeblichen Ereignisse aufzeigen und die Einstellungen der Bevölkerung im Spiegel der Meinungsumfragen darstellen. Im zweiten Teil werde ich nun die mir zugänglichen Primärtexte (vor allem diverse Presseaussendungen) weiter bearbeiten. In diesem Kapitel soll sichtbar werden von welcher Problemstellung ich ausgegangen bin und wie das Material von mir erfasst wird. Meine Ausgangshypothese lautet: Das Kraftwerk Hainburg wurde durch das Engagement der Aubestzer und vor allem durch die massive Unterstützung der Kronenzeitung (die Kampagne hieß "Rettet die Au" und begann bereits 1983) verhindert.

Zur Verifizierung dieser These sind besonders zwei Fragen wichtig: Wie groß ist der Einfluß der Medienberichterstattung auf die Politik ? Warum hat die Regierung schließlich nachgegeben ?

Nun zur Theorie, dazu bemerkt Heinz Pürer: "Eine Standardtheorie über die (politische) Wirkung der Massenmedien gibt es im streng wissenschaftlichen Sinne nicht, wohl aber eine Reihe von Annahmen über Medienwirkungen, für deren Bestätigung empirische Befunde

vorliegen." (30) Wichtig ist dabei, daß sich diese Theorien auf die Wirkung der Medien auf den Leser beziehen und daher nicht in allen Details auf die Beziehungen zwischen Politik und Medien übertragbar sind.

In meiner Untersuchung stütze ich mich auf die "Stimulus-Response-Theorie". Dieses Modell basiert auf einem Ursache-Wirkungs beziehungsweise Reiz-Reaktions-Zusammenhang. Es wird dabei grundsätzlich angenommen, daß der Empfänger einer Medienbotschaft auf diese reagiert. Es wird also eine Wirkung beim Rezipienten erzeugt. Bei der Analyse der Presseaussendungen und Zeitungsartikel soll nun nachgewiesen werden, daß die involvierten Parteien und Interessensgruppen direkt auf die Medieninhalte reagieren und umgekehrt.

Ich werde durch eine Zeitablaufanalyse aufzeigen, welche Themen von der Kronenzeitung über Presseaussendungen aufgegriffen wurden und wie weit diese Aussendungen Reaktionen auf Artikel der Krone sind.

5.2. Methode

Ich werde zur Erforschung des Themas eine Zeitablaufanalyse durchführen. Diese wird grob in ausgewählte, besonders ereignisreiche Monate untergliedert. Wichtig sind vor allem jene Äußerungen, die auf einen Wandel der Regierungsposition schließen lassen.

(30) Pürer, Heinz (Hrsg.): Medienereignisse - Medienwirkungen ? Eine Tagungsdokumentation. Salzburg 1985, S. 5

Um eine einheitliche Analyse zu gewährleisten, habe ich folgende Kriterien aufgestellt:

* Welche Argumente werden verwendet ?
* Gibt es eine einheitliche Argumentationslinie ?
* Kommen neue Sachargumente dazu oder werden nur "altbekannte" Aussagen wiederholt ?
* Welche Schwerpunkte werden gesetzt ?
* Sind die Aussagen einheitlich oder gibt es unterschiedliche Strömungen (sprich Parteidisziplin, Blattlinie...) ?

Für die Zeitablaufanalyse verwende ich die Berichte der Kronenzeitung und die Presseaussendungen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und DOKW. Alle meine Primärquellen stammen aus dem Jahr 1984.

6. Analyse

6.1. Bereichsanalyse März

Die Kronenzeitung bringt Anfang März drei Artikel in denen Sie sich mit den Folgen eines Kraftwerkbaues bei Hainburg auseinandersetzt. Unter dem Titel "Neues, vernichtendes Gutachten gegen Kraftwerk von Hainburg" wird über eine Expertise des Gewässerforschers Dr. Heinz Löffler berichtet. Es wird auf das Berner-Abkommen verwiesen und die Forderung erhoben, die Stopfenreuther-Au unter Naturschutz zu stellen. In einem nachfolgenden Artikel am 4. März werden die Argumente wiederholt und über ein weiteres Gutachten, des Zoologen Steiner, geschrieben.

Am 9. März berichtet die NKZ über "Massive Vorwürfe der Stadt Wien gegen Hainburg-Kraftwerksplaner". Folgende Argumente werden aufgezeigt: Qualitätsverlust beim Wiener Trinkwasser, Beeinträchtigung der Betriebsführung des Grundwasserkraftwerkes Untere Lobau, mögliche Verseuchung des Wasserschutzgebietes durch Ölrückstände aus dem Ölhafen; Um die Objektivität seines Artikels zu unterstreichen schreibt Dieter Kindermann im letzten Absatz: "Diese Kritik an den Planungsmängeln wiegt um so schwerer, als ja bekannt ist, daß ein Teil der Wiener Stadtväter dem Kraftwerksprojekt grundsätzlich nicht ablehnend gegenübersteht." (31)

Ebenfalls am 9. März gibt es eine Presseaussendung der

(31) Neue Kronenzeitung am 9.3.1984

Volkspartei. Darin werden die Aussagen der Mock-Stellvertreterin Dr. Marga Hubinek zitiert. Sie spricht sich für den Schutz der Aulandschaft aus. Und empfindet die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau als unverantwortlich. Einerseits weil die Regierung kein Energiekonzept vorgelegt hat, andererseits weil das Wiener Trinkwasser gefährdet ist.

Auf diese Meldung reagiert die Österreichische Donaukraftwerke AG am selben Tag, ebenfalls mit einer Presseaussendung. In dieser werden Aussagen des Abgeordneten zum Nationalrat Franz Köck wiedergegeben, der in einer Zweitfunktion den Posten des Zentral-betriebsratsobmann der DOKW inne hat.

Franz Köck: "Wenn die stellvertretende Vorsitzende der ÖVP Abgeordnete Hubinek über den geplanten Bau des Donaukraftwerkes Hainburg redet, so kann man das nur damit vergleichen, wenn ein Blinder über Farben spricht." (32)

Nach dieser emotionalen Einleitung bringt Köck ein paar sachliche Argumente über den Energieverbrauch in Österreich. Demnach wird 70 Prozent der benötigten Energie importiert, dies erzeugt Abhängigkeiten der österreichischen Wirtschaft. Um diese zu durchbrechen entwickelt die E-Wirtschaft ein "Koordiniertes Ausbau-programm", daß auf die prognostizierte Strombedarfsent-

(32) Presseaussendung der DOKW am 9.3.1984

entwicklung abgestimmt wurde.

Beide Presseaussendungen werden nicht von der NKZ publizistisch verwertet. Dafür wird am 11. März - einem Sonntag - exklusiv über eine von der Krone finanzierte Untersuchung des Donauwassers berichtet. Laut Artikel stellt die Veterinärmedizinische Universität fest, daß die Donau unterhalb Wiens eine Wasserqualität der Güteklasse III aufweist, laut Gesetz wäre dadurch ein Aufstau der Donau unmöglich. Außerdem spricht der Bericht von typhuserregenden Salmonellen und von Kleinbakterien. Aus all dem zieht Friedrich Graupe den Schluß: "Unsere große Sorge, ein Stausee Hainburg würde eine stinkende Kloake werden und ein Herd von Krankheitserregern sein, hat sich also bestätigt." (33)

Die Angst vor einem "Seuchenherd" wird durch einen Folgeartikel am 12. März noch weiter angeheizt, neue Sachargument enthält dieser Bericht keine.

Die sozialistische Korrespondenz informiert am 12. März über eine Pressekonferenz von Stadtrat Hatzl. Er betont, daß die Stadt Wien das Hainburgprojekt unterstützt und mit 12,5 Prozent daran beteiligt ist. Über den Schutz des Auwaldes in der Lobau und die Sicherung der Tinkwassers wird mit der DOKW verhandelt.

In einer Aussendung des ÖVP-Pressedienstes spricht sich der Bundesvorsitzende der FCG ÖGB-Präsident Johann

(33) Neue Kronenzeitung am 11.3.1984

Gassner für die Errichtung von Hainburg aus. Bei der Energieerzeugung soll die Umwelt geschützt und die Natur nicht zerstört werden. Für Gassner ist die Wasserkraft die sauberste Energiequelle, deshalb soll Hainburg gebaut werden, wenn die Heilquellen von Deutsch-Altenburg geschützt werden und die Wiener Trinkwasserversorgung garantiert wird. Die Entscheidung erster Instanz (siehe Zeittafel) soll abgewartet werden.

Am 18. März berichtet der ÖVP-Pressedienst über den JVP-Bundesparteitag. Zwei Politiker werden zitiert: ÖVP-Chef Mock und der Bundesobmann der JVP Othmar Karas. Unter anderen Themen wird auch das Thema Hainburg gestreift - dazu heißt es über eine Aussage von Alois Mock in der Presseaussendung: "Er bevorzuge den Bau der Staustufe Wien, zu Hainburg werde es aber eine abschließende Stellungnahme der ÖVP erst dann geben, wenn alle Gutachten vorliegen." (34)

Othmar Karas lehnt im Namen der JVP den Bau weiterer Großkraftwerke ab, solange es kein Energiekonzept der Regierung gibt.

Die Krone berichtet am 22. März über einen Appell von Nobelpreisträger Konrad Lorenz an den Europarat. Er ruft darin auf, die Donauauen für ganz Europa zu erhalten. Die Krone bringt Auszüge aus dieser Aufforderung, darin heißt es u.a.: "Vor den Toren Wiens, auf dem Schwemmland des

(34) Presseaussendung der ÖVP am 18.3.1984

großen Stroms, liegt das letzte zusammenhängende und ökologisch intakte Auwaldgebiet Europas." (35)

Am selben Tag meldet sich der ÖVP-Umweltsprecher Walter Heinzinger in einer Presseaussendung zu Wort. Er bezeichnet den Tourismusboykottaufruf von deutschen Umweltschutzorganisationen als ungeeignete Maßnahme zur Erhaltung der Au. Für Heinzinger sind diplomatische Aktivitäten wichtiger, er verweist dabei auf internationale Abkommen an die die Regierung erinnert werden soll.

Am 26. März meldet die NKZ, daß sich der Europarat mit Hainburg beschäftigt, nachdem laut Krone 150.000 Unterschriften gegen den geplanten Kraftwerksbau präsentiert wurden. Wieder wird als Sachargument auf die internationalen Verträge hingewiesen.

Dreizehn Wissenschafter präsentieren einen Brief in dem Sie schwere Bedenken gegen den Bau von Hainburg äußern. Die Krone berichtet dabei hauptsächlich über den Vorwurf der als Gutachter bestellt Otto König sei befangen, da er in einem Naheverhältnis zur E-Wirtschaft stehe. Für diesen Artikel wurde Otto König nicht befragt. Landesrat Brezovsky wollte keine Stellungnahme abgeben, da er nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen will.

Zu diesem Zeitpunkt wird die Diskussion hauptsächlich mit Sachargumenten geführt. Die Krone benutzt das Ansehen von namhaften Wissenschaftlern um ihre Kampagne gegen

(35) Neue Kronenzeitung am 22.3.1984

Hainburg auf eine höhere Ebene zu stellen. Sachargumente Befürworter werden - wenn sie überhaupt erwähnt werden - sofort widerlegt.

In den Presseaussendungen der Parteien finden sich die selben Argumente wie in der Krone. Die Opposition wirft der Regierung das Fehlen eines Energiekonzeptes vor, die Regieung beschränkt sich auf Argumente für Hainburg und garantiert z.B. den Schutz des Trinkwassers etc.

6.2. Diskussionsbeiträge - Mai '84

Am 2. Mai äußert sich Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek zu Hainburg. Durch die optimale Nutzung der Wiener Kraftwerke kann auf einen Bau eines weiteren Großkraftwerkes verzichtet werden. Er reagiert damit auf das Argument der DOKW, Hainburg müsse zur Sicherung der Stromversorgung errichtet werden.

Die Sozialistische Korrespondenz berichtet am 4. Mai über Aussagen des Abgeordneten Fritz Marsch. Dieser richtet ein Schreiben an Prinz Philip, Präsident des WWF, in dem er garantiert, daß Österreich das Ramsar-Abkommen einhalten wird. Der Bau des Kraftwerkes wird die Stopfenreuther-Au vor einer drohenden Austrocknung bewahren. Außerdem wird zusätzlich ein ökologischer Beirat die Bauarbeiten überwachen.

Auch die SP-Landesparteivorsitzenden reagieren auf die Anti-Hainburg-Aussagen von Prinz Philip. Die Einmischung von außen wird abgelehnt, außerdem verweisen die SP-Spitzenfunktionäre auf das hohe österreichische Umweltbe-

wußtsein. Die gesamte Reaktion läuft auf ein "Wir können unsere Probleme selbst lösen" hinaus.

Mit einem Artikel vom 5. Mai bereichert die Krone die Diskussion um einen weiteren möglichen Standort. Die Verlegung des Projektes an die tschechische Grenze - Standort Wolfsthal - wird laut Bericht vom CSSR-Botschafter Marek Venuta begrüßt. Am Ende des Artikels wird aber darauf hingewiesen, daß auch bei dieser Variante der Auwald zerstört würde.

In einem Kommentar beschäftigt sich Willi Haunold mit der "Überreaktion" der SPÖ-Landesparteivorsitzenden. Er zieht aus dem Gesagten den Schluß, daß der Ruf Österreichs auf dem Spiel steht, da die Erhaltung der Aulandschaft sehr wohl ein internationales Anliegen ist.

Am 6. Mai erscheint ein Vorausbericht über das Volksbegehren in der Krone. Es wird darauf hingewiesen, daß Konrad Lorenz an der Spitze dieser Aktion steht. Zuerst werden die Ziele des Volksbegehrens erläutert u.a.: Errichtung des Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen, Verzicht auf ein Kraftwerk, Sicherung des Wiener Trinkwassers, Erstellung eines Energiekonzeptes nach ökologischen Gesichtspunkten, ein Verfassungsgesetz, daß dem Bürger ein Recht auf Umweltqualität zusichert. In der restlichen Hälfte des Artikels werden prominente Persönlichkeiten aufgezählt, die das Volksbegehren unterstützen werden.

Am selben Tag erscheint eine ÖVP-Presseaussendung, in der Generalsekretär Dr. Michael Graff dem Bundeskanzler vorwirft: "Bundeskanzler Sinowatz hält an Hainburg und Zwentendorf ohne Sachargumente fest." (36) Diese Aussage ist eine Reaktion auf eine TV-Pressestunde. Graff wirft Sinowatz weiters vor, keine Kritik zu vertragen und aggressiv zu reagieren.

Die Aussendung schließt mit folgendem Satz: "Es wird immer klarer, daß die gegenwärtige Regierung zu schwach ist, die anstehenden Probleme zu lösen und daß ihr jede Zukunftsperspektive fehlt." (37)

Am 7. Mai bringt die NKZ zwei Berichte und zwei Kommentare. In einem Artikel wird über die "Pressekonferenz der Tiere" berichtet, mit der das Konrad-Lorenz-Volksbegehren der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Außerdem werden Hinweise auf Aktionen der Hainburg-Gegner gegeben.

Der zweite Bericht beschäftigt sich mit dem Auftritt von Bundeskanzler Sinowatz in der TV-Pressestunde. Die Aussagen des Kanzlers werden zusammengefaßt. Er tritt für den Umweltschutz ein, die Notwendigkeit der Stromerzeugung und ist der Überzeugung die Wasserkraft ist kalorischen Kraftwerken vorzuziehen.

Außerdem spicht sich laut Krone-Bericht Sinowatz gegen das Volksbegehren aus. Sinowatz-Zitat Krone: "Durch ein

(36) Presseaussendung der ÖVP am 6.5.1984
(37) siehe (36)

Volksbegehren können nicht andere objektive Tatbestände für Probleme geschaffen werden." (38)

SP-Landeshauptmann-Stellvertreter Grünzweig fordert die ÖVP auf sich zu Hainburg klar zu äußern und betont die Wasserkraft ist die umweltschonenste und sauberste Energiequelle. Auch Grünzweig wiederholt altbekannte Argumente, wie den Schutz der Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg etc.

In einer Aussendung der Volkspartei bedauert Othmar Karas, daß die Juso's nicht das überparteiliche Personenkomitee des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens unterstützen. Karas wirft den Jungsozialisten vor sich dem "Diktat ihres Parteivorsitzenden Sinowatz" gebeugt zu haben.

Die Krone berichtet am 8. Mai nochmals über die "Pressekonferenz der Tiere". Der SP-Jungabgeordnet Cap wird mit seiner Kritik zitiert: "Es war ein Fehler, den Bau des Kraftwerkes Hainburg in die Regierungserklärung aufzunehmen." (39) Der Rest des Artikels beschäftigt sich mit den Verkleidungen und dem Aufmarsch der Initiatoren des Volksbegehrens.

Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz erklärt, daß der Bau von Hainburg aus ökonomischen und ökologischen Gründen notwendig ist. Zu diesem Zeitpunkt muß die Entscheidung der niederösterreichischen Naturschutzbehörden abgewartet werden. Als ökologisches Argument, weist der Bundeskanzler darauf hin, daß durch Hainburg ein kalor-

(38) Neue Kronenzeitung am 7.5.1984
(39) Neue Kronenzeitung am 8.5.1984

isches Kraftwerk ersetzt wird, dadurch werden die Emissionen von Schwefeldioxid gesenkt und das Waldsterben wird dadurch verlangsamt. Weiters reagiert Sinowatz auf den Krone-Bericht über das Angebot des CSSR-Botschafters, ein offizielles Ansuchen liege nicht vor.

Der Bundeskanzler fordert die niederösterreichische Volkspartei auf zu diesem Großkraftwerk zu stehen. Sinowatz begründet dies wie folgt: "Alle fachlichen Gründe sprechen für Hainburg, es gebe auch zahlreiche Auflagen seitens des Landwirtschaftsministeriums zum Schutze der Au." (40)

Weiters betont der Kanzler, daß es jedem Parteimitglied freistehe das Volksbegehren zu unterstützen.

Ebenfalls am 8. Mai erscheint eine Presseaussendung der Volkspartei. Darin äußert Dr. Graff rechtliche Bedenken gegen den Kraftwerksbau, da das Projekt in einem Landschaftsschutzgebiet liegt. Die ÖVP befürwortet den Bau nur, wenn das Wiener Trinkwasser, die Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg, das Marchfeld Grundwasser und die Naturlandschaft gesichert sind.

Am 10. Mai erscheint ein Artikel in der NKZ unter dem Titel: "Hainburg: Immer mehr Prominente für Volksbegehren gegen Kraftwerk". In dem Bericht werden alte und neue Unterstützer des Volksbegehrens aufgezählt, die Kritik der Jungen Sozialisten wiederholt und über ein alternatives Energiekonzept kurz berichtet.

(40) Presseaussendung der SPÖ am 8.5.1984

In einer Aussendung der Wiener Volkspartei kündigt Erhard Busek ein langwieriges Verfahren an, da seiner Meinung nach alle Gutachten negativ ausgefallen sind. Busek wirft der E-Wirtschaft vor keine Alternativen, wie z.B. das Vorziehen der Staustufe Wien geplant zu haben.

Die Krone berichtet am 11. Mai über neue Kritiker des Projektes. Die Ingenieurkammer attakiert laut Krone die DOKW wegen Projektmängeln und dem Fehlen einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Es wird weiters kritisiert, "... daß die Bauaufträge für Greifenstein und Hainburg geleichzeitig vergeben worden seien." (41)

Am selben Tag wirft Dr. Graff Bundeskanzler Sinowatz ein "gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat" (42) vor. Die Entscheidung über Hainburg liege nun bei den zuständigen Bezirkshauptmannschaften. Eine politische Entscheidung stehe im Moment nicht zur Diskussion.

Die Krone berichtet am 12. Mai über Besprechungen zwischen Mock und Landeshauptmann Ludwig, der Kurs der Volkspartei in Sachen Hainburg soll festgelegt werden. Die ÖVP-Abgeordnete Marga Hubinek spricht auf einer Sitzung des Europarates über den geplanten Kraftwerksbau.

Am 13.5.84 erscheint ein Artikel über den offiziellen Start der Unterschriftenaktion zur Einleitung des Volksbegehrens. Die Ziele der Initiatoren werden nochmals dargelegt. Außerdem befindet sich auf der selben Seite ein Spendenaufruf zur Unterstützung der Aktion.

(41) Neue Kronenzeitung am 11.5.1984
(42) Presseaussendung der ÖVP am 11.5.1984

Am 14. Mai erneuert Bundeskanzler Sinowatz, in einer Presseaussendung, "... das Bekenntnis zum Ausbau der Wasserkraft und das Bekenntnis zu Hainburg." (43) Das Argument das Projekt vermindere das Waldsterben wird nochmals ausführlich dargelegt. Sinowatz fordert die Volkspartei wieder auf klar Stellung zu beziehen.

Die Reaktion der Volkspartei erfolgt noch am selben Tag. Graff bezeichnet die Äußerungen des Bundeskanzlers als "plumpe politische Einmischung in ein anhängiges Naturschutzverfahren". (44) Er schätzt die Chance für eine positiven Bescheid sehr gering ein, da die Bestimmungen betreff Landschaftsschutzgebiet (siehe 3.1.2) sehr rigoros sind.

Die Krone titelt tags darauf: "Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren wird von den Behörden behindert". Der Artikel berichtet von Telefonanrufen in der Redaktion, wo sich Unterschriftswillige über die Uninformiertheit der Behörden beschwerten. Der Rest des Artikels beschreibt, wie eine Unterstützungsunterschrift geleistet werden kann.

Auf der Jugendseite der selben Nummer wird ein Interview mit dem Vorsitzenden der Jungen Sozialisten in Auszügen wiedergegeben. Grundtenor: Macht die Juso einen Rückzieher wegen Sinowatz ? Gusenbauer verneint und weist darauf hin, daß es jedem freisteht das Volksbegehren zu unterzeichnen. Die Jungsozialisten wollen überdies eine

(43) Presseaussendung der SPÖ am 14.5.1984
(44) Presseaussendung der ÖVP am 14.5.1984

Polarisierung innerhalb der österreichischen Gesellschaft verhindern.

Die Sozialistische Korrespondenz meldet am 15. Mai, daß sich der Bundesvorstand der Sozialistischen Jugend Österreichs gegen den Bau von Hainburg ausgesprochen hat.

Für die Frauenbewegung der ÖVP bestehen "kaum noch Zweifel darüber, daß ein Bau des Donaukraftwerkes bei Hainburg eine Gefährdung der Grundwasserqualität im Marchfeld und der Heilquellen von Deutsch-Altenburg bedeuten würde und daß daher eine naturschutzbehördliche Genehmigung des Kraftwerkes kaum erteilt werden kann." (45) Handels- und Energieminister Steger wird aufgefordert ein gesamtösterreichisches Energiekonzept zu erstellen.

Am 16. Mai berichtet die Krone, daß für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren 300.000 Unterstützungsformulare in Trafiken aufgelegt werden. Friedrich Graupe stellt dann Spekulationen über die Folgen dieses Volksbegehrens an und erklärt noch einige Details der Organisation.

Die Wiener Volkspartei entschließt sich das Volksbegehren zu unterstützen. In der Aussendung wird aber betont, daß nicht im Namen der Partei gehandelt wird, sondern daß die Unterstützung von Einzelpersonen ausgeht. Stadtrat Jörg Mauthe, Landtagsabgeordneter Dr. Johannes Hawlik und

(45) Presseaussendung der ÖVP am 15.5.1984

Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek unterschreiben, u.a. um die Wiener Trinkwasserversorgung zu sichern.

Für den 17. Mai ist eine Großdemonstration der Bau- und Metallarbeiter auf dem Wiener Heldenplatz geplant. Friedrich Graupe legt in seinem Artikel klar, daß die Umweltbewegung für die Sicherung von Arbeitsplätzen eintritt. Diese sollen aber im Umweltschutzbereich, z.B. durch den Einbau von Filteranlagen etc., geschaffen werden. Graupe prognostiziert 64.000 langfristige Arbeitsplätze, wenn Hainburg nicht gebaut wird und das dafür vorgesehene Geld zur Rettung des Waldes verwendet wird.

Bundeskanzler Sinowatz hält vor den Demonstranten eine Rede, in der er sich für ihre Zustimmung zum Kraftwerksbau bedankt. Er weist nochmals auf die Möglichkeit billigen Strom zu produzieren hin und belegt dieses Argument mit Zahlen. Sinowatz streicht hervor, daß durch die saubere Wasserkraft nicht nur kalorische Kraftwerke ersetzt werden können, sondern auch die Au vor der Austrocknung bewahrt werden kann. Der Bundeskanzler warnt zum Schluß noch vor einer Spaltung der Österreicher in Gegner und Befürworter.

Auch ÖVP-Bundesparteiobmann Dr. Mock äußert sich zur Gewerkschaftsdemonstration. Er betont die rechtliche Entscheidung müßte abgewartet werden und will sich erst im Herbst - nach der Erstellung eines Energiekonzeptes - endgültig zu Hainburg äußern.

Grundsätzlich legt der ÖVP-Bundesparteivorstand die Haltung zu Hainburg fest: "Die ÖVP tritt für den weiteren Ausbau der Wasserkraft ein, auch für ein Laufkraftwerk an der Donau. Es war jedoch unverantwortlich von der SPÖ-FPÖ-Bundesregierung, den Standort Hainburg, der im Landschaftsschutzgebiet liegt, in die Regierungserklärung aufzunehmen und keinerlei Alternativprojekte zu planen, obwohl große Zweifel bestehen, daß ein solches Projekt die naturschutzrechtliche und wasserrechtliche Genehmigung erlangen kann." (46)

Dem Generalsekretär der Freiheitlichen Walter Grabher-Meyer übergaben die Demonstranten eine Resolution. Auch er betont, die Wasserkraft ist die umweltschonenste Energiegewinnungsform und die Stopfenreuther-Au soll so weit wie möglich geschont werden. Grundsätzlich ist die FPÖ für Hainburg.

Die Krone titelt am 18. Mai: "Gewerkschaft mobilisiert 42.000 Demonstranten für Hainburg". Peter Gnam sieht darin eine direkte Reaktion auf den Beginn des Volksbegehrens. Er zitiert Aussagen von ÖGB-Präsident Benya, "..., die schweigende Mehrheit der Arbeiter nicht immer schweigend bleibt." (47) Der Rest des Berichts beschreibt den Ablauf der Demonstration und gibt die Aussagen von SPÖ- und ÖVP-Politikern wieder.

(46) Presseaussendung der ÖVP am 17.5.1984
(47) Neue Kronenzeitung am 18.5.1984

Ein weiterer Artikel in dieser Nummer meldet 25.000 geleistete Unterschriften für das Volksbegehren und weist auf eine Veranstaltung des WWF hin.

In einer Presseaussendung bezeichnet Sinowatz "die Hainburg-Demonstration als eine erfreuliche Manifestation". (48) Er lehnt einen "Gipfel", wie ihn die Volkspartei fordert, ab und betont die Bedeutung dieses geplanten Kraftwerkes für den Umweltschutz. Außerdem bringt Dr. Fred Sinowatz ein wirtschaftliches Argument ins Spiel - "Hainburg entlastet die Handelsbilanz." (49)

Dr. Marga Hubinek (ÖVP) erklärt, daß durch den Bau von Großkraftwerken nur kurzfristig Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Bauarbeiter sollen lieber in der Stadterneuerung und Stadtsanierung eingesetzt werden, dies würde einen doppelten Effekt der Lebensqualitäts-verbesserung - einerseits Erhaltung der Naturlandschaft, andererseits Verbesserung der Wohnsituation - bringen.

Dr. Graff kritisiert ÖGB-Präsident Benya. Auch für ihn gelten die Prinzipien des Rechtsstaates, deshalb sollen die Entscheidungen der Bezirkshauptmannschaften abgewartet werden. Graff wörtlich: "Im Rechtsstaat geht es nicht darum, wer die grösseren Plätze füllen kann, sondern darum, wer die Rechtsordnung auf seiner Seite hat." (50)

Am 19. Mai legt der Bundesobmann der Jungen ÖVP, Othmar

(48) Presseaussendung der SPÖ am 18.5.1984
(49) siehe (48)
(50) Presseaussendung der ÖVP am 18.5.1984

Karas, einen Forderungskatalog seiner Organisation vor. Ziele sind dabei u.a. Erarbeitung eines Energiekonzeptes, Behandlung der Volksbegehren-Petition im Parlament und Gespräche zwischen Gewerkschaft und Initiatoren des Volksbegehrens.

Die Krone bringt am 20. Mai drei Artikel, in unterschiedlicher Länge, zum Thema Hainburg. Einer beschäftigt sich mit den Gesprächsangeboten des überparteilichen Personenkomitees, in einem weiteren werden die Aussagen des Bundeskanzlers wiedergegeben, wonach es jedem SP-Mitglied freisteht das Volksbegehren zu unterschreiben oder nicht.

In einer Reportage schildert Peter Kunze die Beweggründe von Unterzeichnern des Volksbegehrens. Beschrieben wird eine Straßenszene. Die Ziele des überparteilichen Personenkomitees werden noch einmal dargelegt. Peter Kunze zieht als Zwischenresumee: "Dieses Volksbegehren will zeigen: Mit Vernunft ist die Versöhnung von Mensch und Natur durchaus möglich." (51) Nachdem er einige Formen des Energiesparens erläutert hat, gibt Kunze zur Illustration noch einige Aussagen von Prominenten wieder, die das Volksbegehren unterstützen.

Eine weitere Reportage von Peter Kunze erscheint am Montag den 21. Mai und beschäftigt sich mit einem vom WWF veranstalteten Fest am Sonntag in der Au. Das emotionale Erlebnis des Naturgenusses wird beschrieben. Kunze

(51) Neue Kronenzeitung am 20.5.1984

befragt wieder Prominente. Der Artikel ist eine Ansammlung von Zitaten, mit der Grundaussage, die Au ist so einmalig und schön, daß sie unbedingt geschützt werden muß.

Ebenfalls am 21. erklärt Wissenschaftsmininster Dr. Heinz Fischer im Ministerrat, Hainburg kann nicht entgegen den wissenschaftlichen Gutachten gebaut werden. Er kann sich vorstellen, daß es zum Thema Auftragsforschung des Wissenschaftsministerium geben wird.

Alois Mock wiederum fordert von der Regierung aus der Hainburg-Diskussion Konsequenzen zu ziehen. Die Staustufe Wien soll sofort geplant werden. Mock spricht von Planungsversäumnissen. "So aber ist auch die Energiepolitik zu einem Beispiel für die Handlungsschwäche der sozialistischen Koalitionsregierung geworden." (52)

Am 22. Mai äußert sich Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz erneut zu Hainburg, daß "aus ökonomischen und ökologischen Gründen unter Berücksichtigung der Umweltschutzauflagen gebaut werden soll." (53) Weiters tritt er dafür ein, die öffentliche Diskussion ohne Emotionen zu führen und diese nicht in einen "Weltanschauungskrieg" ausarten zu lassen. Eine Beeinflußung von Landesrat Dr. Brezovsky lehnt der Bundeskanzler ab - er hofft aber, daß der Bescheid positiv ausfallen wird. Vorerst muß aber die

(52) Presseaussendung der ÖVP am 21.5.1984
(53) Presseaussendung der SPÖ am 22.5.1984

Entscheidung in erster Instanz abgewartet werden. Zu den ÖVP-Vorwürfen bemerkt Sinowatz: "Schließlich ist Landeshauptmann Ludwig NEWAG-Aufsichtsratspräsident." (54)

Die Krone berichtet am 23. Mai über die oben zitierten Presseaussendungen der Sozialistischen Korrespondenz. Dabei fällt auf, daß wörtliche Zitate zum Teil zusammengezogen und verändert wurden. Sinowatz spricht in der Aussendung von einem Anschauungskrieg, die Krone schreibt über einen Religionskrieg. Weiters zitiert die Krone Dr. Fred Sinowatz mit den Worten: "Ich nehme die Argumente ernst. Das Volksbegehren ändert aber nicht meine Überzeugung, daß ein Kraftwerk Hainburg ökologisch und ökonomisch richtig ist." (55) Dieses Zitat verzerrt den Inhalt, da zwei Sätze zusammengezogen wurden. Der erste Teil des Satzes stammt von der zweiten Seite der Aussendung, der erste Teil ist ein Anfangsstatement und wurde von mir unter Ziffer 53 zitiert. Durch diese Zusammenziehung verändert sich der Inhalt, dadurch kann die Aussage, obwohl beide Teile wörtlich in der Aussendung enthalten sind, als falsch eingestuft werden.

Die Krone berichtet am 24. Mai über die Nichtbehandlung einer "VP-Konrad-Lorenz-Petition" im Parlament, am 25. folgt eine Sachlagendarstellung zu Kraftwerksprojekt. In dem Artikel wird über den Ablauf des Naturschutzverfahrens berichtet. Friedrich Graupe legt dann noch die

(54) siehe (53)
(55) Neue Kronenzeitung am 23.5.1984

Grundzüge des niederösterreichischen Naturschutzgesetzes kurz dar.

Am 25. Mai wiederholt Vizekanzler Steger das Bekenntnis zur Wasserkraft. Er sagt u.a.: "Es geht nicht mehr, daß die E-Wirtschaft - wie bisher gewohnt - zuerst beginnt zu bauen und im nachhinein die Bewilligungen einholt." (56)

Am 27. Mai bringt die NKZ zwei weitere Artikel, einen Kommentar und eine Reportage. Der markanteste Titel lautet: "Katastrophe für das Trinkwasser im Raum Wien" Die Krone zitiert in diesem Artikel vom profil aufgedeckte Geheimgutachten, die beweisen, "daß nach dem Kraftwerksbau in Hainburg die Grundwasserströme in der Lobau versiegen und das Grundwasserwerk Lobau ausfallen könnte, das immerhin 225.000 Menschen im Norden Wiens mit Trinkwasser versorgt." (57) Vor dieser Aussage belegt Dieter Kindermann noch die Herkunft der Expertise, die Oberstadtbaurat Dip.-Ing. Weber zugeschrieben wird. Die DOKW schlägt als Lösung eine Abdichtung des Stauraumes vor - die Gegenargumente werden verkürzt, gemäß dem profil-Artikel, wiedergegeben; z.B. Senkung der Donaufließgeschwindigkeit um 85 Prozent. Eigenrecherchen enthält der Artikel kaum.

Ein weiterer Artikel schildert "Die Irrtümer des Otto König". Ausgangspunkt ist das Naheverhältnis von Otto König zur DOKW. Er tritt für den Bau ein, um die Aus-

(56) Presseaussendung der FPÖ am 25.5.1984
(57) Neue Kronenzeitung am 27.5.1984

trocknung der Au zu verhindern. Der Artikel gibt die Aussagen von Dozent Bernd Lötsch, dem Leiter des Institutes für Umweltwissenschaften und Naturschutz wieder. Der Versuch wird unternommen die Austrocknungshypothese durch die Unterscheidung in Winterwasserspiegel und Mittelwasserstände zu widerlegen. Es wird weiters darauf hingewiesen, daß es bei einer Austrocknung auch andere Rettungsmodelle als den Bau eines Großkraftwerkes gibt, die Finanzierung soll über die geplanten Bundeszuschüsse zum Kraftwerksbau erfolgen. Der Emotionalisierungsgrad bei der Diskussion zeigt sich besonders im letzten Absatz des Artikels: "Die Au braucht weder König noch Kobilka. Daß durch den Kraftwerksbau nur zehn Prozent verlorengingen, ist eine Irreführung, weil dabei die schönsten und artenreichsten Altarsysteme betroffen wären. Die Argumention klingt ähnlich, als würde man jemanden die Leber entfernen und ihm sagen, es handle sich dabei ja nur um zehn Prozent seines Körpergewichtes." (58)

Die Reportage von Vera Russwurm beschäftigt sich mit dem "Schwur von Hainburg". Dieser soll von den Umweltschutzaktivisten auf der Burg am Schloßberg geleistet werden. Der gesamte Text wird abgedruckt und Erläuterungen zum geplanten Burgfest gegeben.

Die Entwicklungen der letzten Maitage zeigen, daß die Diskussion immer emotionaler geführt wird. Die Grundsatz-

(58) siehe (57)

positionen sind klar festgelegt, die Sachargumente werden von Befürwortern und Gegnern immer wieder wiederholt, neue Argumente sind selten. Beide Gruppen treten offiziell für die Natur und die Rettung der Stopfenreuther-Au ein - und belegen dies mit Zahlenmaterial und Expertenaussagen. Zu diesem Zeitpunkt wird versucht Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Beteiligten haben sich auf den Standpunkt zurückgezogen, zuerst muß die Entscheidung in erster Instanz fallen, dann kann über weitere Aktionen nachgedacht werden.

6.3. Der heiße Herbst

Im November 1984 soll die Causa Hainburg in zweiter Instanz entschieden werden (siehe 2.). Am 10. November titelt die Krone: "Politikern wird Hainburg zu heiß". In dem Artikel wird über den Versuch von Landesrat Brezovsky berichtet die Verantwortung für den Bescheid wieder der niederösterreichischen Landesregierung zu übertragen. Wenige Zeilen später wird der Landesrat mit einem Dementi dieses Krone-Vorwurfes zitiert.

Der zweite Teil des Berichts befaßt sich mit einem "Geheimprotokoll" eines E-Wirtschaftsseminars, aus dem hervorgeht, daß durch den Verkauf von Elektroheizungen der Stromabsatz gesteigert werden soll, da der Bedarf der Industrie stagniert. Die NKZ schließt daraus - keine neuen Großkraftwerke werden benötigt.

Am 17. erscheint ein Bericht in dem über die weiterhin ablehnende Haltung der Wiener Volkspartei die Rede ist.

Vizebürgermeister Busek wird mit seiner Sorge zitiert, daß die Qualität des Donauwassers nach einem Bau wesentlich schlechter wird. Ein weiters Zitat stammt von einem Hydrologen, der diese Meinung bestätigt. Bürgermeister Zilk ist noch zu keiner Stellungnahme bereit.

Der Wiener Pressedienst der Volkspartei berichtet am 22. November über eine Fragestunde im Gemeinderat. Dr. Hawlik wirft Bürgermeister Zilk vor in der Hainburg-Frage einen "Zick-Zack-Kurs" zu verfolgen, da er abwechselnd für und gegen den Bau eintritt. Besonders kritisiert wird die Tatsache, daß durch Bundeszusagen sich bei den Kosten für eine Wasseraufbereitungsanlage und die Abwasserbeseitigung Wiens zu beteiligen, von Zilk statt der Ablehnung wieder eine Zusage zum Bau kam.

Die Krone beschäftigt sich am 24. November mit dem Thema Donauschiffahrt. Das Argument der DOKW die Donau wird durch den Kraftwerksbau für Großschubverbände bis Wien befahrbar, wird mit der Aussage wiederlegt, dazu wären noch zusätzliche Flußbetteintiefungen an der österreichisch/tschechischen Grenze notwendig. Diese Maßnahme, die Krone berichtet hier über Einwände des Bautenministeriums, hätte gravierende Folgen für den Wasserspiegel der March mit den bereits bekannten Folgen.

Die Sozialistische Korrespondenz bringt "Auszüge" eines Artikels in der Zeitschrift "Umweltschutz". Eine

Stellungnahmen von Gesundheits- und Umweltschutzminister Dr. Kurt Steyrer wird wiedergegeben. Dieser weist besonders darauf hin, daß das Energiekonzept der Regierung tatsächlich auf den Umweltschutz eingeht. Erstmals sind Umweltschutzvorgaben gleichberechtigte politische Zielvorgaben.

Friedrich Graupe schreibt am 26. über Vorwürfe gegen Landesrat Dr. Ernest Brezovsky. Grundinformation ist ein offener Brief der Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehren an die niederösterreichische Landesregierung. Dem Landesrat wird vorgeworfen drei Juristen die Bearbeitung des Bescheides, wegen ihrer ablehnenden Haltung, entzogen zu haben. Die Krone zitiert aus dem Brief: "Hierauf entzog Landesrat Brezovsky den drei genannten ... zuständigen Beamten die weitere Bearbeitung des Falles, übertrug sie seiner persönlichen Mitarbeiterin Dr. Lashofer, die keine Fachkenntnisse auf dem Gebiet des Naturschutzes besitzt, und wies sie an, einen Bescheid im Sinne des Begehrens der E-Wirtschaft zu erlassen." (59) Graupe zitiert im weiteren Verlauf die Aussagen von Universitätsprofessor Dr. Bernhard Raschauer, der Landesrat Brezovsky vorwirft er hätte nur die Bescheide aus erster Instanz prüfen sollen, dazu ist die Bestellung neuer Gutachter nicht zulässig. Graupe schließt mit der Behauptung, daß fünf von sieben Gutachten negativ sind.

(59) Neue Kronenzeitung am 26.11. 1984

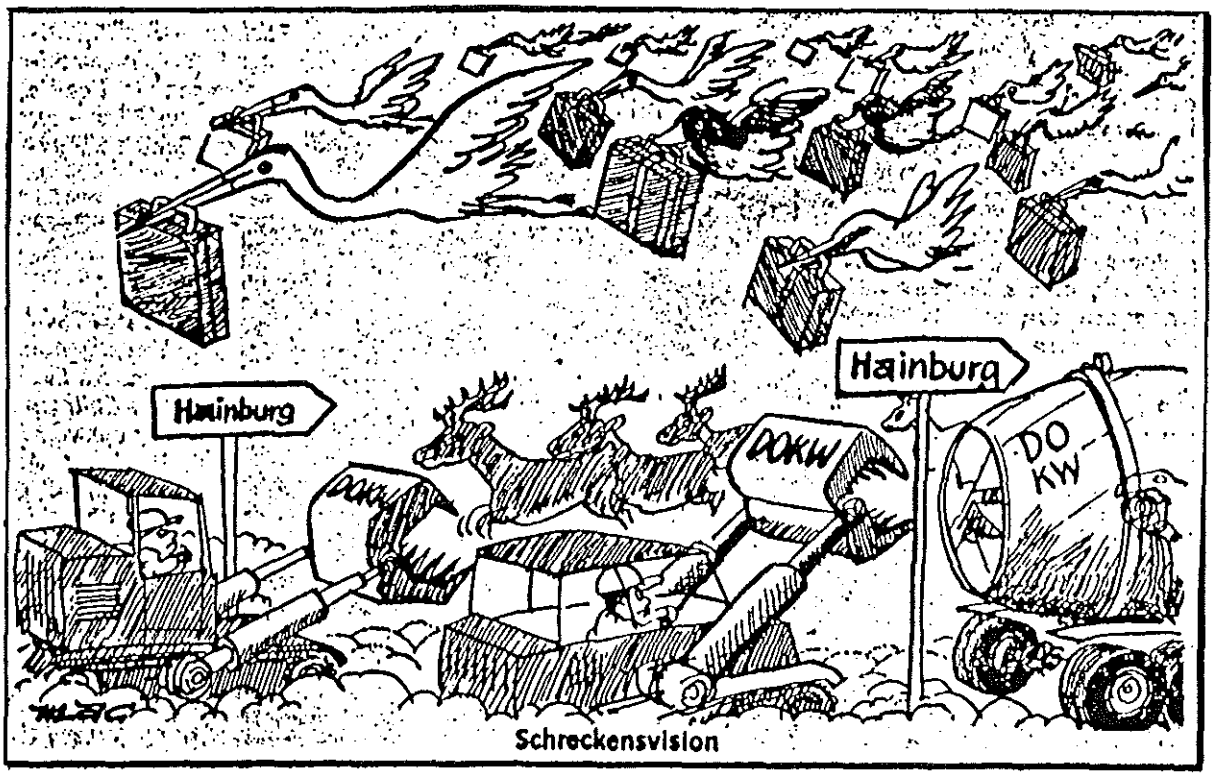
Am selben Tag gibt Brezovsky seine Entscheidung bekannt, der Bescheid ist positiv. Aus zeitlichen Gründen kann die Krone nicht sofort reagieren - im Gegensatz dazu aber die Pressedienste.

Die Volkspartei teilt mit, daß sie grundsätzlich für die Wasserkraft eintritt. Nochmals werden die Gefahren bei einem Kraftwerksbau (z.B. Grundwassergefährdung im Marchfeld ...) aufgezählt, die Entscheidung wird zur Kenntnis genommen. In der Aussendung wird betont, daß nun die Entscheidung des Landwirtschaftsministers und ev. die der Höchstgerichte abgewartet werden müssen.

Der FP-Generalsekretär begrüßt den Bescheid. Grabher-Meyer wörtlich: "Ein "Ja" zu Hainburg unter den größtmöglichen Umweltschutzauflagen entspreche exakt den energiepolitischen Vorstellungen der freiheitlichen Partei." (60) Der Generalsekretär begrüßt bei diesem Projekt, die Verwendung von nur 4 Prozent des Gebietes, dadurch können 96 Prozent des Auwaldes erhalten werden. Die beiden ausstehenden Entscheide sollten ebenfalls positiv ausfallen.

Die eigentlichen Reaktionen auf den Brezovsky-Bescheid erscheinen erst am 27. November. Die Krone bringt nicht nur zwei ausführliche Artikel, sondern auch einen Kommentar und folgende Karikatur. (61)

(60) Presseaussendung der FPÖ am 26.11.1984
(61) Neue Kronenzeitung am 27.11.1984



Schreckensvision

In einem Artikel wird über die Reaktion der Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehren berichtet. Das Komitee plant Innenminister Blecha 10.000 Unterschriften gegen den Bau zu überreichen. Außerdem soll ein Besuch bei Bundespräsident Kirchschläger stattfinden. Der Baubeginn soll so lange wie möglich hinausgeschoben werden.

Erich Vorrath meldet Bedenken gegen den Bescheid an. Er zitiert Vizebürgermeister Busek, der von einer "ungesetzlichen Vorgangsweise" spricht. Weiters wird Dr. Brezovsky zitiert, der seine Entscheidung damit begründet, das elf von zwölf Gutachten positiv ausgefallen sind. Vorrath weist ebenfalls auf die noch ausständigen Bescheide hin und gibt dann noch die Aussagen vom Bundeskanzler, von Landeshauptmann Ludwig

und Vizebürgermeister Busek wieder. Neue Argumente enthalten die drei Aussagen keine.

Die sozialistische Korrespondenz veröffentlicht am 27. November sieben Seiten Reaktionen von sozialistischen Funktionären auf den Brezovsky-Bescheid. Innenminister Blecha spricht sich dafür aus, das Konrad-Lorenz-Volksbegeheren so rasch wie möglich durchzuführen.

Bürgermeister Zilk weist jeden Kommentar mit der Begründung zurück, Hainburg sei eine Sache der niederösterreichischen Landesregierung, sein Kompetenzbereich beinhalte nur Wien. Der Bescheid wird von der SJ-Niederösterreich begrüßt, da die Nutzung der Wasserkraft kalorische Kraftwerke ersetzen wird können. Betont wird die Rettung der Au von der Austrocknung und die im Bescheid befindlichen 31 Auflagen. Das Vorgehen des Volksbegehrens-Komitee wird als engstirnig und demagogisch abgelehnt.

Auch Landesrat Dr. Ernest Brezovsky kommt zu Wort. Er betont, daß elf von zwölf Gutachten positiv sind. Seine Entscheidung basiere auf wissenschaftlichen Arbeiten. Orginalzitat Brezovsky: "Darunter sind Werke von so bedeutenden Fachleuten, wie Konrad Lorenz, Karl Popper, weiters Elfrune Weinberger, Rupert Riedl und Leo Kofler." (62) Brezovsky weist ebenfalls auf die 31 Auflagen für die DOKW hin.

Auch die ÖVP reagiert umfassend. Landeshauptmann Ludwig

(62) Presseaussendung der SPÖ am 27.11.1984

erwartet vom Landesrat Informationen über den Naturschutzbescheid und will die Entscheidung im wasserrechtlichen Hauptverfahren abwarten.

Am schärfsten wird der Bescheid von Vizebürgermeister Busek kritisiert. Er wiederholt den Vorwurf, daß Landesrat Brezovsky ungesetzlich gehandelt hat, da er nur die Gültigkeit des erstinstanzlichen Bescheides überprüfen hätte sollen. Busek wörtlich: "Es tut uns eine solche Art von Politik nicht gut und es tut uns nicht gut, wenn Gesetze wie das niederösterreichische Naturschutzgesetz einfach übergangen werden." (63) Busek bekräftigt nochmals die Ablehnung des Kraftwerksbaues durch die Wiener Volkspartei.

Der ÖVP-Umweltsprecher Abg. Walter Heinzinger beschuldigt Brezovsky für die Zerstörung einer einmaligen Aulandschaft verantwortlich zu sein. Heinzinger glaubt nicht, daß der Bescheid mit dem niederösterreichischen Naturschutzgesetz vereinbar ist.

Othmar Karas fordert die sofortige Behandlung des Volksbegehrens im Parlament. Marilies Flemming gründet als Reaktion auf den Bescheid das "Planquadrat Hainburg". Dabei sollen VP-Politiker alle Gutachten anfordern, Gespräche mit Gutachtern führen und die Schritte der Bundesregierung beobachten. Auch Dr. Erhard Busek fordert die Veröffentlichung der Gutachten.

(63) Presseaussendung der ÖVP am 27.11.1984

Gegenüber den anderen Parteien nimmt sich die Reaktion der FPÖ recht mager aus, diese umfaßt nämlich eine knappe Seite. Der freiheitliche Verfassungssprecher Mag. Hilmar Kabas bezeichnet die Wasserkraft als sauberste Energiequelle, um die Versorgung der Industrie sicher zu stellen. Er begrüßt, die im Bescheid vorgeschriebenen, Auflagen.

Am 28. November titelt die NKZ: "Die Betonierer haben noch lange nicht gewonnen !" Aussagen von den Universitätsprofessoren Pernthaler und Raschauer werden wiedergegeben. Diese kritisieren den Brezovsky-Bescheid als rechtswidrig und berufen sich dabei auf den Paragraphen 6 des Niederösterreichischen Naturschutzgesetzes (siehe 3.1.2.). Weiters wird über den Protest von 300 Studenten im niederösterreichischen Landhaus berichtet. Die Studenten übergaben Landeshauptmann Ludwig eine Petition, in der u.a. die Veröffentlichung der Gutachten gefordert wird. Der restliche Teil des Artikels besteht aus "Politikeraussagen", wobei nur altbekanntes wiederholt wird.

In einer sozialistischen Presseaussendung wird über die Aussagen des Abg. Fritz Hochmair während der letzten Nationalratsdebatte berichtet. Hochmair bezeichnet die Wasserkraft als die sauberste Energiequelle und weist auf die besonders strengen Umweltschutzauflagen hin.

Ebenfalls am 28. November meldet sich Vizebürgermeister

Erhard Busek zu Wort. Er will die Abhaltung des Volksbegehrens abwarten, außerdem fordert er die Veröffentlichung der Gutachten. Für Busek ist der Brezovsky-Bescheid rechtswidrig.

Am 29. November erscheint ein ausführlicher Bericht von Dieter Kindermann über die Audienz der Initiatoren des Volksbegehrens bei Bundespräsident Kirchschläger. Er sagt den Umweltschützern zu, mit dem Bundeskanzler ein Gespräch zu führen. Kindermann schreibt auch über das Vorhaben des Volksbegehrens-Komitees Landesrat Brezovsky wegen Amtsmißbrauch anzuzeigen.

Am selben Tag ruft der Verbandsvorsitzende der Sozialistischen Jugend Alfred Gusenbauer dazu auf, die Diskussion um Hainburg nicht zu einem Glaubenskrieg ausarten zu lassen. Auch er fordert die Offenlegung der Gutachten, um eine öffentliche Debatte zu ermöglichen.

Die Berichterstattung im November wird mit nur wenigen neuen Sachargumenten geführt. Diese werden aber immer mehr mit Emotionen verknüpft. Eine neue Ebene ist die massive Personendiskussion, so wird vor allem Landesrat Dr. Ernest Brezovsky persönlich angegriffen. Die Krone veröffentlicht weitgehend Kontra-Argumente und befaßt sich nur oberflächlich mit den Aussagen der Befürworter. Die Diskussion wird immer mehr mit Aktionsankündigungen verbunden. Die Fronten verhärten sich - keine Seite ist bereit von ihrem Standpunkt abzugehen.

6.4. Der "Krieg" in der Au

Im Dezember geht vorerst einmal die Diskussion über die Gutachten weiter. Am 1. Dezember wird über ein nichtgesendetes - in der TV-Sendung "Politik am Freitag" - Interview von Hofrat Erich Czwiertnia geschrieben. Dieser Naturschutzbeamte der niederösterreichischen Landesverwaltung wurde nicht von seiner Amtsverschwiegenheit entbunden. Von Landwirtschaftsminister Haiden kommt die Ankündigung in den darauffolgenden 14 Tagen den wasser- und forstrechtlichen Bescheid zu erlassen.

Friedrich Graupe gibt am 3. Dezember bekannt, daß der "Krone" der Naturschutzbescheid von Dr. Brezovsky zugespielt wurde. Graupe wirft dem Landesrat vor, er habe die Gutachten ins Gegenteil verkehrt. Außerdem kritisiert er die Argumentation von Brezovsky, "daß die Begriffe "Landschaftsbild, Schönheit und Eigenart" und "maßgeblich beeinträchtigt" zu unbestimmt sind, so daß sie der Behörde einen Beurteilungsspielraum eröffnen." (64) Im letzten Absatz beschuldigt Graupe Dr. Brezovsky das Ramsar-Abkommen gebrochen zu haben.

Ungewöhnlich ist, daß der Artikel auch noch einen Nachspann enthält, der die persönliche Meinung von Herrn Graupe wiedergibt. Ich zitiere wörtlich: "Im Verlauf meiner Tätigkeit als Journalist sind schon zahllose Behördenbescheide durch meine Hände gegangen, doch etwas derartig Abendteuerliches wie das Opus des Herrn

(64) Neue Kronenzeitung am 3.12.1984

Brezovsky habe ich noch nie gelesen. Wenn sich diese Republik noch Rechtsstaat nenne will, müssen sofort Schritte unternommen werden." (65)

Am 5. Dezember erscheinen zwei Artikel zum Thema Hainburg. Der erste Bericht beschäftigt sich mit Aussagen von Bundeskanzler Sinowatz. Dieser tritt für einen Baubeginn im Winter ein, wenn der Bescheid von Landwirtschaftsminster Haiden positiv ist. Das Volksbegehren will der Kanzler nicht abwarten, weil dann der Bau um ein Jahr verschoben werden müßte.

Friedrich Graupe bringt ein neues Argument in die Diskussion ein. Er unterstreicht, daß eine Totalrodung nach dem niederöstereichischen Jagdgesetz untersagt wird. Graupe gibt sinngemäß den Paragraphen 77 Abs. 5 wieder. Darin wird das Beschädigen und Verändern von Horstbäumen verboten. Diese Bäume liegen aber in den Teilen der Stopfenreuther-Au, die für den Kraftwerksbau gerodet werden. "Insgesamt 17 Vogelarten, die laut Jagdgesetz als "ganzjährig geschontes Federwild" gelten und überdies in der "roten Liste gefährdeter Vogelarten" des Umweltministeriums angeführt sind, wären von der Auwaldverwüstung betroffen." (66) Stadtrat Jörg Mauthe und DDr. Günther Nenning kündigen eine Anzeige gegen die DOKW an.

(65) siehe (64)
(66) Neue Kronenzeitung am 5.12.1984

Am 6. Dezember gibt die Krone die Unterzeichnung der Rodungsbewilligung durch Landwirtschaftsminister Haiden bekannt. Rund um die Baustelle soll ein Zaun, zum Schutz der Tierwelt, errichtet werden. Friedrich Graupe wiederholt noch einmal alle rechtlichen Bedenken, die gegen einen Bau sprechen, so zum Beispiel das Fehlen der Wiener Naturschutzgenehmigung. Die Volksbegehren-Initiatoren kündigen Klagen beim Verwaltungsgerichtshof an.

Auch am 7. Dezember beschäftigt sich die Krone mit der Forst- und wasserrechtlichen Bewilligung. Landwirtschaftsminister Haiden begründet seine Entscheidung mit der Rettung der Au und weist darauf hin, daß die DOKW 60 Umweltschutzauflagen erfüllen muß. Außerdem wird den Bau eine Ökologie-Kommission überwachen. "Landwirtschaftsminister Haiden garantierte gestern, frei nach dem Motto "Alles gerettet", den Fortbestand der Donauauen als Auwaldbiotop, die Sicherung der Wasserversorgung von Wien, die Verbesserung der Wassergüte im Stauraum und den Schutz der Heilquellen von Deutsch-Altenburg." (67)

Ebenfalls am 7. Dezember gibt Landesrat Dr. Ernest Brezovsky eine Erklärung ab. Der Bau des Kraftwerkes, stellt auch für ihn, einen Eingriff in die Natur dar. Aber durch Hainburg ist es möglich unsaubere, kalorische

(67) Neue Kronenzeitung am 7.12.1984

Kraftwerke zu ersetzen. Brezovsky weist nochmals auf die Auflagen hin. Er kündigt die Möglichkeit auf Einsicht in die Gutachten an. Und weiters: "Die Rodung von 4 Prozent der Aufläche ist gerechtfertigt, wenn dadurch 96 Prozent gerettet werden können." (68)

Die Krone veröffentlicht am 8. Dezember einen Artikel und eine Reportage von Friedrich Graupe. Erich Vorrath berichtet über eine Pressekonferenz, in der die Initiatoren des Volksbegehrens ankündigen an die Staatsanwaltschaft eine Sachverhaltsdarstellung zu übersenden, in der sie Landesrat Brezovsky Amtsmißbrauch vorwerfen.

Friedrich Graupe bringt in seiner Reportage: "Der Fall Hainburg: Analyse eines Skandals" nochmals alle Argumente gegen einen Kraftwerksbau.

Peter Kunze bringt eine Reportage über eine Sternwanderung in die Hainburger Au. Der Artikel erscheint am 10. Dezember. Er ist ein Stimmungsbericht und spiegelt die Entschlossenheit der Umweltschützer wieder, das Kraftwerk auf jeden Fall, aber mit friedlichen Mitteln, zu verhindern.

Die Donaukraftwerke AG spricht sich in einer Aussendung gegen die Aktionen der "Auwaldbesetzer" aus. Laut DOKW dürfen die Rodungsarbeiten, gemäß den Bescheidauflagen, nur in den Monaten Dezember und Jänner durchgeführt werden. Ein weiteres Argument ist der finanzielle Ver-

(68) Presseaussendung der SPÖ am 7.12.1984

lust, der durch eine Rodungsverzögerung entsteht: "Wird die derzeitige Winterperiode für die Rodung versäumt und könnte diese erst mit Jahreswechsel 1985/86 einsetzen, bedeutet dies einen weiteren Verlust für die österreichische Volkswirtschaft in der Höhe von etwa 800 Millionen Schilling, welcher sich durch den Energieverlust infolge weiteren Hinausschiebens der Stromversorgung um 1 Jahr und das weitere Gleiten der Baupreise (Baukostenerhöhung) zusammensetzt." (69)

Am 11. Dezember kritisiert die stellvertretende SPÖ-Vorsitzende Abg. Dr. Jolanda Offenbeck die Umweltschützer. Sie gesteht ihnen zwar das Recht zu Kritik zu üben, aber am Ende müsse sich in einer Demokratie die Minderheit der Mehrheit beugen.

Bundeskanzler Sinowatz erklärt die Besetzung der Au als ungesetzlich und ermächtigt den Innenminister direkte Weisungen an die Hainburger Exekutive zu übermitteln. Nach Angaben von Innenminister Blecha hat die zuständige Bezirkshauptmannschaft das Augebiet zur Baustelle erklärt und das Betreten derselben untersagt.

Der Freiheitliche Grabher-Meyer spricht von Ausschreitungen in der Au. Er warnt vor ausländischen Gruppen, die die Aubesetzung zu politischer Agitation mißbrauchen wollen. "Für einen rot-grünen Ideologieimport

(69) Presseaussendung der DOKW am 10.12.1984

bestehe kein Bedarf." (70) Der Generalsekretär ruft zu einem Dialog mit den "wahren" Umweltschützern auf.

Der 12. Dezember ist ein erster Höhepunkt bei der Besetzung der Au. Die Neue Kronenzeitung veröffentlicht fünf Artikel. Der erste behandelt ein geplantes Treffen zwischen Bundeskanzler Sinowatz und den Initiatoren des Volksbegehrens. Alois Mock tritt für einen Waffenstillstand ein. SPÖ-Klubobmann Wille kündigt eine geplante Gewerkschaftsdemonstration in der Stopfenreuther-Au an. Friedrich Graupe beschuldigt Landesrat Brezovsky der Urkundenfälschung und des Amtsmißbrauchs. Dazu ein Auszug aus seinem Artikel: "Aus ablehnenden Gutachten wurden wahllos Absätze herauskopiert, entscheidende Passagen weggelassen und durch Absätze aus der Feder Brezovskys (mit anderer Schreibmaschine) "ergänzt"." (71)

Erich Schönauer überschreibt seinen Artikel mit ""Waffenstillstand" in der Au Rodungen vorerst blockiert". Die Demonstranten hinderten durch Barrikaden und Menschenketten die Bauarbeiter, zu deren "Schutz" 200 Gendarmen aufgeboten wurden, mit der Rodung zu beginnen. Die Krone spricht von etwa 3.000 Demonstranten. Eine Demonstrantin erlitt einen Knöchelbruch, dieses Ereignis

(70) Presseaussendung der FPÖ am 11.12.1984
(71) Neue Kronenzeitung am 12.12.1984

ist der NKZ einen eigenen Artikel wert, genauso wie der einzige Verletzte Gendarm.

Karl Wendl führte Interviews mit Naturschützern. Grundaussage: Die Demonstranten sind entschlossen durchzuhalten und bis Weihnachten die Au zu besetzen. In einer kurzen Notiz wird über das Vorhaben berichtet Vorlesungen in der Au abzuhalten, wobei aber einleitend auf die Heterogenität der Besetzer verwiesen wird.

Die Sozialistische Korrespondenz weist grundsätzlich darauf hin, daß die Demonstration nicht angemeldet und somit rechtswidrig ist.

Bundeskanzler Sinowatz erklärt: "Wenn es nicht möglich ist, in Österreich ein nach einem rechtmäßigen Weg zustandegekommenen Plan zu bauende Kraftwerk zu errichten, dann würde in Österreich überhaupt nichts mehr gebaut werden können. Dann könne man letztendlich die Republik zusperren." (72) Er betont die Rechtsstaatlichkeit des Gendamerieeinsatzes und bezeichnet das Verhalten der Demonstranten als Rechtsbruch. Die Rodung kann aus Umweltschutzgründen und wegen der erteilten Auflagen nicht weiter verschoben werden. Damit schließt sich der Bundeskanzler der Presseaussendung der DOKW vom 10.12.1984 vollinhaltlich an.

Innenminister Blecha äußert sich zur Hainburg-Debatte im

(72) Presseaussendung der SPÖ am 12.12.1984

Nationalrat. Von etwa 200 Gendameriebeamten wurden die Demonstranten aufgefordert die Au zu verlassen. Die Beamten setzten keine Waffen ein. Etwa 50 Beamte blieben über Nacht an Ort und Stelle um die Baustelle abzusichern, diese wurde von Besetzern umringt. Der Innenminister spricht von etwa 2.000 Demonstranten, zum Vergleich die Krone meldet die Anwesenheit von 3.000 Umweltschützern in der Au. Man kann seiner Meinung nach nicht von einem brutalen Polizeieinsatz sprechen. Eine Eskalation soll auf jeden Fall verhindert werden.

Auch der Klubobmann der SPÖ, Sepp Wille bezeichnet die Aubesetzung als einen wiederrechtlichen Akt und kündigt eine Gewerkschaftsgroßdemonstration an.

Darauf reagiert ÖAAB-Bundesobmann Herbert Kohlmaier. Eine Gewerkschaftsdemonstration wird die Situation noch weiter aufheizen, deshalb soll darauf verzichtet werden. "Besinnen wir uns auf das Wort, das da lautet, Demokratie ist Diskussion." (73) Die Rechtsordnung soll aufrecht erhalten werden.

Bei den Freiheitlichen meldet sich die Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé zu Wort. Ihrer Meinung nach herrscht noch immer Unklarheit über die Rechtmäßigkeit des Brezovsky-Bescheides. Landeshauptmann Ludwig soll zu diesem Rechtsentscheid klar Stellung beziehen.

Die Krone bringt am 13. Dezember drei Artikel und eine "Interviewserie". Bei dieser werden einige Naturschützer

(73) Presseaussendung der ÖVP am 12.12.1984

befragt, warum sie sich in der Au aufhalten. Einer der Artikel ist ein Lagebericht. Die Zahl der Demonstranten wird diesmal mit 1.000 bis 2.000 angegeben, wobei aber die Zahlen nach Aussagen der Naturschützer bei etwa 5.000 liegen. Weiters wird über eine verletzte, siebzigjährige Demonstrantin berichtet.

Die Situation entspannt sich etwas. Bei dem Treffen des Bundeskanzlers mit den Initiatoren des Volksbegehrens wird ein sogenannter Waffenstillstand ausgehandelt - mit einer Dauer von vier Tagen. Die Rodungen werden eingestellt, dafür bleibt die Zahl der Demonstranten konstant. In der Zwischenzeit will die Regierung über eine friedliche Lösung verhandeln.

Der dritte Artikel behandelt den Aufruf von Bundeskanzler Sinowatz die geplante Gewerkschaftsdemonstration für Hainburg nicht in der Au stattfinden zu lassen. Im Schlußabsatz des Berichts verweist Peter Gnam noch auf die große Medienresonanz, die das Thema Hainburg in der ausländischen Presse hat. "Hainburg macht sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz Schlagzeilen." (74)

Natürlich beschäftigt sich auch die Sozialistische Korrespondenz mit dem Rodungsaufschub. Sinowatz stellt fest, daß sich die Regierung vorbehält, am Montag den 17. Dezember, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen um den Baubeginn zu ermöglichen. "Der Aufschub der Räumung und

(74) Neue Kronenzeitung am 13.12.1984

und der Rodung der Au sei als Beitrag zur Deeskalation zu verstehen, sagte Sinowatz." (75) Er tritt für eine friedliche Konfliktlösung ein.

Innenminister Blecha zählt die drei wichtigsten Punkte auf, die bei den Verhandlungen festgelegt wurden. Keine Veränderung der Situation bis Sonntag, kein organisierter Zuzug in die Au und die Versorgung der Naturschützer wird gewährleistet. Außerdem sollen in der Stopfenreuther-Au keine Veranstaltungen abgehalten werden.

Der ÖVP-Abgeordnete Walter Heinzinger tritt für eine Beruhigung des Konfliktes ein. Durch den Aufmarsch der Polizei gegen die Demonstranten steht für ihn nicht mehr das Kraftwerksprojekt im Vordergrund, sondern die demokratische Gesinnung. Das Volksbegehren soll abgewartet werden.

Die Volkspartei bringt im Nationalrat einen Entschließungsantrag zu Hainburg ein. Robert Graf fordert die Regierung zu folgenden Maßnahmen auf. Das Volksbegeheren soll abgewartet werden, eine Hainburg-Konferenz soll eingerichtet werden und bei einem etwaigen Bau soll ein begleitendes Kontrollsystem zum Einsatz kommen.

In den beiden folgenden Tagen gibt es keine Presseaussendungen der Parteien, dafür aber eine Fülle von Artikeln in der Kronenzeitung. So berichtet diese u.a. am 14. Dezember von einer Abhöraffäre. Die Behauptung wird

(75) Presseaussendung der SPÖ am 13.12.1984

aufgestellt, daß in Stopfenreuth alle Telefone überwacht werden. Weiters erscheint ein ausführliches Interview mit der verletzten Siebzigjährigen von Erich Schönauer.

Die Krone berichtet von einem weiteren Zustrom der Demonstranten in die Au. Die Zufahrtswege werden zwar von der Gendamerie blockiert, trotzdem gelingt es immer wieder Naturschützern in die Au zu gelangen. Die Blockade wird für Lebensmitteltransporte aufgehoben. Die Besetzer werden von der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln unterstützt.

Der "letzte" Bericht an diesem Tag befaßt sich mit dem Stand der Verhandlungen. Die Situation wird von Dieter Kindermann als festgefahren beschrieben. Die Umweltschützer fordern einen Aufschub bis zum Volksbegehren, das Abwarten der höchstgerichtlichen Entscheidungen und die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Regierung beharrt auf dem Bau, bietet aber den Initiatoren des Volksbegehrens ein Mitbestimmungsrecht in einer Ökologiekommission an, die den Bau überwachen soll.

Am 15. Dezember wird über internationale Proteste berichtet. Es geht um den Bruch des Ramsar-Abkommens. Friedrich Graupe schreibt über Petitionen von schweizer und deutschen Umweltschützern an deren Parlamente, die eine Behandlung des Themas Hainburg vor der UNEP erreichen wollen.

Erhard Busek legt neue Gutachten vor, die die Gefährdung des Wiener Trinkwassers belegen sollen. Das geplante Grundwasserwerk Donau-Insel Nord kann nach diesen Angaben nicht rechtzeitig fertiggestellt werden. Busek übt sich im Prophetentum und kündigt anstatt eines Donauaufstaues eine Kloake an. SP-Umweltstadtrat Braun gibt eine neuerliche Garantieerklärung für das Wiener Trinkwasser ab.

Friedrich Graupe versucht der Regierung einen weiteren Verfahrensmangel nachzuweisen. Am 16. Dezember berichtet er über fehlende Baubewilligungen der DOKW bei den Gemeinden. Das Konrad-Lorenz-Komitee versucht nun bei den Gemeinden eine Parteistellung zu erlangen. Diese wurde ihnen vom Bürgermeister von Petronell-Carnuntum zuerkannt. Graupe fordert die Donaukraftwerke AG rethorisch auf, die nötigen Baubewilligungen einzuholen.

Dieter Kindermann schlägt als Lösung für den Hainburg-Konflikt die Abhaltung einer Volksabstimmung vor. Zur Bekräftigung zitiert er Aussagen von Bundespräsident Kirchschläger und Kardinal König.

Ein weiterer Bericht beschäftigt sich mit dem Ablaufen des "Waffenstillstandes". Die Gendamerieeinheiten sollen durch ca. 400 Polizisten aus Wien verstärkt werden. Diese Beamten unterstehen direkt dem Innenminister. Der Reporter ortet Zweifel bei den eingesetzten Beamten, ob sie bei dieser Aktion auf "der richtigen Seite" stehen.

Die Naturschützer sprechen von Einschüchterungsversuchen und wollen auf jeden Fall die Besetzung der Au aufrecht erhalten. Zu einem Eklat kommt es bei einem Auftritt von Bundeskanzler Sinowatz in der TV-Sendung "Wetten, daß ...?". "Um 20.50 Uhr liefen Umweltschützer der Organisation Greenpeace vor die Kameras und versuchten ein Transparent mit der Aufschrift "Rettet die Wachau und die Donauauen" zu entrollen." (76) Die europaweite Relevanz des Problems sollte dargestellt werden.

Der freiheitliche Umweltsprecher Fritz Probst spricht seinen Respekt gegenüber den Umweltschützern aus. Er empfindet aber den Schutz des gesamten Waldbestandes Österreichs als vorrangig, gegenüber dem Schutz von 4,6 Prozent Auwald. Die Kraftwerksgegner sollten eine Stimme im begleitenden Kontrollorgan erhalten. Probst warnt vor ausländischer Infiltration und dann wörtlich: "Man muß auch zwischen solchen Aktivisten unterscheiden, die langsam in Verdacht geraten, aus dem Idealismus echter Naturschützer politisches Kapital schlagen zu wollen, und nur auf eine günstige Absprungbasis für eigene politische Absichten warten, und den vielen Tausenden, denen Hainburg, wenn auch teilweise aus Fehlinformationen, ein echtes Herzensanliegen ist." (77)

Am 17. Dezember postuliert die Krone eine Regierungskrise. Unterschiedliche Auffassungen von Innen-

(76) Neue Kronenzeitung am 16.12.1984
(77) Presseaussendung der FPÖ am 16.12.1984

minister Blecha (SPÖ) und Justizminister Ofner (FPÖ) in Bezug auf die Stellung der Demonstranten werden erläutert. Der Innenminister sieht - nach den gescheiterten Verhandlungen - in der Räumung der Au den letzten Ausweg; für ihn handeln die Besetzer gesetzwidrig. Ofner hingegen warnt vor einer Kriminalisierung.

Ein vierseitiger Bericht erscheint über einen ökumenischen Gottesdienst. Etwa hundert Bauern demonstrieren mit einer "Traktorenprozession" ihre Solidarität mit den Naturschützern. Sie werden jedoch einige Kilometer vor Stopfenreuth von der Gendamerie aufgehalten. Es wird besonders hervorgehoben, daß gerade Advent ist. Die Zahl der Umweltschützer stieg auf ca. 5.000 Menschen an. In dieser Ausgabe wird aus einem Papier der Besetzer zitiert, wie sich diese im Fall eines Zusammenstoßes mit der Exekutive verhalten sollen. "Wir leisten hier gewaltfreien Widerstand gegen die rechtswidrige Rodung der Au. Unser ziviler "Ungehorsam" ist unser letztes demokratisches Mittel, einen Bauaufschub zu erwirken. Wir wollen keine Schlacht mit der Polizei. Die Beamten sind nicht unsere Feinde. Bewahrt Ruhe und vermeidet jede Tätlichkeit gegen die eingesetzten Beamten !" (78) Die Exekutive sondiert wie viele Besetzer über Nacht ausharren.

(78) Neue Kronenzeitung am 17.12.1984

Die Sozialistische Korrespondenz "zitiert" einen Artikel der Zeitschrift "Welt der Arbeit". Darin wird der Kronenzeitung vorgeworfen 2,3 Millionen Schilling - als Darlehen - an das Konrad-Lorenz-Volksbegehren weitergeleitet zu haben. Die Zeitschrift stellt zum Schluß die rethorische Frage, ob das Engagement der Krone nur auf eine Erschließung jugendlicher Leserschichten zurückzuführen ist.

Der Pressedienst der Volkspartei veröffentlicht einen Drei-Punkte-Friedensplan, ausgearbeitet von Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock. Die Grundforderungen sind: 1. Abwarten des Volksbegehrens und der höchstgerichtlichen Entscheidungen 2. Beendigung der Aubesetzung 3. Etablierung einer Hainburg-Konferenz. Eine Nachdenkpause soll den Weihnachtsfrieden sichern.

Busek schließt sich den Aussagen des Bundesparteiobmann inhaltlich an. Er fordert aber zusätzlich den Wiener Bürgermeister Zilk auf zur Trinkwassersituation Stellung zu beziehen. Busek verwehrt sich gegen die Aussagen des Innenministers in der Au würden Rechtsradikale und Anarchisten demonstrieren. Und weiter wörtlich: "Blechas Politik ist gescheitert, er müßte eigentlich zurücktreten." (79)

(79) Neue Kronenzeitung am 18.12. 1984

Walter Grabher-Meyer (FPÖ) ruft zur Besonnenheit auf. Er hält das Kraftwerk, aber nach wie vor für notwendig. Er widerspricht dem Argument, daß im Winter nur eine geringe Strommenge produziert werden kann. Der lieferbare Strom belaufe sich im Winter auf 50 Prozent der Sommerproduktion. Der Volkspartei wirft er vor nicht auf der Seite des Rechtsstaates zu stehen.

Am 18. Dezember erscheinen in der Krone fünf Artikel zu Hainburg. Der umfangreichste beschäftigt sich mit dem Beginn der Räumungsaktion. Die Zahl der Demonstranten wird auf 3.000 geschätzt. Die Polizeiaktion beginnt um vier Uhr früh. Die Naturschützer bilden Menschenketten. Die Rodungen finden in einem Gebiet unterhalb der Donaubrücke statt. Zum Schutz der Arbeiter wird ein Stacheldrahtzaun errichtet. Einige Besetzer versuchen die Bäume mit ihren Körpern zu schützen - andere errichten auf der Donaubrücke eine menschliche Barrikade. Die Exekutive erhielt Verstärkung um die Rodungsarbeiten doch noch zu ermöglichen. Die Aktion wird beendet, da die Zahl der Demonstranten zu groß ist. Einige der Wissenschaftler die negative Gutachten erstellt haben, nehmen an der Aubesetzung teil.

Ein weiterer Bericht befasst sich mit den Aussagen von Vizebürgermeister Busek und gibt im wesentlichen wieder, was in der Presseaussendung vom 17.12.1984 steht (siehe oben). Peter Gnam sieht einen gefährlichen Konflikt zwischen Arbeitern und Studenten aufkeimen, der zum "Krieg" ausarten könnte.

Er berichtet über die Gewerkschaftsgegendemonstration im Arbeiterkammersaal von Hainburg. Er zitiert einen Redner wie folgt: "Ein paar tausen Wirrköpfe werden nicht zerstören, was wir aufgebaut haben. Wir lassen uns nicht daran hindern, zu arbeiten, und wir beugen uns nicht dem Druck einer Minderheit." (80)

Der Artikel besteht aus reiner Schwarz-Weiß-Malerei. In der Au, die guten, braven Studenten, die sich für die Rettung der Natur einsetzen. Auf der anderen Seite die Arbeiter, in Form von Gewerkschaftern, die Recht und Ordnung mit Gewalt widerherstellen wollen. Der logische Schluß ist für Peter Gnam ein drohender "Krieg". "Vielleicht sogar einen blutigen (Krieg Anm.d.Verf.) zwischen Arbeitern und Studenten, weil keine der beiden Seiten aufzugeben bereit ist." (81)

Dieter Kindermann tritt für einen Weihnachtsfrieden ein und erläutert den Vorschlag von Alois Mock.

Innenminister Blecha erklärt in einer Pressekonferenz, daß er für den Beginn des Baues ohne Waffengewalt eintritt. Bei der Rodungsaktion am Vortag haben die Demonstranten nicht nur passiven Widerstand geleistet. Für Blecha ist eine Räumung der Au ohne Waffengewalt unmöglich. "Meldungen über den Einsatz von Wasserwerfern oder Panzerspähwagen seien absurd, weil es solche Fahrzeuge in Österreich gar nicht gäbe." (82) Die Zahl

(80) Neue Kronenzeitung am 18.12.1984
(81) siehe (80)
(82) Presseaussendung der SPÖ am 18.12.1984

der Besetzer beläuft sich auf 3.000 bis 4.500. Der Nahrungsmittelnachschub wurde unterbunden. Und zwar mit der Begründung, die Regierung wolle das rechtswidrige Verhalten der Demonstranten nicht unterstützen.

Blecha weist die Kritik von Justizminister Ofner, die friedlichen Besetzer würden kriminalisiert, scharf zurück. Außerdem beharrt er auf dem Standpunkt, die Demonstranten würden durch Ausländer verstärkt.

Ebenfalls am 18. Dezember nimmt der ÖVP-Generalsekretär Dr. Michael Graff zum "Mock-Friedensplan" Stellung. Für ihn sprechen drei rechtliche und zwei politische Gründe für die Verwirklichung des Kompromißvorschlages.

Als rechtliche Gründe führt er das Fehlen von Detailbewilligungen und der Baubewilligungen, so wie der höchstgerichtlichen Urteile an. Auf der Ebene der Politik soll eine Konfrontation zwischen Arbeitern und Naturschützern unterbunden werden, außerdem ist das Volksbegehren zu respektieren. All diese Argumente sprechen laut Graff für einen Rodungsaufschub.

Der Meinung von Graff schließt sich die Bundesleiterin der ÖVP-Frauenbewegung, Dr. Marilies Flemming, in einer eigenen Aussendung vollinhaltlich an.

In einer Aussendung des Wiener Pressedienstes meldet sich Marga Hubinek zu Wort: "Wenn Sinowatz nicht in der Lage ist, eine Konfrontation zwischen Hainburggegnern und Befürwortern zu verhindern, soll er zurücktreten." (83)

(83) Presseaussendung der ÖVP am 18.12.1984

Das Bundespräsidum der FPÖ bekennt sich nach wie vor zum Bau von Hainburg. In der Aussendung wird vor radikalen, ausländischen Elementen gewarnt, die gegen die Verfassung und den Rechtsstaat vorgehen wollen.

Die Lage spitzt sich am 19. Dezember weiter zu. Die Krone titelt: "Au ist Sperrgebiet: Polizei bereitet die Räumung vor" In dem Artikel ist von 1.000 Exekutivbeamten die Rede. Die niederösterreichische Landesregierung erklärt die Au zum Sperrgebiet und droht mit einer Geldstrafe von 3.000 Schilling oder zwei Wochen Arrest. Der Wiener Rechtsanwalt Dr. Wille plant Innenminister Blecha, wegen dessen Plan die Lebensmittelzufuhr in die Au zu stoppen, beim Verfassungsgerichtshof auf Bruch der Menschenrechtskonvention zu verklagen. Die Naturschützer sind weiterhin entschlossen passiven Widerstand zu leisten.

Dieter Kindermann schreibt über einen ersten Schritt zur Beruhigung der Situation. Die geplante Gewerkschaftsgegendemonstration, an der 30.000 Arbeiter teilnehmen wollten, wurde nach einem Gespräch zwischen Bundeskanzler, Innenminister und ÖGB-Präsident Benya abgesagt.

Bundeskanzler Sinowatz wird zitiert. Er spricht von militärischen Strategien der Besetzer und von einem Kinderkreuzzug. Für ihn sind die Demonstranten "gesetzeswidrige Besetzer, Okkupanten und Belagerer".

Während die Bundesregierung von mehreren Seiten scharf kritisiert wird und die Opposition sogar ihren Rücktritt fordert, veröffentlicht die Sozialistische Korrespondenz am 19. Dezember mehrere Solidaritätserklärungen. Das Vorgehen der Regierung begrüssen u.a.: das Landesparteipräsidium der SPÖ-NÖ, die Naturfreunde, der Landesparteivorstand der SPÖ-Oberösterreich, die SPÖ-Ottakring, die Initiativgemeinschaft Sozialistischer Wirtschaftsstudenten (ISW); Die Naturfreunde kritisieren die Hainburggegner, weil diese durch ihren "grünen Militarismus", die restlichen Umweltschützer in Österreich diffamieren.

Die SPÖ-Ottakring richtet ein Protestschreiben an den Herausgeber der Kronenzeitung Hans Dichand. "Ihr sonntäglicher Artikel zum Thema Hainburg löste bei der außerordentlichen Bezirksausschußsitzung der SPÖ-Ottakring helle Empörung aus. Auch wenn sie zum Thema Hainburg aus verschiedenen Gründen eine andere Meinung vertreten als die Bundesregierung, scheint es uns nicht möglich, deswegen demokratische Institutionen insgesamt in einer Weise zu diffamieren, die schon einmal das österreichische Volk in tiefstes Unglück gestürzt hat." (84)

Bürgermeister Zilk verwehrt sich gegen die Ausdrucksweise in der Hainburg-Diskussion. Für ihn ist die Einleitung

(84) Presseaussendung der SPÖ am 19.12.1984

eines Friedensprozesses deshalb nicht notwendig, da in Österreich kein Kriegszustand bestehe. Außerdem hebt er das vorbildliche Verhalten der Exekutive hervor, die friedlich und gewaltlos agiert.

Der SPÖ-Zentralsekretär Peter Schieder spricht von neuen Provokationen der Umweltschützer. Denn während die Gewerkschafter aus Vernunftgründen auf ihre Demonstration verzichten, rufen die Initiatoren des Volksbegehrens zu einer Großdemonstration in Wien auf.

Im Gegensatz zu den anderen besprochenen Medien nimmt der ÖVP-Pressedienst am 19. Dezember Stellung zu den Ereignissen dieses Tages (siehe Zeittafel). Der Wiener Stadtrat Dr. Jörg Mauthe bezeichnet den Polizeieinsatz in der Au (die Räumung soll mit Gewalt durchgesetzt werden) als einen Tag der nationalen Schande. Zusammen mit dem Gemeinderat Hawlik verbrachte er die Nacht in der Au. Sie beschreiben den Einsatzbeginn: "... zuerst seien Einheiten der Kobra losmarschiert, dahinter die Bagger und schließlich Polizeieinheiten mit Hunden." (85)

Dr. Marga Hubinek macht die Regierung für die Eskalation verantwortlich und fordert deren Rücktritt. Von Innenminister Blecha verlangt sie das sofortige Ende der "Schlägeraktionen der Polizei".

Heribert Steinbauer, Mediensprecher der ÖVP, will eine Untersuchung über die Behinderung von Journalisten. Diese

(85) Presseaussendung der ÖVP am 19.12.1984

seien mit Gewalt daran gehindert worden ihrer Informationspflicht nachzukommen. Dadurch ist die Ausübung demokratischer Grundrechte verhindert worden.
Sowohl der Umweltsprecher Walter Heinzinger, als auch die VP-Landeshauptleute sprechen sich dafür aus den Mock-Friedensplan in Kraft treten zu lassen.
Die Bezeichnung der "Krieg in der Au" stammt von den Ereignissen des 19. Dezember. Die Exekutivbeamten gehen dabei gewaltsam gegen Demonstranten vor - die Berichterstattung erfolgt am 20. Dezember.
Die Ereignisse sind für die Krone-Redakteure so wichtig, daß sie damit ihr Titelblatt füllen. Es wird ein Bild gedruckt, auf dem ein Demonstrant mit einem Gummiknüppel attakiert wird - dazu die Überschrift: "Die Schande von Hainburg" Die Berichterstattung erstreckt sich über acht Seiten. Der erste Artikel befaßt sich mit der spontanen Demonstration von 20.000 Menschen auf dem Wiener Heldenplatz, die ihrer Empörung über die Polizeiaktion Luft machen. Der VP-Abgeordnete Steinbauer wird mit seiner Aussage über die Behinderung der Jounalisten zitiert.
Peter Gnam bringt einen "Stimmungsbericht" über die Lage der SP-Funktionäre: Bei den Jungsozialisten ortet er Entsetzen, während in höheren Funktionärskreisen auf einer Fortsetzung der Rodungen beharrt wird. Die Beteiligung von Rechtsextremen an der Au-Besetzung wird von Regierungsseite immer wieder hervorgehoben.

Der Hauptbericht - ergänzt durch neun, zum Teil großformatigen, fotos - beschreibt das Vorgehen der Polizei bei der Räumungsaktion. Die Krone verwendet Ausdrücke wie Härte und Brutalität und spricht von etwa 1.000 Beamten. Im Original hört sich dieser "Kriegsberichterstattungsstil" so an: "Uniformierte mit Schlagstöcken und Vollvisierhelmen droschen auf wehrlose Frauen und Männer ein, die den "Baummord" verhindern wollten. Sogar die Antiterror-Truppe "Kobra" wurde gegen unbewaffnete Naturschützer eingesetzt." (86)

Es wird von zwölf verletzten Umweltschützern und ca. 50 Verhaftungen gesprochen. In einem besonderen Hinweis wird betont, daß sich auch Journalisten unter den Opfern befinden. Dann erst kommt die Angabe über sechs verletzte Exekutivorgane. Der Rest des Artikels ist ein Augenzeugenbericht der Krone-Reporter. Es werden dabei nicht objektiv die Ereignisse geschildert, sondern nur die subjektiven erlebnisse der Kronemitarbeiter niedergeschrieben, die sich voll und ganz mit den Naturschützern identifizieren. Hier nun einige Auszüge: "Innerhalb weniger Augenblicke verwandelt sich die von Nebelschwaden verhüllte, feuchtkalte Waldlandschaft in einen Hexenkessel." (87) Und etwas weiter im Text: "Wie eine Dampfwalze rollt die uniformierte Menschenmauer

(86) Neue Kronenzeitung am 20.12.1984
(87) siehe (86)

durch die Au neben und unter der Donaubrücke." (88) In diesem Bericht ist gegen Ende von 40 festgenommenen Domonstranten die Rede, während am Beginn die Zahl der Verhafteten mit 50 angegeben wird. Am Schluß kommen dann wieder sachlichere Angaben. Wie es weitergehen soll ist noch unklar, eine Rücktrittsaufforderung an die Regierung wird in diesem Bericht nicht ausgesprochen.

Der Zentralsekretär der SPÖ, Peter Schieder, erklärt die Räumungsaktion als einen Akt zum Schutz des Rechtes. Er spricht in diesem Zusammenhang auch von der Schwierigkeit, die Demonstranten zu überzeugen, da diese Symbolen folgen und nicht komplexen Zusammenhängen. Dann Schieder wörtlich: "Im Fall von Hainburg sei sicherlich demokratisch vorgegangen worden, da von gewählten Repräsentaten des Staates und des Landes Niederösterreich auf der Grundlage der Gesetze entschieden wurde." (89) Die Zeitungen kritisiert er, nicht objektiv zu berichten.

Der NÖ-Landtagsabgeordnete Hermann Lechner spricht von einer Verführung der Jugend. Diese sei gegen den Rechtsstaat aufgehetzt worden. Dr. Nenning und Frau Meissner-Blau müssen deshalb die Verantwortung für die Situation übernehmen. "Auch manche Medien haben aus wirtschaftlichen oder politischen Interessen eine Kampagne entfacht, die den sozialen Frieden gefährdet und

(88) siehe (86)
(89) Presseaussendung der SPÖ am 20.12.1984

die Jugend in die Irre führt." (90) Zum Schluß warnt er noch vor einem Fall in die Anarchie, wenn sich die Bürger nicht an die Gesetze halten.

Der Abgeordnete Fritz Hochmair fordert DDr. Günther Nenning auf sich die ÖGB-Statuten näher anzusehen. Er soll seine Mitgliedschaft beim ÖGB aufgeben, wenn er weiter dessen Zielen entgegenarbeitet. In der Sozialistischen Korrespondenz erscheinen an diesem Tag keine Aussagen von Regierungsmitgliedern. Die erwarteten Stellungnahmen von Bundeskanzler Sinowatz und Innenminister Blecha fehlen gänzlich.

Der Bundesparteivorstand der ÖVP reagiert mit Betroffenheit auf das Vorgehen der Regierung. Dieses Gremium erhebt die Forderung, den Mock-Friedensplan sofort umzusetzen. Der Weihnachtsfriede soll gesichert werden.

Die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG) weist darauf hin, daß das Demonstrationsrecht zwar ein Grundrecht ist, sich aber die Demonstranten trotzdem an bestehende Gesetze halten müssen. Ein Aufruf zur Besonnenheit ergeht an alle Beteiligten. Außerdem appelliert der FCG an Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger versöhnend einzugreifen.

Vizebürgermeister Busek kritisiert Bürgermeister Zilk wegen dessen Schweigen im Fall Hainburg. Der Bundespartei

(90) siehe (89)

obmann Mock erläutert nochmals ausführlich seinen Friedensplan.

Am 21.12. berichtet Peter Gnam von einem Friedensappell von Kardinal König. Die Ereignisse sollen in einer weihnachtlichen Pause neu überdacht werden.

Die etwa 1.000 bis 1.500 Personen, die noch immer in der Au ausharren, haben neue Barrikaden errichtet. In diesem Bericht ist von 44 Verhafteten die Rede, die nach der Aufnahme ihrer Personalien wieder freigelassen wurden, die Rede. Die "Krone" hat also in der Beziehung drei unterschiedliche Angaben, innerhalb von zwei Tagen gemacht.

Bundeskanzler Sinowatz kündigt einen Weihnachtsfrieden bis 3. Jänner 1985 an. Die Rodungen werden bis zu diesem Zeitpunkt ausgesetzt. Sinowatz ist von der Notwendigkeit Hainburg zu bauen nach wie vor überzeugt. Er betont die strengen Umweltauflagen die es bei diesem Projekt gibt und das nur 4 % des Auwaldes zerstört werden. Der Bundeskanzler bezeichnet die Besetzung als gewaltsam. Er kritisiert die Medien, da diese die Demonstranten zu Helden gemacht haben. "In Wirklichkeit aber seien die Helden die österreichischen Arbeitnehmer, die alles unternommen haben, um den sozialen Frieden nicht zu gefährden." (91)

Der Abgeordnete Josef Cap begrüßt die Entscheidung des

(91) Presseaussendung der SPÖ am 21.12.1984

Bundeskanzlers. Die Nachdenkpause soll genutzt werden um die strittigen Punkte einer sachlichen Prüfung zu unterziehen. Für ihn wäre eine Volksabstimmung eine Möglichkeit um die Situation zu klären.

In einer Aussendung der VP meint der Abgeordnete Graff "Baggersozialismus darf nicht zu Prügelsozialismus werden." (92) Er tritt dafür ein, die Rodungen bis zu den höchstgerichtlichen Entscheidungen aufzuschieben.

Dr. Marilies Flemming begrüßt den verkündeten Weihnachtsfrieden des Bundeskanzlers. Er habe sich dabei teilweise des Mock-Friedensplanes bedient, es sei wünschenswert, wenn die Regierung nun den gesamten Vorschlag umsetzen würde.

Die VPÖ-Wien erstellt einen Forderungskatalog, in dem sie unter anderem Innenminister Blecha zum Rücktritt auffordert und eine Ablöse der Gewerkschaftsführung verlangt. Eine Volksabstimmung oder ein Volksbegehren sollen durchgeführt werden, die Aubesetzer entkriminalisiert und die Diskussion wieder aufgenommen werden.

Die FPÖ ruft alle Beteiligten auf, den Weihnachtsfrieden einzuhalten. Eine Lösung des Problems sei nur durch den Verzicht auf passive und aktive Gewalt möglich. In dieser Nachdenkpause sollen die Verhandlungen weitergeführt werden.

(92) Presseaussendung der VPÖ am 21.12.1984

In den nächsten Tagen setzt die Krone ihre Lokalberichterstattung fort und von den Parteien werden altbekannte Argumente wiederholt (weiterer inhaltlicher Ablauf siehe Zeittafel).

Im Dezember gibt es kaum neue Argumente. Die Fronten sind völlig verhärtet. Die verschiedenen Medien üben gegenseitig Kritik aneinander. Die personelle Debatte bezieht sich nun hauptsächlich auf Innenminister Blecha und Bundeskanzler Sinowatz. Die Krone und die Opposition fordern deren Rücktritt, besonders nach den Ereignissen am 19. Dezember, während vor allem von Seiten der SPÖ Solidaritätserklärungen abgegeben werden. Die Form der Berichterstattung beleibt bei den Presseaussendungen der Parteien gleich. Die Kronenzeitung bedient sich nun vermehrt einer Form der "subjektiven" Lokalberichterstattung. Es werden viele Stimmungsberichte verfaßt aus denen die Meinung der Autoren recht deutlich hervorgeht. Kritik an dieser Berichterstattung kommt lediglich von den Sozialisten.

6.5. Bilanz 1984

In diesem Kapitel soll nochmals zusammengefaßt werden, wie die Diskussion um Hainburg verlaufen ist. Die Frage eins lautet: Welche Argumente werden verwendet ? Die Naturschützer treten für die Rettung des Auwaldes ein.

Die Opposition betont immer wieder folgende Punkte für den möglichen Bau von Hainburg: keine Gefährdung des Grundwassers im Marchfeld un der Wiener Trinkwasserreserven, Schutz der Heilquellen von Deutsch-Altenburg und Schonung des Auwaldes. Die Krone ergänzt diese Punkte noch durch die Prüfung der Wasserqualität des Donauwassers. Weiters wird immer wieder auf das Ramsar-Abkkommen und das Berner Artenschutzabkommen hingewiesen. Ausführlich wird auch das Niederösterreichische Naturschutzgesetz behandelt, die Krone argumentiert einmal sogar mit dem Niederösterreichischen Jagdgesetz.

Die Regierung bekennt sich immer wieder zur Wasserkraft als die sauberste Energiequelle. Sie stellt Hainburg als ein Mittel gegen das Waldsterben dar, da dadurch kalorische Kraftwerke geschlossen werden können. Im Lauf der Diskussion wird auch mit der Rettung der Au vor der Austrocknung argumentiert. In der Schlußphase der Debatte weisen die verantwortlichen Politiker immer wieder auf die, im Bescheid enthaltenen, Umweltschutzauflagen hin und betonen, daß zur Verwirklichung des Projektes nur vier Prozent des Auwaldes zerstört werden, während der Rest erhalten wird.

Die Frage zwei die ich mir gestellt habe war: Gibt es eine einheitliche Argumentationslinie ? Alle Beteiligten Akteure halten an ihrer Grundeinstellung fest. Die Krone startet die Kampagne "Rettet die Auen" bereits 1983. Die Regierung hat den Bau des Großkraftwerkes in ihrer Regierungserklärung verankert. Die Naturschützer treten

nicht als einheitliche Gruppe auf, die "Führer" aber verfolgen konsequent eine Linie des gewaltfreien Widerstandes um das Kraftwerk auf jeden Fall zu verhindern.

Die Fragen drei und vier der Analyse beschäftigen sich mit der Form der Diskussion. Es geht um die Veränderung der Sachargumente, Wiederholung von altbekannten oder immer wieder Neues, und die Setzung von bestimmten Schwerpunkten. Im Großen und Ganzen verwenden beide Seiten immer wieder die selben Argumente, mehr oder minder differenziert. Besonders die Kronenzeitung verfolgt die Strategie, die gleichen Aussagen ständig zu wiederholen - daher auch die Flut von Berichten (von Friedrich Graupe erscheinen etwa 300 Artikel während der Kampagne) - und diese durch die Zitation verschiedener Experten zu belegen. Die Parteien agieren die meiste Zeit mit Schlagworten. Die Schwerpunkte werden auf beiden Seiten gleich gesetzt: Schutz des Auwaldes, Einhaltung der Gesetze und ein Bekenntnis zum Naturschutz. Die Beteiligten operieren mit den gleichen Sachbereichen um den Beweis für oder gegen den Bau zu erbringen.

Sind die Aussagen einheitlich oder gibt es unterschiedliche Strömungen - sprich Parteidisziplin, Blattlinie ? , war die letzte Frage mit der ich mich im Rahmen der Zeitablaufanalyse beschäftigen wollte. Bei der Krone kann von einer einheitlichen Kampagne gesprochen werden. Die Blattlinie wurde über ein Jahr konsequent

durchgezogen, Argumente für das Kraftwerk erschienen nur sehr wenige.

Bei der SPÖ gibt es eine Spaltung der Partei in Befürworter und Gegner. Die Regierung und die hohen Funktionäre treten für die Verwirklichung des Projektes ein. Die Jugendorganisationen sind verbal gegen den Bau, beteiligen sich aber nicht am Volksbegehren und nehmen auch offiziell nicht an der Aubesetzung teil.

Die zweite Regierungspartei, die Freiheitlichen, melden sich eher selten zu Wort. Ihr Auftreten ist nach außen hin geschlossen, während es laut Zeugenaussagen interne Auseinandersetzungen gab, die sich vor allem um die Person des Parteiobmannes, Vizekanzler und Energieminister, Steger drehten. Die FPÖ wiederholt mehrmals ihr Bekenntnis zur Wasserkraft als sauberste Energiequelle und die Achtung der Gesetze.

Die Volkspartei engagiert sich stark in der Hainburg-Diskussion. Ihr Parteiobmann Mock agiert eher zurückhaltend, ebenso wie der niederösterreichische Landeshauptmann Ludwig. Der Wiener Vizebürgermeister Busek profiliert sich als heftiger Kritiker, von ihm stammen auch die Aufforderungen zum Rücktritt von Bundeskanzler und Innenminister.

Die Reaktionen der Hauptbeteiligten, der Donaukraftwerke AG, sind eher mager. Im gesamten werden nur acht Presseaussendungen verfaßt. Die Durchsetzung ihrer Interessen überläßt die DOKW der Regierung.

Im nächsten Kapitel soll die Schilderung der Ereignisse, durch Experteninterviews ergänzt werden. Dabei soll u.a. auch die Frage geklärt werden warum die Regierung schließlich nachgegeben hat. Wichtig ist auch die weitreichende Bedeutung von Hainburg für die österreichische Umweltpolitik seit 1984.

7. Experteninterviews

Zur Beantwortung einiger Fragenkomplexe, die durch die Analyse der schriftlichen Quellen alleine nicht ausreichend geklärt werden konnten, habe ich einige Experteninterviews durchgeführt. In diesem Kapitel sollen diese Gespräche Punkt für Punkt aufgerollt und die Meinungen der Befragten zu jeder Frage, in Form von Zitaten gegenübergestellt werden.

Der erste Fragenkomplex beschäftigt sich mit der Aubesetzung. Wie die Befragten heute dazu stehen, ob sie sich wieder in der gleichen Art und Weise an dieser Aktion beteiligen würden und wie sie die Aubesetzung heute sehen. Zwei der Befragten, die nicht selbst in der Au waren, lehnen das Engagement ab beziehungsweise unterstellen den Aktivisten weiterreichende Ziele, als die Rettung der Au, alle anderen würden wieder in der Au ausharren. Günther Nenning charakterisiert die Aubesetzung so: "Positiv, nachahmenswert, unterdessen ungezählte Male nachgeahmt, der Archetyp, das Urbild von Bürgerinitiative." (93) Der Leiter der Forschungsabteilung des WWF, Dr. Lutschinger, verteidigt nicht nur das Engagement der Aktivisten, sondern auch die eingesetzte Emotionalität, die für ihn zu diesem ethisch und moralisch wichtigen Anliegen dazugehört. Für ihn kam es zur Aubesetzung, weil "... viele Erwachsene,..., haben das Gefühl gehabt, hier wird das Recht gebrochen und wir

(93) Interview mit DDr. Günther Nenning am 25.3.1992

müssen uns für den Rechtsstaat einsetzen. Das Gefühl der Leute für die doppelte Situation, daß man sagt, es gibt Gesetze, es gibt Recht und das Recht wird, weil es politisch oportun ist, gebrochen oder gebogen, oder wie auch immer." (94)

Ganz anders sieht, Dr. Cap, der sich selbst als Skeptiker und Kritiker des Projektes bezeichnet, die Ursachen für die Aubesetzung. Zum Einen sei es ein Fehler gewesen, das Kraftwerk Hainburg in die Regierungserklärung aufzunehmen, da dadurch die Diskussion um den Bau zu einer parteipolitischen Auseinandersetzung wurde. Zum Anderen führt er verschiedene Motivationen der Hainburggegner an: "Da waren diejenigen, die wirklich diesen Bau nicht wollten, diejenigen die das einfach als Gelegenheit ansahen eine grüne Partei zu gründen, da waren diejenigen, die aus gesellschaftspolitischen Überlegungen gegen Hainburg waren, um die Entscheidungsverantwortlichen dafür, Regierung, Gewerkschaften, Sozialpartner, Wirtschaft, politisch zu schwächen, dann waren die, die mobil machten gegen die rot-blaue Koalition, dann waren diejenigen, wie die Kronenzeitung, die das aus zielgruppenorientierten Überlegungen machten, weil sie einfach jüngere Leser damit gewinnen wollten und die auch dann

(94) Interview mit Dr. Gerhard Lutschinger, Leiter der Forschungsabteilung des WWF, am 26.3.1992

dieses Volksbegehren unterstützt haben." (95)

Auch einen Repräsentanten der zweiten damaligen Koalitionspartei, ein gewähltes Mitglied des Bundesvorstandes der FPÖ, habe ich befragt. Er hält den Aktivismus rund um Hainburg für einen Zeittrend. Sein Eingangsstatement: "Die Aubesetzung habe ich eigentlich für sinnlos gehalten, ich halte sie auch heute noch für sinnlos,..., weil sie im Endeffekt nichts gebracht hat, weil wir jetzt ein paar Kilometer weiter unten und ein paar Kilometer weiter oben ein Kraftwerk haben und hier eigentlich nur um politisches Kleingeld ein gewisser Aktivismus gezeigt wurde." (96)

Für Frau Meissner-Blau: "..., war es das positivste Aktionserlebnis, daß ich hatte in einem langen Leben der Aktivitäten, es war nicht planmäßig organisiert, sondern es ist aus der Situation heraus gehandelt worden und optimal gehandelt worden mit einem unerhörten Einsatz von einer Reihe von Leuten." (97) Angesprochen auf das sehr emotionelle Auftreten der Aubesetzer sagt sie u.a. folgendes: " ..., denn auch die, die Kraftwerke bauen tun das mit Emotion, das ist eine Frage ihrer Identifikation, sie wollen sich durchsetzen, sie wollen was Großes hin-

(95) Interview mit Dr. Josef Cap am 1.4.1992
(96) Dieser Interviewpartner möchte nicht namentlich genannt werden. Er ist im Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender tätig und gewähltes Mitglied im Bundesvorstand. Interview am 30.4.1992
(97) Interview mit Freda Meissner-Blau am 30.4.1992

setzen, sie wollen Profite machen, sie wollen die Donau verändern, sie wollen die Natur verändern, und die Menschen, die dagegen angerannt sind, haben Angst um ihre eigenen Wurzeln gehabt, nicht nur Bäume haben Wurzeln, sondern auch Menschen haben Wurzeln in der Natur." (98)

Auch Friedrich Graupe, einer der Hauptverantwortlichen bei der Krone-Kampagne "Rettet die Au", er allein veröffentlichte zum Thema 330 Artikel, würde sich wieder engagieren, da die Sachfragen sich nicht verändert haben. Zum Ablauf der Aubesetzung befragt, bekam ich folgende Antwort: "Aus der heutigen Sicht würde ich sagen, es war genau der richtige Weg, der damals eingeschlagen wurde, den Politikern zu zeigen, das sie nicht alles tun sollen und tun dürfen, was sie auch tun wollen." (99)

Im mainstream der Aussagen liegt auch Mag. Gerhard Heilingbrunner, der 1984 der Geschäftsführer des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens war, wenn er sagt: "Wir haben dazumals auch nicht von vornherein die Besetzung geplant gehabt, das ist einfach ad hoc passiert, spontan passiert, man kann so etwas nicht generalstabsmäßig planen." (100)

Beim zweiten Fragenkomplex ging es um die Medienberichterstattung. Für mich war es interessant zu erfahren,

(98) siehe (97)
(99) Interview mit Friedrich Graupe, Umweltjournalist der Neuen Kronenzeitung, am 7.5.1992
(100) Interview mit Mag. Gerhard Heilingbrunner am 8.5.1992

warum sich die Krone für die Rettung der Au so massiv engagiert hat. Bei diesen Fragen kommen sehr unterschiedliche Antworten, wobei die meisten Befragten mehrere Vermutungen äußerten. Am häufigsten kam die Aussage, die Krone habe sich deshalb engagiert, da ihre Stammleserschaft zu überaltern drohte und durch die Kampagne, jüngere und gebildetere Leserschichten angesprochen werden sollten.

Herr Cap unterstellt den Medien allgemein, den Versuch gemacht zu haben, die kleine Koalition zu Fall zu bringen. Und dann weiters zur Rolle der NKZ: "Die Kronenzeitung hat aber überdies noch mobil gemacht, weil sie einfach, wie ich glaube, damals es durchaus begrüßt hätte, wenn eine grüne Partei sich entwickelt, weil das hätte auf alle Fälle die Sozialdemokratie, ihrer Meinung nach, geschwächt." (101)

Frau Meissner-Blau weist darauf hin, daß auch die Aktivisten nur Vermutungen darüber anstellen können, warum sich die Krone engagiert hat. Für sie steht dabei fest, daß die Kampagne sehr einseitig und nicht der Idee des objektiven Journalismus entsprechend geführt wurde, und weiter: "Sie hat es ja im Kronenzeitungsstil gemacht, das überraschende war ja eigentlich nur, na der übliche Kronenzeitungsstil, ob sie von einem vermutlichen Mörder

(101) siehe (95)

sprechen oder vom Baummord, ist das ja genau derselbe Stil, nur das Überraschende, daß sie einmal auf der Seite der Schwächeren waren, das ist ja sonst nie der Fall oder so gut wie nie der Fall." (102)

Die Befragte gibt auch noch zwei andere Theorien wieder, die fast alle Interviewpartner äußerten, ich möchte diese Aussage im Orginal widergeben: "Eine andere Variante für die Kronenzeitung war,..., daß auch ein Herr Dichand und eine Frau Dichand, denn das soll auch eine Rolle gespielt haben, durchaus einmal das Gefühl entwickeln kann, daß da etwas geschieht, was ein unwiderbringlicher Schaden ist. Ich würde das einfach auch zugestehen, dass da ein Einfluß ist. Das wurde natürlich sofort umgedreht, daß Herr Dichand Jagdgründe unten hat, meines Wissens nach ist das nicht bestätigt worden." (103)

Friedrich Graupe, als Insider, führt für die Aufnahme der Kampagne mehrere Gründe an. Einer davon läuft darauf hinaus, die Krone habe sich immer schon für den Umweltschutz eingesetzt, deshalb ist auch diese Kampagne nicht überraschend gekommen. Ein weiterer Beweggrund, war das Herantreten des WWF mit Informationen, an die Krone, über den geplanten Krafwerksbau und dessen ökologische Auswirkungen. Die Krone hat aus den Recherchen des WWF eine langfristige Kampagne erarbeitet. Über den langen

(102) siehe (97)
(103) siehe (97)

Zeitraum, Friedrich Graupe veröffentlichte 330 Artikel zu dem Thema, meint dieser: "Und da habe ich mir schon die Frage gestellt, ob ich die Leser damit nicht überfüttert und überfordert habe, es ist aus den damaligen Leserreaktionen auch hervorgegangen, daß man das Thema zu sehr strapaziert." (104) Dies habe kurzfristig zu finanziellen Einbußen geführt und langfristig den Vorteil einer Leserumschichtung gebracht. Auf die diversen Vorwürfe, z.B. das Jagdrevier des Herrn Dichand, angesprochen, reagiert Herr Graupe scharf: "Also das ist totaler Unfug, totaler Unfug, was damals, so durch die Berichterstattung gegeistert ist. Es war uns auch zu müßig diese Blödheiten zu dementieren, oder zu kommentieren usw., es ist uns nicht darum gegangen. Es ist uns darum gegangen, daß das verdammte Kraftwerk dort nicht hingehört." (105)

Auffallend bei der Analyse der Berichterstattung und der Presseaussendungen war die Zurückhaltung der Donaukraftwerke AG. Die Aussendungen sind, verglichen mit allen anderen Akteuren, minimalst. Auf der anderen Seite fand ich immer wieder Aussagen der Gewerkschaft und Reaktionen auf das Verhalten der Sozialpartner in allen schriftlichen Quellen, die meiner Arbeit zu Grunde liegen. Die Interviewfrage lautete deshalb, wie sahen Sie die Rolle der Sozialpartner und wie weit haben diese die Sache der Donaukraftwerke AG vertreten ?

Zu Beginn ein, die Situation charakterisierendes State-

(104) siehe (99)
(105) siehe (99)

ment, von Günther Nenning: "Die Sozialpartner waren eisern für den Kraftwerksbau und gegen die Bürgerinitiative Hainburg." (106)

Für Dr. Lutschinger hat Hainburg viele Aktivisten, u.a. ihn selbst, zu absoluten Gegnern der Sozialpartnerschaft gemacht. Seiner Ansicht nach wurde klar, daß es nicht um inhaltliche Fragen geht, sondern das die maßgeblichen Entscheidungen nicht von den gewählten Volksvertretern getroffen werden. Sein Schluß daraus: "Es ist transparent geworden, daß diese Schattenregierung existiert." (107)

Für Frau Meissner-Blau war der straff organisierte Gewerkschaftsprotest ein Ausdruck des gewerkschaftlichen Kurzfristdenkens. Besonders hebt sie, die verbalen Angriffe der Spitzenfunktionäre gegen die Besetzer, aber vor allem gegen die Studenten unter diesen, hervor. Weiters spricht sie von Scheinkonflikten bei den Verhandlungen der Sozialpartner, um dann zum Thema zurückzukehren: "..., aber bei den großen zerstörerischen Projekten sind sie sich ja völlig einig, im Gegenteil, die Gewerkschaft hat sich herausgestellt, hat für die Industrie, die Kastanien aus dem Feuer geholt in Hainburg." (108) Freda Meissner-Blau bezeichnet in diesem

(106) siehe (93)
(107) siehe (94)
(108) siehe (97)

Fall die Gewerkschaft als Instrument der Industrie und gibt dann noch eine subjektive Schilderung einer Aktion: "Und riskiert haben, das war ja wirklich auf Messer's Schneide, daß die Gewerkschafter, die sind ja schon auf der Brücke gestanden und haben runtergebrüllt auf uns, daß sich die Gewerkschafter zu Handlangern, so quasi zu Legionären machen ließen, für die Industrie, im Kampf gegen die intellektuelle Jugend Österreichs, das war eine schreckliche Situation." (109)

Für Herrn Graupe liegt eine Ursache für das Engagement der Sozialpartner in dem Credo nur das Wirtschaftswachstum sei ausschlaggebend für Entscheidungen. Weiters führt er die Investitionen diverser Baufirmen in Hinblick auf Hainburg an. Diese Baumaschinen hätten sich durch den Kraftwerksbau für die Unternehmer amortisiert.

Gerhard Heilingbrunner schildert die Situation so: "Bei den Verhandlungen in dieser kritischen Phase im Parlament,..., hat es natürlich immer Unterbrechungen gegeben und die Regierung hat sich zurückgezogen zu Beratungen. Während einmal so eine Verhandlungsrunde gewesen ist, wo alle Verhandlungsmitglieder anwesend waren, wurde ich zum Telefon gerufen. Ich bekam einen Anruf aus der Au, daß gerade ein Einsatz der Exekutive dort unten über die Bühne geht. Und ich wurde in das

(109) siehe (97)

Nebenzimmer, das Zimmer des Kanzlers im Parlament, gerufen. Und wer saß im Zimmer des Kanzlers, wo sich die Bundesregierung immer zur Beratung zurückgezogen hat ? Der Herr Fremuth, der Herr Kobilka, der Herr Hesoun und der Benya. Also Sie können sich schon vorstellen, die Regierung hat sich zur Beratung zurückgezogen und hat also mit den Sozialpartnern dann beraten, wie weit sie gehen kann, welche Zugeständnisse sie den Umweltschützern zugestehen kann." (110)

Immer wieder wird diskutiert über die versuchte Räumung der Au. In der Literatur findet sich immer wieder die Unterscheidung in Gendamerieeinsatz und dem Einsatz der Wiener Polizeieinheiten in der Stopfenreuther-Au. Die Frage an meine Interviewpartner bezog sich auf die Rolle der Exekutive, wie sie deren Einsatz beurteilen und bei einem Teil der Befragten auch, wie sie diesen erlebt haben.

Friedrich Graupe beschreibt den Einsatz der Exekutive als balkanesische oder russische Zustände. In der Phase nach Hainburg klagten dann einige Journalisten, da die freie Berichterstattung durch die Zwangsgewalt der Exekutive eingeschränkt worden ist.

Eine besonders pointierte Gegenposition zu allen anderen Befragten nimmt der Vertreter der FPÖ ein, für ihn hat die Exekutive nicht nur gesetzeskonform gehandelt, sondern, "... was sich hier die Grünaktivisten unten ge-

(110) siehe (100)

leistet haben, für mich ist das glatte Besitzstörung und hier hat sicher Ordnung gemacht gehört." (111)

Hier folgen jetzt zwei Zitate zum Einsatz der Gendarmen und der Polizei von Dr. Lutschinger, der damals Aktivist war: "Also in der ersten Phase waren auch relativ viele Gendarmen dabei, die dort aus der Gegend waren, die durchaus gegen das Kraftwerk eingestellt waren, die wirklich in einen Gewissenskonflikt gekommen sind. (...) Ich war dabei, wie der ZDF zusammengeschlagen worden ist was zu einer besonders schlechten Medienpresse in Deutschland geführt hat. Es war ganz anders dann. Vom Auftreten her, wie die Leute gekleidet waren, mit Helmen, Visier, es war Kampf angesagt. Es war ganz klar zu erkennen, es war nicht mehr, wir reden mit Euch, wir zeigen unsere Gesichter, wir versuchen Sozialkontakte nicht zu unterbinden, sondern jetzt wird gekämpft." (112)

Die selben Eindrücke gibt Frau Meissner-Blau wieder, wenn sie das gute Verhältnis mit den Gendarmen beschreibt und die Polizei als Feind bezeichnet. Durch das Tragen von Vollvisierhelmen, konnten die Besetzer den Polizisten nicht mehr in die Augen schauen, jedes Gespräch wurde unmöglich. "Mit erhobenem Gummiknüppel und natürlich Hunden. Das war eigentlich sofort eine angsterregende Situation, da gab es ja von den Aubesetzern nur mehr den Schrei: Nein, Nein, Nein. Aufhören, Aufhören, Aufhören.

(111) siehe (96)
(112) siehe (94)

Als die Prügel losging." (113) Als einzigen positiven Effekt sieht Freda Meissner-Blau im Einsatz der Polizei, daß dadurch ein Zusammenstoß zwischen Gewerkschaftern und Aubesetzern, also eine Art Bürgerkrieg verhindert wurde.

Aus den Presseaussendungen der SPÖ geht nicht hervor, was den Umschwung in der Regierung - äußeres Zeichen, die Ausrufung des Weihnachtsfriedens - bewirkt hat. Ganz im Gegenteil noch wenige Tage vorher kamen von allen führenden Organisationen Solidaritätsaddressen, die in der Sozialistischen Korrespondenz veröffentlicht wurden. Deshalb lautet die nächste Frage: Wodurch wurde der Umschwung in der Regierung ausgelöst ?

Alle Befragten stellen einen Zusammenhang zwischen den Prügelszenen in der Au am 19. Dezember und der Ausrufung des Weihnachtsfriedens am 21. Dezember her. Zusätzlich zu dieser häufigsten Erklärung gibt es noch sehr unterschiedliche Vermutungen, was den Umschwung bewirkt haben könnte.

Der Geschäftsführer des Volksbegehrens, Mag. Heilingbrunner, z.B. glaubt, daß die Regierung eine Information über den Ausgang der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes bekommen hat und deshalb schon vorher zum Einlenken bereit war.

Widersprüchlich sind die Ansichten der beiden Verhandlungsteilnehmer Graupe und Meissner-Blau. Herr

(113) siehe (97)

Graupe berichtet über den Empfang des Bundespräsidenten und gibt seine damalige Wortmeldung wieder, er kam zu diesem Besuch direkt aus der Au, mit einer Beule am Kopf verursacht durch eine Gummiknüppel, er beschreibt die Situation wie folgt: "Ich habe gesehen, Mädchen und Burschen die auf den Barrikaden gesessen sind, mit der österreichischen Fahne, die Bundeshymne gesungen haben und niedergeknüppelt wurden, vor allem in jene Körperteile wo es besonders schmerzt. Das habe ich dem Bundespräsidenten gesagt, wenn das weitergeht Herr Bundespräsident, dann befürchte ich, daß diese Leute, die Bundeshymne nicht mehr mit sehr großer Freude singen werden." (114) Die Delegation war sehr enttäuscht, weil Kirchschläger ihnen nichts anzubieten hatte. Herr Graupe ist aber überzeugt, daß der Regierungsumschwung das Verdienst von Bundespräsident Kirchschläger ist, da dieser in einem Gespräch Bundeskanzler Sinowatz von der Notwendigkeit einer Nachdenkpause überzeugt hat.

Frau Meissner-Blau wiederum berichtet von Verhandlungen - am 19. Dezember im Parlament. Als die Meldung kam, in der Au werde geprügelt, verließ das Verhandlungsteam den Raum. Mit einer "Prügelregierung" sollte nicht weiter verhandelt werden. Darauf wurde die Delegation von der Regierung wieder hereingebeten und der Weihnachtsfriede vorgeschlagen.

(114) siehe (99)

Für DDr. Günther Nenning war die spontane Demonstration am Heldenplatz ausschlaggebend, zusätzlich formuliert er aber auch noch die wichtigen Rahmenbedingungen: "Ja, das heißt nichts anderes als das die Regierung zu schwach war und die Hainburgbewegung zu stark. Anders rum, wäre die Regierung stärker gewesen, also nicht die Regierung Sinowatz, sondern eine wirklich ganz fest auf beide Staatsparteien gestützte Regierung, droht eisern und ohne wanken, so wäre die Sache denkbarerweise anders ausgegangen. Und nochmals anders, wäre die Hainburgbewegung schwächer gewesen, so hätte auch eine schwache Regierung gereicht um den Kraftwerksbau durchzuziehen." (115) Für ihn war diese Nachdenkpause nur ein Aufschub, um Gras über die Sache wachsen zu lassen, um zu einem späteren Zeitpunkt doch noch das Projekt zu verwirklichen.

Eine Vielfalt von Erklärungsmöglichkeiten wurde mir von Dr. Josef Cap angeboten - hier seine Antwort auf meine Frage: "Na ja, daß war erstens einmal, daß es knapp vor Weihnachten war, zweitens der Druck der Medien, drittens, daß das Gelände einfach nicht von der Polizei frei zu kriegen war, also es war einfach ein schwieriges Gelände und man wollte viertens nicht riskieren, daß es da irgendwie größere Verletzungen der Demonstranten gibt, weil das wäre irrsinnig kontraproduktiv für die Regierung selbst gewesen, fünftens war natürlich bei vielen die

(115) siehe (93)

Bereitschaft äußerst gering, da die Polizeieinsätze zu unterstützen, und sechstens hat die Regierung nicht eingesehen warum, sie den Kopf hinhalten soll für ein Kraftwerksprojekt." (116)

Die Experteninterviews haben noch einmal die Heterogenität der Meinungen gezeigt. Es wurde klar, daß die Bürgerbewegung in Hainburg nur durch das Zusammentreffen sehr unterschiedlicher Faktoren ermöglicht wurde. Erstaunlich ist vor allem, daß alle Befragten auch heute noch, 8 Jahre danach, sehr emotional reagiert haben, die gleichen Gefühle wie damals, z.B. beim Exekutiveinsatz Wut, Zorn und Verzweiflung wurden - wenn auch abgeschwächt - wieder durchlebt. Dieses Kapitel sollte zur Illustrierung der Vorgänge rund um Hainburg dienen, die Aussagen der Befragten zum Hainburg-Effekt wird dann in der Conclusio ausgewertet.

(116) siehe (95)

8. Conclusio

Meine Arbeit hat gezeigt, daß das Engagement der Krone ein wichtiger Beitrag zum Gelingen der Bürgerbewegung war. Dazu noch einige Kommentare aus der Literatur.

Herr Hesoun: "Daß dieser Konflikt eskalieren konnte, ist weitgehend den Medien zuzuschreiben. Gerade die Voreingenommenheit und die Vorurteile waren Ursache eines irrationalen Verhältnisses zu Wirtschafts-, Sach- und Umweltfragen." (117)

Daß man, aber die Rolle der Medien nicht überbewerten sollte beweisen die beiden folgenden Zitate: "Eine Medienkampagne kann potentielle Energien aktivieren, doch sie kann sie weder schaffen, noch voll kontrollieren." (118) Und bei einem anderen Autor: "Wenn schon die Medien keine direkte Wirkung bei den Menschen haben, haben doch die Annahmen der Politiker über die Wirkung der Medien ihre Wirkung." (119)

Die These über Hainburg als plakatives Ereignis zur Gründung einer Grünpartei beziehungsweise Einigung der Grünen konnte nicht schlüssig belegt werden. Unbestritten ist der große Aufwind für die Grünbewegung durch Hainburg, die dann schließlich im Herbst 1986 zur Vereinigung von VGÖ und ALÖ führte, aber eine geplante Aktion stand nicht dahinter.

(117) siehe (3), S. 5
(118) Dick, Gundi/Knoll, Ando: Hainburg. Ein Basisbuch. 276.485 Anschläge gegen den Stau. Wien Verlag für Gesellschaftskritik 1985, S. 27
(119) siehe (30), S. 75

Die Hainburg-Bewegung als Vorläufer der Grünparteien, betont aber, daß sich damals in der Au ÖVP'ler, SPÖ'ler, Parteiunabhängige und verschiedene Bürgerinitiativen gemeinsam zur Rettung dieser einmaligen Flußlandschaft eingesetzt haben. Und dann wörtlich: "Also das ist nicht identisch. Das ist mir ganz wichtig, weil das unfair wäre gegen die Aubesetzer, die nicht unbedingt identifiziert werden wollen mit der grünen Partei. Das war auch überhaupt nicht kalkuliert als so etwas." (120)

Auch Herr Graupe lehnt die Parteigründungstheorie völlig ab. "Natürlich haben sich einige Leute profiliert, das ist schon richtig, aber einfach durch die Macht ihrer Stimme, Freda war ein Fall dafür, auch der Nenning sicherlich, aber das man den Vorwurf erheben könnte, die Grünen haben dort eine Art Parteigründung und Parteibildung vorgesehen, das ist nackter Unfug." (121)

Um auf meine dritte These einzugehen, der Grund für den Umschwung in der Regierung läßt sich nicht mehr eindeutig eruieren. Sicherlich haben die Prügelszenen in der Au und die spontan gezeigte Empörung der Bevölkerung und die damit verbundene massive Anti-Hainburg-Berichterstattung in allen Medien im In- und Ausland zur Ausrufung des Weihnachtsfriedens beigetragen. Doch außer diesen Faktoren gibt es noch andere Gründe für das Einlenken

(120) siehe (99)
(121) siehe (101)

der Bundesregierung (siehe 7. - Frage nach dem Umschwung in der Regierung).

Nun zum letzten Punkt - Hainburg als Zäsur. Dazu ein Zitat von Volkmar Lauber: "Als im November 1984 die Kontroverse um Hainburg immer höhere Wellen schlug und das Konrad-Lorenz-Volksbegehren eingeleitet wurde, das ein allgemeines, individuell einklagbares Grundrecht auf Umweltqualität durch eine entsprechende Verfassungsänderung sichern sollte, reagierte die Regierung mit dem Bundes-Verfassungsgesetz zum umfassenden Umweltschutz, welches eine bloße "Staatszielbestimmung" und kein einklagbares Grundrecht beinhalte und daher nur symbolischen Charakter hatte. 1985 beschloß die Regierung - als direkte Antwort auf die Ereignisse in Hainburg und gegen die Autolobby - eine Katalysatorregelung für Personenkraftwagen, die entgegen früheren Plänen die strengen US-Standards einführte." (122) Auch Anton Pelinka äußerte sich zu den Auswirkungen. "Hainburg macht alle etablierten Kräfte, alle etablierten Parteien "grün". (123)

(122) Lauber, Volkmar: Umweltpolitik in: Kramer, Helmut (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien Manz-Verlag 1991, S. 561
(123) Pelinka, Anton: Hainburg als Stunde Null in: Monjencs, Ingrid/Rainer, Herbert: Hainburg. 5 Jahre danach. Wien Kontrapunkt 1989, S. 62

An dieser Stelle möchte ich noch einige Aussagen meiner Interviewpartner zu diesem Themenkomplex wiedergeben. Herr Nenning beantwortet diese Frage pointiert. "Was sich grundlegend geändert hat ist, daß die Umweltpolitik überhaupt erst einmal auf die Tagesordnung der offiziellen Politik erschien. Das sich, was noch ein Stückerl mehr ist, alle Politiker, aller Parteifarben, grün gestrichen haben. (...) Wenn es eine grüne Tarnfarbe ist, so ist diese Tarnfarbe ja dazu bestimmt, das sich die reale Politik dazu nicht ändert, aber das tägliche Gequake angrünt." (124)

Für Josef Cap geben sich die Parteien nicht nur verbal grün, da der Ökologiegedanke ernsthaft in diese integriert wurde. Frau Meissner-Blau stimmt mit DDr. Nenning überein. "Sie haben unsere Rhetorik übernommen, also, green speak über alles, in jeder Sonntagsrede, sie sind sich bewußt geworden, das ist ein Thema das nicht mehr vom Tisch geht." (125)

Friedrich Graupe formuliert diesen Hainburg-Effekt so: "Das Diskussionsklima hat sich sicherlich geändert, auch die Bereitschaft der politischen Parteien ökologische Probleme ernster zu nehmen als vorher, früher ist man halt einfach mit dem Bagger drüber gefahren. Das ist heute nicht mehr so, in der Beziehung war Hainburg sicherlich die Zäsur in Österrreich." (126)

(124) siehe (95)
(125) siehe (99)
(126) siehe (101)

Hainburg hat für die österreichische Innenpolitik eine große Bedeutung. Der Aktionismus rund um ein geplantes Donaukraftwerk hat das Diskussionsklima in unserem Land grundlegend verändert, die Auswirkungen auf die Umsetzung ökologischer Ziele sind weit geringer. Aber diese Bürgerinitiative hat Vorbildcharakter und trug wesentlich zur Herausbildung eines Ökologiebewußtseins in der Bevölkerung bei.

Universitätsbibliothek Wien

9. Literatur

* Baschnegger, H. (et. alt. Hrsg.): Die Kälte des Dezembers. Selbstverlag des Hrsg. 1985

* Burkhart, Roland: Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren in der Tagespresse Österreichs. Eine inhaltsanalytische Untersuchung. Literas Univ.-Verl. (Beiträge zur Kommunikationswissenschaft 3) Wien 1985

* Dick, Gundi/Knoll, Ando: Hainburg. Ein Basisbuch 276.485 Anschläge gegen die Stau. Wien Verlag für Gesellschaftskritik 1985

* Gabriel, Bernd (Hrsg.): Hainburg. Kraftwerk Ost. Wien Montan-Verlag 1984

* Götz, Birgit: Hainburg und die Folgen. Univ.-Dipl.-Arb. Graz 1988

* Hauer, Wolfgang: Hainburg. Eisenstadt. Prugg 1985

* Hesoun, Josef/Pöttschacher, Herbert: Schwarz-Weißbuch: Dokumentation Hainburg. Illustr. Wien Verlag Pöttschacher 1985

* Hiller, Martin: Hainburg. Versuch einer sachlichen Information der österreichischen Hochschülerschaft an der Univ. für Bodenkultur für die Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg. Wien Brücke 1985

* Manzano, Karl: Das Projekt Donaukraftwerk Hainburg. Wien 1984

* Monjencs, Ingrid/Rainer, Herbert: Hainburg. 5 Jahre danach. Wien Kontrapunkt 1989

* Nenning, Günther/Huber, Andreas: Die Schlacht der Bäume - Hainburg 1984. Wien Hannibal 1985

* Pürer, Heinz: Medienereignisse - Medienwirkungen ? Zur Wirkung der Massenmedien: "Hainburg", "Holocaust" u.a. Medienereignisse. Eine Tagungsdokumentation. (Journalistik 7) Salzburg 1985

* Pumsenberger, Dagmar: Die Tageszeitung als Meinungsbildungsfaktor. Dargestellt am Beispiel der Berichterstattung zum geplanten Bau des Donaukraftwerkes Hainburg in 4 oö. Tageszeitungen. Sozialwiss. Dipl.-Arb. Linz 1985

* Von Strukturproblemen des österreichischen Naturschutzes. Wien 1986 SWA-Rechtsgutachten 58

* Schima, Johannes: Der Konflikt um Hainburg. Kraftwerksprojekt versus Nationalpark; empirische Untersuchung der politischen Konfliktregelung durch Verwaltungsverfahren und die Ökologiekommission. Wien Univ. f. Bodenkultur Dipl.-Arb. 1988

* Weber, Franz: Das gerettete Paradies. München (Nymphenburger) 1986

* Welan, Manfred/Wedl, Kurt (Hrsg.): Der Streit um Hainburg in Verwaltungs- und Gerichtsakten. Laxenburg: Akademie für Umwelt und Energie. Wien Ed. Umwelt Montanverlag in Komm. 1988

* Woldan, Christoph: Die Judikatur des Verfassungsgerichtshofes zum Art. 3 MRK Unter besonderer Berücksichtigung der zum Polizeieinsatz in der Hainburger Au ergangenen Erkenntnisse. Univ. Dipl.-Arb. Salzburg 1989

10. Anhang

A. Tabellen des IMAS-Institutes für Markt- und Sozialanalysen

B. Verzeichnis der verwendeten Artikel

C. Lebenslauf

Der Trend: DAS INTERESSE AM HAINBURG-KONFLIKT

FRAGE: "In letzter Zeit wurde viel über die Ereignisse um das Donaukraftwerk Hainburg berichtet. Habe Sie diese Berichte mit Interesse verfolgt, oder hat Sie das eigentlich weniger interessiert?"

	Mit Interesse verfolgt	Weniger interessiert
	%	%
1985, Jänner (6636)	69	31 = 100%

Der Trend: FÜR UND WIDER DEN BAU VON HAINBURG

FRAGE: "Wie ist übrigens Ihre Meinung zum Donaukraftwerk Hainburg. Wenn es nach Ihnen ginge - sollte dann das Donaukraftwerk Hainburg gebaut werden, oder nicht gebaut werden?"

	Sollte gebaut werden	Sollte nicht gebaut werden	Unentschieden, keine Meinung
	%	%	%
1984, April (6622)	38	33	29 = 100%
1984, Mai/Juni	47	30	23 = 100%
1984, Juli (6630)	43	35	22 = 100%
1984, September	42	35	23 = 100%
1984, September/Oktober (6635)	46	31	23 = 100%

Der Trend: DAS KONRAD-LORENZ-VOLKSBEGEHREN

FRAGE an Kraftwerksgegner bzw. Unentschiedene (=100%):

"Eine Gruppe von Umweltschützern unter Führung von Konrad Lorenz wird ein Volksbegehren gegen d Kraftwerk Hainburg machen. Werden Sie dieses Volksbegehren gegen Hainburg unterschreiben? Würd Sie sagen, Sie werden es -"

	"- bestimmt unterschreiben"	"- vielleicht unterschreiben"	"- wahrscheinlich nicht unterschreiben"	"- bestimmt nicht unterschreiben"
	%	%	%	%
1984, Juli (6630)	46	34	10	10 = 10(

I M A S - UMFRAGEN — TABELLE — ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERUN AB 16 JAHREN

Der Trend: DIE MEINUNG ZU DEN ANTI-HAINBURG-INITIATIVEN

FRAGE: "Gegen das Donaukraftwerk Hainburg sind ja verschiedene Bürgerinitiativen gestartet worden, u den Bau von Hainburg zu verhindern. Begrüßen Sie persönlich solche Proteste, oder begrüßen Si sie nicht?"

	Begrüße ich	Begrüße ich nicht	Unentschieden
	%	%	%
1984, September/Oktober (6635)	36	41	23 = 100

I M A S - UMFRAGEN — TABELLE — ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERU AB 16 JAHREN

Der Trend: FÜR ODER GEGEN DIE AUBESETZUNG

FRAGE: "In Hainburg hat ja eine sogenannte Aubesetzung stattgefunden. Haben Sie persönlich diese Aub setzung eher befürwortet oder eher abgelehnt?"

	Eher befürwortet	Eher abgelehnt	Unentschieden
	%	%	%
1985, Jänner (6636)	29	47	24 = 10(

IMAS-UMFRAGE 6635
SEPT/OKT. 1984

TABELLE 16b

OEST. BEVOELK. AB 16 JAHRE

IN PROZENT

FÜR ODER GEGEN DEN BAU VON HAINBURG (Aufgliederung)

FRAGE 26
WIE IST UEBRIGENS IHRE MEINUNG ZUM DONAUKRAFTWERK HAINBURG.
WENN ES NACH IHNEN GINGE - SOLLTE DANN DAS DONAUKRAFTWERK HAINBURG GEBAUT WERDEN ODER NICHT GEBAUT WERDEN.

	SOLLTE GEBAUT WERDEN	SOLLTE NICHT GEBAUT WERDEN	UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT	
AB 16 J.INSGESAMT	46	31	23	100
M A E N N E R....	52	30	18	100
F R A U E N.....	42	31	27	100
16-29-JAEHRIGE...	39	40	21	100
30-49-JAEHRIGE...	48	31	21	100
50 J.U.AELTERE...	51	23	26	100
VOLKSSCHULE.....	52	18	30	100
HAUPT-,BERUFSSCH.	46	32	22	100
MATURA, UNI.....	36	48	16	100
EINFACHE ARBEITER	49	27	23	100
FACHARBEITER.....	49	31	20	100
EINF.ANGEST/BEAMT	42	35	23	100
LEIT.ANGEST/BEAMT	42	36	22	100
SELBST.FREIE BER.	49	29	23	100
LANDWIRTE.....	45	25	30	100
BIS 5000 EINWOHN.	54	23	23	100
5000-70000 EINW..	45	32	23	100
UEB.70000 EW(O.W)	36	32	31	100
WIEN.....	36	45	19	100
NIEDEROEST.BGLD..	53	27	19	100
STEIERMK,KAERNTEN	51	21	27	100
OBEROESTERREICH..	53	25	23	100
SBG,TIROL,VORARLB	33	39	28	100
SPO-ANHAENGER....	54	28	19	100
OVP-ANHAENGER....	46	32	22	100
FPO-ANHAENGER....*)	52	26	23	100
ANDERE, INDIFF...	40	32	27	100
ES HEIZEN MIT -				
-OEL.....	49	27	24	100
-GAS.....	40	39	20	100
-ELEKTRISCH.....	48	34	18	100
-FERNWAERME.....	42	41	17	100
-KOHLE.....	48	27	25	100
ES KOCHEN MIT -				
-STROM.....	49	28	23	100
-GAS.....	39	41	20	100
-KOHLE, HOLZ....	50	25	25	100

*)BASIS UNTER 100

IMAS-UMFRAGE 6635
SEPT/OKT. 1984

TABELLE 17

OEST. BEVOELK.
AB 16 JAHRE

IN PROZENT

DIE MEINUNG ZU DEN ANTI-HAINBURG-INITIATIVEN

FRAGE 27
GEGEN DAS DONAUKRAFTWERK HAINBURG SIND JA VERSCHIEDENE BUERGER-INITIATIVEN GESTARTET WORDEN, UM DEN BAU VON HAINBURG ZU VERHINDERN. BEGRUESSEN SIE PERSOENLICH SOLCHE PROTESTE ODER BEGRUESSEN SIE SIE NIC

	BEGRUESSE ICH	BEGRUESSE ICH NICHT	UNENT-SCHIEDEN	
AB 16 J.INSGESAMT	36	41	23	100
M A E N N E R....	35	45	20	100
F R A U E N.....	37	38	25	100
16-29-JAEHRIGE...	43	38	20	100
30-49-JAEHRIGE...	38	41	21	100
50 J.U.AELTERE...	28	46	27	100
VOLKSSCHULE.....	25	44	31	100
HAUPT-,BERUFSSCH.	37	42	21	100
MATURA, UNI.....	50	34	16	100
EINFACHE ARBEITER	30	43	27	100
FACHARBEITER.....	34	45	22	100
EINF.ANGEST/BEAMT	41	37	23	100
LEIT.ANGEST/BEAMT	46	36	18	100
SELBST.FREIE BER.	38	45	17	100
LANDWIRTE.....	32	44	24	100
BIS 5000 EINWOHN.	27	49	24	100
5000-70000 EINW..	40	36	24	100
UEB.70000 EW(O.W)	42	34	23	100
WIEN.....	46	36	18	100
NIEDEROEST.BGLD..	24	54	22	100
STEIERMK,KAERNTEN	29	44	26	100
OBEROESTERREICH..	37	38	25	100
SBG,TIROL,VORARLB	51	26	23	100
SPO-ANHAENGER....	29	51	21	100
OVP-ANHAENGER....	43	40	18	100
FPO-ANHAENGER....*)	39	32	29	100
ANDERE, INDIFF...	36	35	29	100
ES HEIZEN MIT -				
-OEL.....	38	39	24	100
-GAS.....	43	39	18	100
-ELEKTRISCH.....	40	41	19	100
-FERNWAERME.....	46	33	22	100
-KOHLE.....	28	46	26	100
ES KOCHEN MIT -				
-STROM.....	35	42	23	100
-GAS.....	41	39	20	100
-KOHLE, HOLZ....	30	44	26	100

*)BASIS UNTER 100

IMAS-UMFRAGE 6635
SEPT/OKT. 1984

TABELLE 19

OEST. BEVOELK. AB 16 JAHRE

IN PROZENT

DER VERMUTETE ERFOLG VON BÜRGERINITIATIVEN

FRAGE 29
EINMAL ABGESEHEN DAVON, OB SIE DAFUER ODER DAGEGEN SIND.
GLAUBEN SIE, DASS BUERGERINITIATIVEN GEGEN KRAFTWERKSBAUTEN AUF DIE DAUER ERFOLG HABEN, ODER GLAUBEN SIE DAS NICHT.

	GLAUBE ICH	GLAUBE ICH NICHT	UNENTSCHIEDEN	
AB 16 J.INSGESAMT	30	51	19	100
M A E N N E R....	29	54	17	100
F R A U E N.....	31	49	20	100
16-29-JAEHRIGE...	36	48	15	100
30-49-JAEHRIGE...	34	50	16	100
50 J.U.AELTERE...	22	54	24	100
VOLKSSCHULE.....	24	50	26	100
HAUPT-,BERUFSSCH.	30	52	18	100
MATURA, UNI.....	43	47	9	100
EINFACHE ARBEITER	27	52	21	100
FACHARBEITER.....	28	53	19	100
EINF.ANGEST/BEAMT	34	49	17	100
LEIT.ANGEST/BEAMT	36	52	12	100
SELBST.FREIE BER.	37	49	14	100
LANDWIRTE.....	23	53	25	100
BIS 5000 EINWOHN.	26	56	19	100
5000-70000 EINW..	30	48	22	100
UEB.70000 EW(O.W)	34	52	14	100
WIEN.....	40	44	16	100
NIEDEROEST.BGLD..	21	58	21	100
STEIERMK,KAERNTEN	25	57	18	100
OBEROESTERREICH..	29	51	19	100
SBG,TIROL,VORARLB	44	37	19	100
SPO-ANHAENGER....	27	56	17	100
OVP-ANHAENGER....	32	50	17	100
FPO-ANHAENGER....*)	26	48	26	100
ANDERE, INDIFF...	32	47	21	100
ES HEIZEN MIT -				
-OEL.....	30	51	19	100
-GAS.....	29	55	15	100
-ELEKTRISCH.....	37	48	15	100
-FERNWAERME.....	41	40	19	100
-KOHLE.....	24	56	20	100
ES KOCHEN MIT -				
-STROM.....	30	52	18	100
-GAS.....	34	49	16	100
-KOHLE, HOLZ....	28	51	21	100

*)BASIS UNTER 100

Verzeichnis der Kronenzeitungsartikel:

4.1.1984: Die Karten auf den Tisch legen
5.1.1984: Hainburg: Politiker streiten und die Fachleute auch ...
6.1.1984: Keine Beweise, daß wir Hainburg brauchen
8.1.1984: Kraftwerks-Stau bringt Heilquellen in Gefahr !
9.1.1984: Wer setzt Haiden wegen Hainburg unter Druck
10.1.1984: Hainburg: Steyrer bremst Kraftwerksbauer
11.1.1984: Die Angst um Wiens Trinkwasser steigt
12.1.1984: Rückschlag für Betonierer: Lange keine Hainburg-Entscheidung !
15.1.1984: Wien stellt nun Ultimatum wegen des Trinkwassers
17.1.1984: 17.000 Tonnen Dreck täglich in die Donau
20.1.1984: Hat der Minister gegen das Gesetz verstoßen ?
21.1.1984: SPÖ mit allen Mitteln für Hainburg-Projekt ?
23.1.1984: Prof. Otto Koenig für mehr Stromexporte !

15.2.1984: Zweites Wiener Nein zum Hainburg-Projekt
27.2.1984: Verkaufen Gemeinden Naturschutz an DOKW ?
28.2.1984: Illegale Baggerungen in 2 Graureiher-Kolonien

2.3.1984: Neues, vernichtendes Gutachten gegen das Kraftwerk von Hainburg
4.3.1984: Irrepabarable Schäden für Tier- und Pflanzenwelt !
9.3. 1984: Massive Vorwürfe der Stadt Wien gegen Hainburg-Kraftwerksplaner
11.3.1984: Hainburg: Von Wassergüte II keine Rede
12.3.1984: Hainburg: Keine Hygienegutachten Würde der Stausee Seuchenherd ?
14.3.1984: Naturschutz mißachtet Wird DOKW bestraft ?
22.3.1984: Donau-Auen gehören ganz Europa !
26.3.1984: Hainburg vor Europarat: Wie es jetzt weitergeht
28.3.1984: Naturschutz-Gutachten werden im Hudri-Wudri-Verfahren abgewickelt

9.4.1984: Nur Propagandatricks um Hainburg
10.4.1984: Hainburg: Drei Forderungen der Wiener VP an die DOKW
11.4.1984: Jetzt revoltiert die Jugend in allen drei Parteien gegen Hainburg !
15.4.1984: Mehrheit gegen Kraftwerk Hainburg So regiert Sinowatz am Volk vorbei
25.4.1984: Ludwig: Nicht vom Tisch fegen !
27.4.1984: Grotesker Eiertanz der Politiker um Hainburg Ein Österreich-Feldzug für die Rettung der Au
28.4.1984: 12 Umweltminister Europas sind bestürzt über die Hainburg-Pläne

5.5.1984: CSSR bietet an: Baut das Kraftwerk statt in Hainburg an der Grenze !
6.5.1984. Konrad Lorenz führt Volksbegehren an !
7.5.1984: "Tiere" wollen die Au bei Hainburg retten

Hainburg, Zwentendorf: Sinowatz schaltet auf "Jetzt erst recht" !
8.5.1984: Respektiert die Regierung Volksbegehren ?
10.5.1984: Hainburg: Immer mehr Prominente für Volksbegehren gegen Kraftwerk
11.5.1984: Die Ingenierurkammer reitet harte Attacken gegen DOKW
12.5.1984: Durch Kraftwerk Hainburg droht auch Gefahr für Neusiedler See
Gipfel Mock-Ludwig über den Hainburg-Kurs der ÖVP
13.5.1984: Start zum Volksbegehren !
15.5.1984: Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren wird von den Behörden behindert
16.5.1984: Ab Donnerstag 300.000 Formulare für Konrad-Lorenz-Volksbegehren
17.5.1984: Statt Hainburg 64.000 Arbeitsplätze für umweltsanierende Maßnahmen
18.5.1984: Gewerkschaft mobilisiert 42.000 Demonstranten für Hainburg
Schon 25.000 Unterschriften für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren
19.5.1984: Immer mehr Österreicher gegen Kraftwerk Hainburg
20.5.1984: Arbeiter, Umweltschützer diskutieren das Konrad-Lorenz-Volksbegehren !
Sinowatz: Keine Vorschriften für SPÖ-Mitglieder zu Volksbegehren
Menschenbeben damit wir auch noch morgen leben!
21.5.1984: Ein Fest fürs Leben
23.5.1984: Sinowatz: Trete nicht zurück, wenn Hainburg nicht gebaut werden sollte
24.5.1984: Parlament drückt sich vor Hainburg-Debatte
25.5.1984: Problemfall Kraftwerk Hainburg: Wie es jetzt weitergehen wird
27.5.1984: Katastrophe für das Trinkwasser im Raum Wien
Die Irrtümer des Otto Koenig
Der Schwur von Hainburg
30.5.1984: Wien an DOKW: "Wir lassen uns die Lobau nicht abkaufen !"

1.6.1984: Der Tag, an dem die Hoffnung siegte
2.6.1984: "Wir sind keine Revoluzzer !"
3.6.1984: Argumentation für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren
8.6.1984: "Lieber a Hirsch als a Wurschtel"
10.6.1984: "Konrad-Lorenz"-Volksbegehren: Abstimmung für Herbst geplant
12.6.1984: Wiener, es geht um die Lobau, um euer Wasser !
22.6.1984: Für Streik der Tiere und Kinder !
23.6.1984: "Grundsatzurteil" in erster Instanz: Nein zum Kraftwerk in Hainburg !
24.6.1984: Soll ein einzelner entscheiden ?

18.8.1984: Warnung vor der Katastrophe
31.8.1984: Cap: Die Hainburg-Gutachten müssen veröffentlicht werden

2.9.1984: Bewilligung für Kraftwerk Hainburg Ein abgekartetes Spiel in der SPÖ
14.9.1984: Universitätsprofessor von DOKW angeklagt/ Prozeß !
Wissenschafter zerpflücken das Hainburg-Gutachten Otto Koenigs
16.9.1984: Schäden im Auwald wären unwiderruflich
22.9.1984: Alarmstufe 1 für unser Trinkwasser
24.9.1984: Weiße Fahnen für Hainburg

6.10.1984: Jetzt sollen Richter Kritiker von Hainburg zum Schweigen bringen !
29.10.1984: Hier beißt König auf Granit !
30.10.1984: Zwentendorf wird abgewrackt und neue Variante für Hainburg-Bau

6.11.1984: Umfrage: Überzeugende Mehrheit gegen Bau neuer Großkraftwerke
10.11.1984: Politikern wird Hainburg zu heiß
17.11.1984: Immer mehr Experten gegen Kraftwerksbau !
20.11.1984: Zilk lasse mir von den DOKW keinen Maulkorb umhängen !
24.11.1984: Hainburg: Gestrandete Schiffahrt
26.11.1984: Wird im Streitfall um Kraftwerk Hainburg das Gesetz gebrochen ?
27.11.1984: Kampf um Hainburg tritt in neue Phase: Macht vor Recht ?
Brezovsky-Bescheid ist umstritten
28.11.1984: Betonierer haben noch lange nicht gewonnen !
29.11.1984: Volksbegehren Hainburg: Jetzt redet der Bundespräsident mit Sinowatz
30.11.1984: Hainburg: Jetzt will auch Mock mit dem Bundespräsidenten sprechen

1.12.1984: "Maulkorb" für Hofrat, der auspacken will
2.12.1984: Keine Sicherheit, daß Auwald erhalten bleibt
3.12.1984: Landesrat hat Gutachten ins Gegenteil verkehrt!
4.12.1984: Neueste Umfrage: 52 Prozent der Wiener gegen Kraftwerk Hainburg !
5.12.1984: Sinowatz: Startschuß für Hainburg !/
Wieder Rechtsbruch ? - Rodungen der Auwälder gesetzlich untersagt
6.12.1984: Ein eisener Vorhang um die Baustelle Hainburg
7.12.1984: Hainburg: Viele Umweltauflagen! Aber werden sie auch eingehalten ?
8.12.1984: Wegen Amtsmißbrauch: Landesrat bei Staatsanwaltschaft angezeigt
Der Fall Hainburg: Analyse eines Skandals
10.12.1984: "Wir lassen uns nicht unterkriegen "
Seltene Seeadler in Hainburg eingetroffen !

12.12.1984: Hainburg-Gipfel soll jetzt Lage entschärfen/ Aufstand der Brezovsky-Gutachter Jetzt hat der Staatsanwalt das Wort

"Waffenstillstand" in der Au Rodungen vorerst blockiert
Die eiskalte Nacht von Hainburg
13.12.1984: Jetzt sind schon mehrere Tausend Naturschützer in der Au !
"Waffenstillstand" von 4 Tagen für Hainburg !
Sinowatz bremst Gewerkschafter Kein Marsch in die Hainburger Au
14.12.1984: Post leitet Untersuchung ein: Werden die Telefone abgehört ?
"Wir hoffen auf Ende der Gewalt !"
Bevölkerung von Hainburg hilft den Naturschützern
Hainburg: Wettlauf mit der Zeit dramatisch
15.12.1984: Der Fall Hainburg soll vor die UNO kommen !
Busek verlangt: "Alle Aktionen für den Bau von Hainburg stoppen !"
16.12.1984: Mitspracherecht aller Wiener im Fall Hainburg
Über das Kraftwerk Hainburg sollte eine Volksabstimmung entscheiden
Großaufgebot der Polizei muß nach Hainburg
Naturschützer harren weiter aus: "Lassen uns nicht einschüchtern"
17.12.1984: Jetzt Konflikt in der Regierung um Räumungskation in Hainburger Au!
In der Au hofft alles noch auf den Frieden
Vor Stunde "X" stieg Aufregung
18.12.1984: Die Demonstranten stellten sich Rodungen in den Weg !
Bauern mit Traktoren kamen den Auschützern zu Hilfe
Busek für Rücktritt Blechas und Abzug der Polizei aus Hainburg !
Arbeiter gegen Studenten Nun genügt ein Funke ...
Weihnachtsfrieden für Hainburg !
19.12.1984: Au ist Sperrgebiet: Polizei bereitet die Räumung vor
Blecha angezeigt: "Er will uns aushungern !"
Die Arbeiter marschieren
20.12.1984: Die Schande von Hainburg
Hainburg: Über 20.000 Menschen demonstrieren gegen Au-Rodung
Bunkerstimmung in der SPÖ: "Und jetzt erst recht !"
Verprügelte und Verletzte an einem Tag der Schande
Befehl für die Polizei lautete: Schlagstöcke, kein Pardon!
Bestrafungswelle - viele Verdächtigungen!
21.12.1984: Hainburg: Beschwörender Appell von Kardinal König
Ein ruhiger Tag in der Au: Mehr als 1000 harrten aus
22.12.1984: Applaus als die Bagger wegfuhren
Hainburg: Kanzler ruft Weihnachtsfrieden aus
23.12.1984: Weihnachtsfeier in der Au mit Christmette und vielen Gästen
24.1.21984: Meinugsumschwung in der SPÖ: Bau von Hainburg verschoben ?

10.000 überfluten die Au mit gewaltiger Sympathiewelle
"Wir schenken uns Mut "
25.12.1984: Friedliche Weihnachten in der Au

27.12.1984: 10.000 bei Christmette in der Au
28.12.1984: Auch im Neuschnee wird ausgeharrt
Hainburg: Erläßt das Höchstgericht jetzt ein vorläufiges Bauverbot ?
29.12.1984: Vor Köpferollen bei Donau-Kraftwerken
30.12.1984: Regierung verspricht österreichische Lösung für Hainburg !
Ein Aufatmen bei den Aubesetzern
31.12.1984: Andere Standorte müssen möglich sein

Universitätsbibliothek Wien